



Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Otto Wels

spricht heute 6 Uhr im Lustgarten

Stellplätze:

Stadtbezirke Mitte, Wedding, Reinickendorf und die in den Bezirken liegenden Betriebe:

Antreten Gustav-Meyer-Allee, Spitze Brunnenstr. Abmarsch 16,45 Uhr durch Brunnen-, Elsasser-, Artilleriestr., Am Kupfergraben, Museumstr., Lustgarten.

Stadtbezirke Prenzlauer Berg, Weißensee, Pankow und die in den Bezirken liegenden Betriebe:

Antreten Danziger Str., Spitze Lychener Str. Abmarsch 16,45 Uhr durch die Danziger Str., Schönhauser Allee, Hanke-, Kaiser-Wilhelm-Str., Lustgarten.

Stadtbezirke Friedrichshain, Treptow, Köpenick, Lichtenberg und die in den Bezirken liegenden Betriebe:

Antreten Küstriner Platz, Abmarsch 16,45 Uhr durch Paul-Singer-, Blumen-, Schickler-, Stralauer-, Kloster-, Kaiser-Wilhelm-Str., Lustgarten.

Stadtbezirke Kreuzberg, Neukölln und die in diesen Bezirken liegenden Betriebe:

Antreten Hohenstaufenplatz, Abmarsch 16,45 Uhr durch Dieffenbach-, Graefestr., Kottbusser Brücke, Mariannen-, Oranien-, Dresdener-, Neue Roß-, Roß-, Breite Str., Schloßplatz, Schloßfreiheit, Lustgarten.

Stadtbezirke Wilmersdorf, Zehlendorf, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof und die in diesen Bezirken liegenden Betriebe:

Antreten Hornstr., Spitze Yorckstr. Abmarsch 16,30 Uhr durch Yorck-, Gneisenau-, Zossener-, Alte Jacob-, Neuenburger-, Linden-, Markgrafen-, Französische-, Werderstr., An der Stehbahn, Schloßfreiheit, Lustgarten.

Angehörige der Firma Stock, Marienfelde.

Antreten 15 Uhr, Großboerenstr. Marsch durch Großboeren-, Dorf-, Chaussee-, Friedrich-Karl-, Manteuffel-, Borussia-, Berliner-, Belle-Alliance-, Gneisenaustr. und weiter wie Stadtbezirk Wilmersdorf.

Stadtbezirke Tiergarten, Charlottenburg und die in diesen Bezirken liegenden Betriebe:

Antreten Kleiner Tiergarten. Abmarsch 16,30 Uhr durch Alt-Moabit, Invaliden-, Hessische-, Hannoverische-, Elsasser-, Artilleriestr., Am Kupfergraben, Museumstr., Lustgarten.

Stadtbezirk Spandau:

Antreten 16,20 Uhr Bahnhof Spandau West. Fahrt mit S-Bahn bis Lehrter Bahnhof. Antreten Wilhelmufer, Spitze Invalidenstr. Marsch durch Invalidenstr. und weiter wie Stadtbezirk Tiergarten.

Hammerschaft Ullstein:

Treffpunkt Charlotten- Ecke Kochstr. Dann Markgrafenstr., Anschluß an Zug 5.

Berliner! Wer die Freiheit des Volkes will, marschiert trotz Regen und Sturm heute mit. Zeigt durch die Größe und die Würde eurer Kundgebung, daß Berlin rot bleibt und sich dem Hakenkreuz nicht beugt. Folgt den Anordnungen der Ordner und der Schutzpolizei. „Aufreizende“ Rufe sind nicht gestattet. Unser Ruf heißt „Freiheit!“

Bezirksvorstand der SPD. Berlin

Marschiert!

Das rote Berlin kämpft für die Freiheit

Ereignisse der letzten drei Tage:

Der „Vorwärts“ wird wegen Hochverrats verboten.

Eine Notverordnung gibt den Behörden das Recht, Tageszeitungen aus den verschiedensten Gründen für ein halbes Jahr zu verbieten.

Der Landtag lehnt seine Auflösung ab. Das Drei-Männer-Kollegium Braun-Kerl-Adenauer bestätigt diesen Beschluß.

Eine Notverordnung nimmt der Regierung Braun-Severing das vom Staatsgerichtshof ihr zugebilligte Recht, Preußen im Landtag und im Reichsrat zu vertreten und setzt sie völlig ab. Papen tritt an Stelle Brauns in das Drei-Männer-Kollegium ein und beschließt mit Kerl, dem Landtagspräsidenten, die Auflösung. Adenauer erklärt Absetzung und Auflösung für nicht rechtsgültig.

Sämtliche Kommunalvertretungen Preußens aufgelöst. Neuwahlen am 12. März.

Mord und Totschlag in den verschiedensten Gegenden des Reichs.

Wahrscheinlich hat das Volk von der neuen Reichsregierung anderes erwartet, Maßnahmen, die geeignet sind, die furchtbare Not einigermaßen zu mildern. Von Zeitungsverboten und juristisch scharfsinnigen Begründungen, mit denen man höchst ansehbare Maßnahmen begleitet, wird niemand satt. Natürlich kann niemand im Ernst erwarten, daß die Parteien, die in diesem Augenblick die Alleinmacht besitzen, von heute auf morgen der Krise ein Ende setzen. Das hatten sie zwar vor den letzten Wahlen versprochen, aber sie haben das wohl selber nicht

geglaubt. Schlimmer ist, daß man noch nicht eine Spur von einer Richtung sieht, nach der wirtschaftlich regiert werden soll. Man ist bisher noch nicht einmal auf den billigen Einfall gekommen, da und dort den Hunger-

Genosse Kasten



Ershossen in Staffurt am 5. Februar

riemen des armen Michel ein wenig zu lockern, irgendwelche Verordnungshärten zu beseitigen, irgendwelche Unterstützungsfälle zu erhöhen. Nichts als Siegesfeiern für die

einen, Verbote und Drohungen gegen die anderen. Ob das den Wählern gefällt?

Das Verbot des „Vorwärts“ wird natürlich vom Reichsgericht aufgehoben werden. Für die Zukunft wird die Sache weniger einfach sein, denn die neue Verordnung schafft neue Verbotsgründe. Nun, die Leser des „Vorwärts“ sind hellhörig genug, den „Vorwärts“ auch dann zu verstehen, wenn er mit etwas gesenkter Stimme zu ihnen spricht. Und der „Vorwärts“ wird ihnen die Wahrheit sagen können, ohne geradezu in die Stacheldrähte der Notverordnung zu laufen. Auf alle Fälle wird er bemüht sein, verbotsfreudige Behörden ebenso offensichtlich ins Unrecht zu setzen, wie das beim letzten Verbot wegen angeblichen Hochverrats geschehen ist.

Die Sozialdemokratie und die Eiserne Front stehen mit beiden Füßen auf dem Boden des Gesetzes und der Verfassung. Sie werden Gesetz und Verfassung mit allen Mitteln verteidigen, die ihnen das richtig ausgelegte Gesetz und die richtig angewandte Verfassung in die Hand geben.

Und heute wird marschiert! Heute wird das freigesinnte, das rote Berlin zeigen, daß es kampfes froh und zuversichtlich ist.

Deutschland ist nicht Italien!
Auf dem Weg, den unsere Gegner beschritten haben, liegen ungezählte Hindernisse.

Schon die Wahlen vom 5. März werden ihnen eine Enttäuschung bringen. Vom 31. Juli bis 6. November v. J. haben sie zwei Millionen Stimmen verloren. Jetzt glauben sie in Hurrawahlen neu aufholen zu können.

Ob sie sich nicht täuschen? Sie greifen nach den Sternen, aber sie stehen am Rande eines Abgrunds.

Nicht ihnen gehört die Zukunft, sondern der Arbeiterklasse — wenn sie einig ist!

Auf, zum Lustgarten!
Marschiert! Marschiert!

Zum „Vorwärts“-Verbot

Stimmen der Presse

Es ist bemerkenswert, daß das Verbot des „Vorwärts“ nicht nur Proteste der bürgerlichen Linkspresse herausgefordert hat, sondern daß auch ein Blatt wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die um die Gunft der neuen Regierung wirbt, folgendes schreibt:

Die Pressefreiheit aber ist ein Kapitel für sich. Den „Vorwärts“ zum Beispiel, außer bei unbedingter Notwendigkeit, zu verbieten, halten wir nicht für geistreich. Die gewerkschaftlich und politisch geschulten Arbeiter, die hinter diesem Blatte stehen, sind anders einzuschätzen, als das charakterlose Boulevardpublikum, das sich — „getrennte Kasse“ — an den Animerinseraten anderer Druckerzeugnisse freut. Die Verbote sollen doch der Regierung nützen, nicht schaden.

Biel schärfer äußerte sich das Organ der christlichen Gewerkschaften, der „Deutsche“. Dort las man u. a.: „Wenn die Harzburger Regierung glaubt, mit diesen Methoden etwas erreichen zu können, dann ist sie auf dem Holzweg.“

Verboten!

Köln, 6. Februar.

Im Rheinland sind heute die „Rheinische Warte“ in Koblenz und die „Volksmacht“ in Trier auf drei Tage verboten worden. Das Verbot wird auch hier mit dem Abdruck des Aufrufs des Parteivorstandes begründet.

Rüstringen, 6. Februar.

Das sozialdemokratische „Volksblatt“ wurde vom 6. bis 8. Februar einschließlich verboten, weil es den Aufruf der SPD. veröffentlicht hat.

Saalfeld, 6. Februar.

Das sozialdemokratische „Volksblatt“ in Saalfeld ist vom thüringischen Innenministerium für die Zeit vom 6. bis 8. Februar verboten worden.

weil es den sozialdemokratischen Parteiauftrag abgedruckt hatte.

Waldenburg, 6. Februar.

Der Breslauer Regierungspräsident hat die „Schlesische Bergwacht“ einschließlich ihrer Kopfbilder wegen Veröffentlichung des sozialdemokratischen Wahlaufsatzes für die Zeit vom 6. bis 8. Februar 1933 verboten.

Die Nacht danach

Nach dem Staatsbegräbnis für den SA.-Mann

Am Sonntag wurde der SA.-Führer Malkowski gemeinsam mit dem Polizeioberwachmeister Jaurig auf Staatskosten feierlich beigesetzt. Bei der Rundfunkübertragung des Staatsbegräbnisses rief der Anführer: „Hah, und jetzt kommt er, der gefährlichste Sturm 33, der sogenannte Nordsturm...“

Unmittelbar nach dem Staatsbegräbnis überfielen in der Nacht zu Montag 16 Mann des SA.-Sturmes 6 ein Lokal in Friedenau und erschossen die Wirtin, die Witwe Röder, menschlins. Vom gemeinsamen Aufmarsch mit der Schutzpolizei zum Vandalenüberfall und Mord!

Wir fragen: Wird die Witwe Röder ebenfalls auf Staatskosten beerdigt und im Dom aufgebahrt?

In der Nacht zum Sonntag hat ein nationalsozialistischer Schüler einen feigen Mordanschlag an dem hochverdienten ersten Bürgermeister der Stadt Staßfurt verübt. Diese Tat ist eine Folge der nationalsozialistischen Mordhege.

Wir fragen: Wird Bürgermeister Kasten von Staßfurt auf Staatskosten beerdigt werden?

Der Anführer beim Staatsbegräbnis im Lustgarten jubelte: „SA. und Polizei sind eins!“ Hugenbergs Telegraphenunion meldet aus Bieren:

„Wie die Polizei mitteilt, gaben in der Nacht zum Montag in der Hauptstraße vier uniformierte SS-Beute mehrere Schüsse auf die Schaufenster eines Möbelgeschäftes ab. Eine Polizeistreife, die auf die Täter zuging, um ihnen die Waffen abzunehmen, wurde beschossen. Einer der Beamten erhielt einen Kopfschuß, ein zweiter Beamter einen Bauch- und Oberarmerschuß. Ihr Zustand ist ernst, doch besteht keine Lebensgefahr. Ein dritter Beamter, der seinen Kollegen zu Hilfe eilen wollte, wurde gleichfalls beschossen, aber nicht getroffen. Die Täter sind flüchtig, aber bekannt.“

Aber im Berliner Dom wurde der SA.-Führer Malkowski neben dem Polizeioberwachmeister Jaurig feierlich aufgebahrt, und beide wurden auf Staatskosten bestattet.

Verbot der KPD.?

Erklärungen des Abg. Pieck

In einer Pressekonferenz führte der kommunistische Reichstagsabgeordnete Pieck u. a. aus: Wir wissen, daß die Reichsregierung beabsichtigt, nach Ablauf der Einreichungsfrist für die Wahlvorläufe die KPD zu verbieten und ihre Wahlvorläufe für ungültig zu erklären. Durch die Wahl dieses Zeitpunktes sollen wir verhindert werden, getarnte Wahllisten einzureichen. Die Regierung rechnet offenbar damit, daß ein Teil unserer Stimmen der SPD. zufällt, aber diese unserer Wähler nicht zur Wahl gehen.

Die Behauptung, die KPD. hätte Mord organisiert, ist ungeheuerlich. Wir haben uns stets bemüht, den Kampf unter Arbeitern zu verhindern; als politische Partei haben wir das größte Interesse, die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf ihre Klassenlage zu lenken. Wir haben Leute ausgeschossen, die gegen diese Richtlinien gesündigt haben. Unser Massenkampf soll nicht Mordtaten bedeuten, sondern sie verhindern, den Terror abzubrechen und die Werttätigen zur Umkehr erziehen.

So der Abgeordnete Pieck. Manche Blätter der Rechten bestreiten lebhaft die Absicht eines Verbots. Daß ein solches Verbot nur gegen die Verfolgung erlassen werden könnte, macht ihnen keine Kopfschmerzen. Aber sie erklären, der gefährlichste Gegner sei doch die Sozialdemokratie, und die dürfe nicht noch gestärkt werden.

Der Reichswahlleiter

Wieder Professor Wagemann

Der Reichsminister des Innern hat zum Reichswahlleiter den Präsidenten des Statistischen Reichsamts, Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Wagemann, und zu seinem Stellvertreter den Direktor im Statistischen Reichsamt, Geheimen Regierungsrat Reisinger, ernannt. Für den Fall der Behinderung des Reichswahlleiters und seines Stellvertreters wird das Mitglied des Statistischen Reichsamts, Oberregierungsrat Dr. Püsch, mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt.

Ende: Furchtbarster Zusammenbruch!

Warnende Stimmen aus dem deutschnationalen Lager

In deutschnationalen Kreisen herrscht über die unerwartete Auflösung des Reichstags Bestürzung. Die Nationalsozialisten erhoffen von den Wahlen einen Gewinn, den sie sich naturgemäß nur durch einen Einbruch in die deutschnationale Wählererschaft holen können. Der stehentische Wunsch der „Kreuzzeitung“, man möge nationale Einheitslisten aufstellen, blieb ohne Gegenliebe. Dazu schreibt nun das genannte Blatt des Stahlhelms folgendes:

Offensichtlich hat im Reichskabinett der Wille der drei nationalsozialistischen Mitglieder obgeleigt über die acht anderen Mitglieder. Die Nationalsozialisten wollen Neuwahlen, weil sie von ihnen, unter der Sunst der ihnen jetzt zugefallenen Chance, eine erhebliche Steigerung ihrer parlamentarischen Machtposition erwarten und sogar die Erringung der 51 Prozent der Reichstagsmandate erhoffen...

Es wäre falsch, zu verschweigen, daß durch die Art und Weise der Eröffnung des Wahlkampfes schon viel von der Glaubwürdigkeit und dem Vertrauen, welche die Bildung der neuen Regierung in allen Kreisen des nationalen Deutschland geweckt hatte, wieder merklich zusammengesunken ist.

Noch deutlicher drückt sich der deutschnationale „Reichsbote“ aus. Er nennt Hugenberg „die furchtbarste Belastung, die sich Hitler überhaupt leisten konnte“ und warnt:

Die Alleinherrschaft der NSDAP. nach Mussolinis Muster ist in Deutschland auf die Dauer nicht zu halten. Zu

gefährlich ist die außenpolitische Lage, zu schwierig sind die Verhältnisse in der Wirtschaft, zu stark, zu gut organisiert sind die Gegner im Innern. Ein Konflikt innerhalb der nationalen Regierung kann darum immer nur einen Phänomenale der NSDAP. im Gefolge haben, dem der furchtbarste Zusammenbruch des deutschen Nationalismus folgen muß.

Auf einer Stahlhelmtagung in Berlin sprach sich Düsterberg gleichfalls über die Wahlen scharf mißbilligend aus. Er sprach von der Sorge, daß „Neberggriffe“ erfolgen könnten und stöhnte:

Reichsminister und Minister werden herumreisen und Wahlreden halten, hier in Berlin werden wichtige Entscheidungen verzögert werden und sechs Wochen, und zwar die wichtigsten für das Jahr 1933, gehen teilweise verloren.

Von gewissen Parteien der Regierungserklärung rückte Düsterberg entschieden ab. Er erklärte:

Wir im Stahlhelm wissen es und werden es nicht vergessen, daß auch in den marxistischen Parteien wie im Zentrum es Hunderttausende von alten Frontsoldaten gibt, die draußen vor dem Feinde in hervorragender Weise einst ihre Pflicht getan haben.

Es ist veinlich, wenn ausgesprochene Bräuberberger und Jugendliche, die während des Weltkrieges noch in den Windeln lagen oder die Schulbank drückten, ausgerechnet über mangelnde Vaterlandsliebe dieser Männer sich Urteile öffentlich erlauben.

Wir behalten uns vor, den Stahlhelm an die Erklärungen seines Führers zu erinnern und ihn zu fragen, was er zu tun gedenkt, um alten Frontsoldaten ihre Staatsbürgerrechte zu sichern.

Übergeschnappt!

Ganz im Gegensatz zu den oben wiedergegebenen gemäßigten Ausführungen Düsterbergs steht eine Entschliebung des Stahlhelms, in der für Hello von Gerlach die Todesstrafe gefordert wird, weil er den Vertrag von Versailles gepriesen hätte. Daß Herr von Gerlach den Vertrag von Versailles gepriesen hat, ist ein bloßer Schwindel. Es ist unverantwortlich und gewissenlos in einer Zeit, in der Gymnastik Amok laufen, gegen einen deutschen Staatsbürger erlogene Beschuldigungen und unsinnige Strafforderungen zu erheben.

Wenn solche Beschlüsse jetzt schon bei dem verhältnismäßig maßvollen Stahlhelm möglich sind — wie mag es dann erst in anderen Gehirnen aussehen!

Der Mord von Staßfurt

Sozialdemokratischer Bürgermeister erschossen

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Magdeburg, 6. Februar.

Am Sonnabendabend kurz nach 10 Uhr wurde in Staßfurt der sozialdemokratische Bürgermeister und Landtagsabgeordnete Kasten von einem 17-jährigen Sekundaner des Staßfurter Gymnasiums hinter Rücken durch zwei Schüsse in den Rücken schwer verletzt. In der Nacht zum Sonntag ist Kasten nach einer Operation den schweren Verletzungen erlegen. Dem Verbrechen sind seit der Hitler-Regierung allein in Staßfurt sechs Mordfälle auf Reichsbannerleute und Kommunisten vorausgegangen.

Die Nationalsozialisten veranstalteten am Sonnabendnachmittag mit anderen Klubs nationaler Couleur anlässlich der Ernennung Hitlers zum Reichkanzler ein Freudenfest, in dessen Verlauf ein nationalsozialistischer Redner u. a. erklärte:

„Es wird Zeit, daß die dicken SPD.-Bouzen beseitigt werden.“

Die Kundgebung verlief ruhig. Es war etwa zwei Stunden nach ihrer Auflösung gegen 8 Uhr abends, als ein Arbeiterfamariter, der sich zu einem Kino begeben wollte, wo er Wache hatte, von drei Nationalsozialisten, darunter dem schwer verkrankten Naziführer Dehmig, überfallen und niedergeschlagen wurde. Mit einer Kopfwunde wurde der Arbeiterfamariter, der auch dem Reichsbanner angehört, in ein Krankenhaus gebracht. Bürgermeister Kasten, dem bald von dem Ueberfall berichtet wurde, ordnete sofort die Verhaftung des Dehmig an, der aus einer Hochzeitsfeier heraus festgenommen wurde.

Sofort alarmierten die Nationalsozialisten ihre Leute, die vor das Rathaus zogen, dort Niederrufe gegen den Bürgermeister ausließen und die Freilassung des Dehmig forderten.

Kasten verhandelte später mit zwei Naziführern über Dehmigs Freilassung und erklärte sich schließlich mit Rücksicht auf die verhältnismäßig schwache und von den Demonstranten bedrohte Polizei zur Haftentlassung des Razirowdys bereit.

Die nationalsozialistischen Haufen lösten sich dann bald auf. Kurz nach 10 Uhr abends verließ auch Kasten das Rathaus, um in seine Dienstwohnung in der Parkstraße zurückzukehren. Auf dem Wege nach dort begegnete ihm der inzwischen freigelassene Dehmig, der sich in Begleitung eines Gymnasialisten mit einer roten Schulmütze befand. Als Kasten seine Wohnung erreicht hatte und gerade im Begriff stand, die Vorgartentür zu öffnen,

sprang der Gymnasialist auf ihn zu und steckte ihn durch zwei Schüsse in den Unterleib mit den Worten nieder: „Du Schwein, jetzt kommt die Abrechnung.“ Kasten hatte noch die Kraft, aus seiner Pistole sieben bis acht Schüsse auf den

stehenden Verbrecher abzugeben. Dann sank er zu Boden. Blutüberström und bewußlos wurde er auf Veranlassung seiner Angehörigen, die durch die Schüsse alarmiert aus der Wohnung auf die Straße geeilt waren, ins Krankenhaus geschafft.

Im Knappschaftslazarett erlangte Kasten bald nach seiner Einlieferung das Bewußtsein wieder. Einem Polizeibeamten, der bei seiner Ueberführung zugegen war, machte er trotz seines geschwächten Zustandes sofort nähere Angaben über den Vorfall. Er erklärte u. a., daß er den Täter, wenn er ihm vorgeführt werde, sofort wiedererkennen würde und ersuchte den Beamten, dafür zu sorgen, daß eine Reihe dienstlicher und familiärer Angelegenheiten bald geregelt werden. Er fühlte, daß der Tod nahte. Am Mittwoch mußte sich Kasten einer Operation unterziehen, aus der er gegen 2 Uhr wieder erwachte. Von jetzt ab weiste ein sozialdemokratischer Stadtrat der Staßfurter Gemeinde an Kastens Krankentisch. Der Schwächezustand des Patienten wurde

Dem gemordeten Freunde!

Sonnabendvormittag in der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags: auf der Tagesordnung steht die Stellungnahme zum nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Preußenparlaments. Eine der wichtigsten Entscheidungen soll fallen. Otto Braun spricht und begründet die Ablehnung des Antrages.

In der anschließenden Debatte meldet sich auch der Abgeordnete des Wahlkreises Magdeburg zum Wort, Hermann Kasten, der Rail- und Salzstadt Staßfurt Erster Bürgermeister. Kurz und bündig formuliert er in wenigen Sätzen und nießlich gerade darum eindrucksvoll seine Zustimmung. Die Entscheidung der Fraktion fällt, nur kurze Zeit bleibt bis zur Plenarsitzung.

Auf dem Wege zum Plenarsaal spricht er mit uns über seine Sorgen als Bürgermeister, denn Staßfurt ist eine Arbeiterstadt, aber die Rail- und Salzwerke und chemischen Fabriken sind seit langem Müllberge und im Verfall. Das Elend und die Not der Arbeitslosen sind schier grenzenlos. Verzweiflung, Nege und fanatischer politischer Haß werfen sich ihm entgegen. Er ist der bestgehobte Mann der Stadt, aber keine Verbeugung, kein giftiger Spritzer heftet sich an seine Fersen. Er ist untadelhaft in Lebensführung und im Verkehr, unbeschlagen in strenger Sachlichkeit und arbeitsam. Er ist vorbildlich in umfassender Kenntnis der Kommunalpolitik und seit acht Jahren im Vorstand des Reichstädtverbundes.

Wie ist es möglich, einen Mann zu hassen, den man achten muß?

Es ist möglich! Denn er ist vor allem Sozialdemokrat, also ein Marxist, ein Proletarier, ein ganz gewöhnlicher Volkshüter, nur ein „Kumpel“ Vater, der sich früh der Arbeiterbewegung angeschlossen. Der an sich selbst arbeitete, weil er wußte, daß man sich erst selbst erziehen muß, wenn man andere führen will. So wird er Abgeordneter, in Schönebeck ehrenamtlich Stadtrat und schließlich Bürgermeister in Staßfurt, der

von Stunde zu Stunde größer, bis er um 6 Uhr morgens seinen schweren Verletzungen infolge innerer Verblutung erlag. Kastens letzte Worte waren: „Das wollen freie Menschen sein. Wenn sie vor einem stehen, können sie einem nicht einmal in die Augen sehen.“ Kasten stand im 48. Lebensjahr. Er hinterläßt eine Frau, zwei Söhne und eine Tochter.

Als Mörder wurde bald nach dem Vorfall ein noch nicht 18-jähriger Sekundaner festgestellt, dessen Vater im Kriege gefallen und dessen Mutter seit längerer Zeit verreist ist. Die Polizei verließte zunächst den Burschen in seiner eiterlichen Wohnung festzunehmen. Er war jedoch nicht anwesend, so daß die Beamten den Razi-führern mit Hausdurchsuchungen drohten.

Der Nazikreisleiter Wincke erklärte sich darauf bereit, den Täter herbeizuholen. Eine Stunde später kehrte er mit seinem Motorrad zurück: auf dem Soziuslag sah der jugendliche Verbrecher. Er zeigte über die schreckliche Tat nicht die geringste Reue. In der Nacht hat er sich in einem Hause in der Nähe der Staßfurter SA-Kaserne versteckt gehalten. Er heißt Joachim Mathes und ist in Neu-Staßfurt zu Hause. Vorläufig hat er die Tat nicht gestanden.

Stadt der ehemaligen „Salzgrafen“. Aber er bleibt Proletarier, der nur eine von ihm als selbstverständlich empfundene Pflicht erfüllt, wenn er abends in Parteiveranstaltungen spricht. Gründe genug, ihn zu hassen.

Da sitzt er vor mir, in seinem schlichten Anzuzimmer, im Oktober, kurz vor der letzten Reichstagswahl, bei der ich in meinem Wahlkreis agitierte. Eine langjährige Freundschaft verband uns miteinander. Und wie er über die W id e r s t ä n d e spricht, die sich ihm nicht nur in den Menschen, sondern in den Umständen entgegenwerfen und hindern, allen zu helfen, — nein, es ist keine Schande, das hier niederzuschreiben —, da stand der 48-jährige, in Stürmen gereifte Mann auf und schritt zum Fenster, weil er nicht zeigen wollte, daß seine Augen nah werden. Er weiß zu gut, was es heißt, unverschuldet Rot und Leid zu tragen. Denn in ihm wohnt ursprüngliche, unendliche Güte, die ihm gerade die armeligste gedrückte Kreatur im Menschen, die Tiere und die Pflanzen lieben heißt.

Das ist vorbei! Nach der aufregenden, nernen-spannenden Sonnabendigung des Landtages ruft ihn sofort die Pflicht zurück. Wir tauschen Hände druck, ein „Auf Wiedersehen!“ und ein „Freiheit!“ — und noch dieselbe Nacht strecken ihn feige Mörderfügel aus dem Hinterhalt vor seinem Häuschen nieder.

Ein siebzehnjähriger Gymnasialist, fast ein Knabe noch, unreif, aufgepeitscht, verheißt, vollbrachte die Schurkerei. Es ist über alle Maßen schändlich hinzufügen zu müssen, daß der Bube noch stolz ist, auf seine „vaterländische“ Tat. Aber trägt er wirklich die tiefste Schuld?

Fürchterlich geht eine Blutsaat auf. Es ist Nacht geworden über Deutschland. Und Hermann Kasten schläft wie viele, die für die Freiheit steten, dem Morgenrot entgegen. Doch seine Asche wird einst in freier Erde ruhen. Das sei dem Freunde, dem Sozialisten, dem Kämpfer gelobt!

Otto Meier.

Gemeindewahlen in Sturmzeiten

Berlins Stadtparlament auch aufgelöst — Neuwahl am 12. März — Alle Kräfte angespannt!

Die Kommissare des Reiches haben sämtliche kommunale Vertretungskörperschaften — Provinziallandtage, Kommunalparlamente und Stadtverordnetenversammlungen — aufgelöst und die Neuwahl auf den 12. März angesetzt. Nach dem Großkampftag am 5. März, dem Tag der Reichstags- und Landtagswahl, werden also eine Woche später die Frauen und Männer noch einmal an die Wahlurne treten, um die Zukunft der deutschen Gemeinden zu bestimmen. Die Sozialdemokratie hat in der Kommunalpolitik in schwerster Nachkriegszeit gewaltige Werte für das Allgemeinwohl geschaffen. Wir fürchten deshalb die Entscheidung nicht. — Auf die Bitte der „Vorwärts“-Redaktion hat mit den nachstehenden Ausführungen der Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, Erich Flatau, die durch die Auflösung der Gemeindeparlamente geschaffene Situation umrissen.

Der Preussische Landtag hatte am 23. September 1932 ein Initiationsgesetz beschlossen, durch das alle kommunalen Parlamente, Provinziallandtage und Kommunalparlamente aufgelöst und am 6. November (mit dem Reichstag) neu gewählt werden sollten. Der Preussische Staatsrat hatte gegen dieses Gesetz Einspruch erhoben. Es konnte deshalb damals nicht durchgeführt werden. Zu denen, die Einspruch erhoben haben, gehörte auch die gesamte Fraktion der rechtsgerichteten sogenannten „Arbeitsgemeinschaft“, in der sich im Preussischen Staatsrat Deutschnationale und Deutsche Volksparteier zusammengefunden haben. Auch Freiherr von Geyl und andere „Stützen“ der früheren Papen- und jehigen Hitler-Regierung hatten sich der Auffassung angeschlossen, daß ein anderer Grund für die Auflösung der Gemeindeparlamente als der geflüchtete vorgegebene, ihre Arbeitsunfähigkeit, nicht anerkannt werden könnte, und daß, weil dieser Grund nicht vorläge, der Einspruch eingelegt werden müßte.

Die Vertrauensleute der Deutschnationalen in der jehigen Reichsregierung haben sich anscheinend auch in dieser Frage nun dem Diktat der nationalsozialistischen Kabinettsmitglieder gefügt.

Alle preussischen Gemeindeparlamente und Provinziallandtage sind durch eine besondere Verordnung der kommissarischen Preussenregierung aufgelöst worden.

Nach dem noch nicht vollkommen vorliegenden amtlichen Text der Verordnung kann hervorgehoben werden, daß die Verordnung sich stützt vorzugsweise auf § 79 der Städteordnung für die 6 östlichen Provinzen vom Mai 1853 in Verbindung mit Artikel 82 der jehigen Preussischen Verfassung, § 79 der erwähnten Städteordnung sah ursprünglich vor, daß „durch königliche Verordnung auf den Antrag des Staatsministeriums eine Stadtverordnetenverwaltung aufgelöst werden kann“. Der Artikel 82 der Preussischen Verfassung bestimmt, daß „die Befugnisse, die nach den früheren Gesetzen, Verordnungen und Verträgen dem König zustanden, auf das Staatsministerium übergehen“. Daß solche Rechte sogenannte Hoheitsrechte sind, dürfte für alle objektiv Urteilenden feststehen. Hoheitsrechte sollen nach dem für die jehigen preussischen Verhältnisse geltenden Urteil des Staatsgerichtshofs ausgeübt werden durch die Regierung Braun, die durch die neue Verordnung des Reichspräsidenten an der Ausführung ihrer Pflichten gehindert ist.

Die gegenwärtigen Sturmzeiten sind nicht dazu angetan, sich in längeren Ueberlegungen darüber zu verlieren, welche praktischen Wirkungen und Erschwerungen diese Auflösungsverordnung für die einzelnen Gemeindeparlamente hervorgerufen hat. Soweit Berlin hierfür in Betracht kommt, werden die Stadtverordneten und die sogenannten Bürgerdeputierten auch jetzt noch tätig werden müssen, vor allem in den Deputationen und Ausschüssen. § 13 des Groß-Berliner Gesetzes vom 27. April 1920 sieht vor, daß die infolge Ablauf der Wahlperiode oder infolge Auflösung der Stadtverordnetenversammlung aus den Deputationen ausscheidenden Stadtverordneten und stimmfähigen Bürger bis zum Amtsantritt der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung in ihrer Tätigkeit bleiben. Im übrigen wird deren Arbeit nach erfolgter Auflösung erloscht durch Entscheidungen des Bezirksausschusses.

In dem kommunalen Neujahrsartikel des „Vorwärts“ war schon darauf verwiesen worden, daß das Jahr 1933 das

kommunale Wahljahr

ist. Die deutsche Sozialdemokratie ist auch für diesen Wahlkampf gerüstet, sie hat alle Vorbereitungen getroffen und wird auch rund ein halbes Jahr vor dem eigentlichen Ablauftermin die Kommunalwahlen wirksam und erfolgreich durchführen können! Es wird bei dieser Wahl nicht so sehr darauf ankommen können, in Einzelheiten das besondere Wirken der sozialdemokratischen Vertreter für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu zeigen, als vielmehr

darauf, in großem Rahmen zu beweisen, in welcher Art

die intensive Arbeit sozialdemokratischer Stadtverordneten die bössartigsten Wirkungen der katastrophalen Wirtschaftslage aufhebt,

Wirkungen, die unter den politischen Ereignissen der letzten Monate doppelt fühlbar wurden.

Wer auf dem Berliner Bezirksparteitag am 4. Februar erlebte, wie die Mitteilung der gewaltigen Auflösung der preussischen Gemeindeparlamente auf die Anwesenden feinerlos niederschmetternden Eindruck machte, sondern im Gegenteil den Kampfeifer steigerte, der wird die Gewißheit haben können, daß diese im Kreise der führenden Berliner Funktionäre zum Ausdruck gekommene Stimmung die gesamte Berliner Partei beherrscht. Man mag vielleicht unter normalen Umständen das zeitliche Zusammenfallen von großen politischen Wahlen und Gemeindewahlen nicht gutheißen, weil im allgemeinen hierdurch die speziellere Bezugnahme auf die besonderen Gemeindeaufgaben erschwert wird. In der gegenwärtigen Zeit muß aber noch mehr als früher auch für die Gemeinde alles vom Standpunkt der politischen Entscheidung aus gesehen werden. Die politischen Mächte, die wirksam werden gegen die Rechte des Volkes, machen nicht Halt vor der Verletzung der Interessen des einzelnen Gemeindegürgers. Diese Erkenntnis muß die Wählerkreise durchdringen. Diesen muß klar werden, daß es sich auch bei den Gemeindewahlen um einen

Kampf der Arbeitenden und Arbeitslosen gegen ihre Unterdrücker handelt.

Dieser Kampf verlangt in Berücksichtigung der zeitlichen und praktischen Möglichkeiten eine be-

sondere vorbildliche Geschlossenheit der Partei nicht nur, sondern darüber hinaus die Einigkeit des gesamten Berliner Proletariats. Gerade im Gemeindegewahlkampf darf diese Einheitsformel nicht etwa nur eine Neuhierarchie darstellen, sondern sie muß zu der Ueberzeugung führen, daß die äußeren Formen dieses Wahlkampfes für das klassenbewußte Proletariat aller Gruppen und Schattierungen die Erkenntnis des einen Ziels nicht erschweren:

Berlin, die Millionenstadt der Arbeiter, vor dem Einfluß des Klassegegners zu bewahren.

Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ vom 4. Februar 1933 schreibt einer der deutschnationalen Kommunalen „Fachleute“, Dr. Marek, — vor Erlaß der Auflösungsverordnung — über die kommenden kommunalen Neuwahlen. Er läßt hierbei im Schlußteil seiner Darlegungen erkennen, daß der Wunsch nach Auflösung vorzugsweise diktiert worden ist von dem Bemühen, den „roten Einfluß“ in der Stadt Berlin nun endlich zu brechen. Es heißt dort, daß „besonders im Hinblick auf Berlin baldige kommunale Neuwahlen in der Tat notwendig seien“. Mit seltener Offenheit wird zugegeben, daß die Auflösungsverordnung vor allem auch die Durchführung der Stadtratswahlen in der Zentrale und in den Bezirken Berlins verhindern sollte.

Das proletarische Berlin wird die Zeichen der Zeit verstehen. Es muß erkennen, daß eine Verringerung des Einflusses der Sozialdemokratie im Berliner Rathaus sich in dem engeren Lebenskreise des einzelnen viel deutlicher zeigt als manche Maßnahmen, die im größeren Rahmen der allgemeinen Gesetzgebung getroffen werden. Die Berliner Parteileitung hat sich auf die schnelle Durchführung der Kommunalwahlen eingestellt. In erhöhtem Maße wird durchgeführt werden, was vorbereitet worden ist zur Erreichung des Hauptziels, das zugleich die Wahlparole umschließt:

Berlin bleibt rot!

Katastrophe im Autowerk

Schweres Explosionsunglück bei Renault — Riesenkessel geplatzt

Paris, 6. Februar.

In der bekannten französischen Automobilfabrik Renault ereignete sich am Montag, kurz nach 11 Uhr vormittags, in der Elektrizitätszentrale eine schwere Explosion. Durch umherfliegende Eisenteile wurden mehrere Arbeiter schwer verletzt, ferner wurden über 100 Arbeiter durch die einstürzenden Gebäudeteile getroffen. Die sofort herbeigeleitete Feuerwehr konnte über hundert Verletzte bergen; von denen eine ganze Reihe in Lebensgefahr schweben. Acht Arbeiter starben auf dem Wege in das Krankenhaus.

Nachdem das Krachen der Explosion sich gelegt hatte, wurden herzerregende Schreie der Verletzten hörbar. Die Automobilfabrik Renault liegt an der Peripherie von Paris und beschäftigt gegen 30 000 Arbeiter. Sie ist erst in letzter Zeit erheblich vergrößert worden und füllt fast den ganzen Vorort Billancourt aus. Sie versorgte nicht nur die französische Heeresverwaltung mit Kraftwagen, sondern arbeitet gelegentlich auch für ausländische Staaten, u. a. gegenwärtig für Japan.

Das Unglück ist auf die Explosion eines großen Kessels zurückzuführen. Das Dach des Kesselhauses wurde durchschlagen und die Eisen- und Mauerreste stürzten auf ein danebenliegendes Fabrikgebäude, in dem einige hundert Arbeiter beschäftigt waren.

Das Gebäude stürzte unter der Wucht der Sprengteile zusammen und begrub die Unglücklichen unter den Trümmern.

Die Feuerwehr und die gesamte Belegschaft arbeiten fieberhaft an der Beseitigung der Trümmer, aus denen heraus man das Stöhnen der Verwundeten hört.

Die Unglücksstelle wird von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge umlagert, die in Ungewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen auf Nachrichten warten. Mütter und Väter, Frauen und Schwestern laufen besorgt umher. Fast die gesamte Pariser Sanitätskolonne befindet sich an der Unglücksstelle und immer wieder verlassen Rote-Kreuz-Wagen mit Verletzten das große Eingangstor.

14 Stunden unter dem Tisch Einbrecher mit Ausdauer

Ungewöhnliche Ausdauer zeigte ein Einbrecher, der es fertigbrachte, einen ganzen Tag über unbeweglich unter einem Auslagetisch zu liegen. In der Nacht war von mehreren Männern in das Radio- und Zigarrengeschäft von Sidow in der Elberfelder Straße 40 eingebrochen worden. Die Diebe waren über das Schutzhitter der Tür geklettert und hatten dann das Schloß aufgebrochen. Eine Polizeistreife, die verdächtiges Geräusch gehört hatte, war herbeigeleitet, die Einbrecher hatten aber bereits die Flucht ergriffen, und zwar mit solcher Eile, daß sie ihr Diebesgut, das in mehreren Paketen zusammengepackt war, zurücklassen mußten. Der Geschäftsinhaber brachte seine Ware wieder in Ordnung. Als er am Abend nach Geschäftsschluß noch einmal gründlich aufräumen und auch die Auslagen im Schaufenster verändern wollte, zog er den flachen Rolltisch, auf dem die Auslagen aufgebaut waren, etwas zurück. Zu seinem nicht geringen Erstaunen kam unter

dem Tisch ein Paket zum Vorschein, und dahinter lag ein junger Mann, der keinen Widerstand leistete. Die Kriminalpolizei nimmt natürlich an, daß dieser Bursche, der, ohne bemerkt zu werden, 14 bis 16 Stunden unter dem Auslagetisch zugebracht hat, an dem Einbruch beteiligt gewesen ist. Er selbst bestreitet jede Schuld, will vielmehr erst nach dem Einbruch über das Schutzhitter geklettert und in das Geschäft eingedrungen sein.

Grippewelle geht zurück Krankenhäuser entlastet

Der Höhepunkt der Grippewelle in Berlin scheint nunmehr überschritten zu sein. Die Einlieferungen von Grippekranken in die Berliner Krankenhäuser haben nämlich in den letzten 48 Stunden beträchtlich abgenommen. Am Sonnabend waren es noch 270, am Sonntag nur noch 162. Am gestrigen Montagvormittag standen 379 freie Betten zur Verfügung.

Die Auffassung, daß die Grippe in Berlin ihren Höhepunkt überschritten habe, wird durch die Meldungen der Allgemeinen Ortskrankenkassensitätigt, bei der noch in der Zeit von Freitag bis Sonnabendmittag allein 1055 Neuerkrankungen registriert worden waren, während in den 48 Stunden von Sonnabendmittag bis Montagmittag nur noch 938 neue Grippefälle gemeldet wurden. Auch die Zahl der Schulklassenschließungen ist zurückgegangen. In einigen Fällen machen sich allerdings auch Ausfälle an Lehrkräften bemerkbar, wie z. B. an der 3. Volksschule in Steglitz, wo fünf Angehörige des Lehrkörpers an Grippe erkrankt sind.

Rotters in Lichtenstein Vorsorglich eingebürgert

Basel, 6. Februar.

Die Lichtensteiner Regierung bestätigt nunmehr, daß die Gebrüder Rotter sich seit einigen Tagen in der Hauptstadt des Fürstentums, in Vaduz, befinden. Es sei übrigens nicht richtig, daß die beiden jetzt erst die Lichtensteiner Staatsangehörigkeit erworben hätten. Dies sei vielmehr schon 1931 geschehen. Wegen Konkursverfahrens liefere Lichtenstein niemanden aus. Ein offizielles Ersuchen der deutschen Polizei oder Regierung, gegen die Gebrüder Rotter irgendwie vorzugehen, liege bis jetzt auch bei der Lichtensteiner Regierung nicht vor.

Man hat festgestellt, daß Fritz Rotter nach dem Zusammenbruch seines Konzerns und als die Staatsanwaltschaft schon nach ihm fahndete, mit dem Hochwagen eines Berliner Autoverleihers zunächst von Berlin nach Dresden gefahren ist. Von Dresden aus ist es dann Fritz Rotter auf einem noch nicht ganz aufgeklärten Wege gelungen, die Tschechoslowakei zu erreichen, von wo aus er dann über Oesterreich nach Lichtenstein gereist sein muß.

Räuber im Butterladen

Auf die Butterfiliale der Firma Nordstern in der Adolfsstraße auf dem Wedding wurde gestern kurz vor Ladenschluß ein Raubüberfall verübt. Als sich die beiden Verkäuferinnen allein im Geschäft befanden, stürmten drei Männer herein und riefen: „Hände hoch — die Kasse heraus!“ Während einer der Banditen die Verkäuferinnen mit einer Pistole in Schach hielt, plünderten die Komplizen die Ladentasse aus, in der sich etwa 100 Mark befanden. Mit der Beute gelang es den Tätern trotz der sofort aufgenommenen Verfolgung zu entkommen.

Für Freiheit, Volk und Sozialismus!

Die vom Sozialistischen Kulturbund veranstaltete Massenkundgebung, die zum 15. Januar vorgesehen war, findet nunmehr am Sonntag, dem 19. Februar, vormittags 11½ Uhr, im Volkstheater-Theater statt. Die bereits verkauften Karten behalten ihre Gültigkeit. Karten zum Preise von 30 Pf. sind an den bekannten Stellen und in der Buchhandlung Dietz, Lindenstraße 2, zu haben.

Die Juristische Sprechstunde findet der Demonstration wegen heute nur von 15 bis 16 Uhr statt.

HEINRICH JACOBI

Hausmarke

Nr. 20... 20x
Nr. 15... 15x

Nr. 10... 10x

ORIGINALGRÖSSE Nr. 10... 10x
Am grünen Band wird sie erkannt!



DAS HOCHWERTIGE ENDPRODUKT VON

100 Jahren Erfahrung

ORIGINAL FABRIKAT HEINRICH JACOBI ZIGARREN FABRIKEN GEGR. 1847
Erhältl. in ca. 4000 Berl. Zig. Läden u. i. allen U. Bahnhfn.

Drei neue politische Morde

Zahlreiche politische Zwischenfälle

In knapp 48 Stunden wurden in Berlin drei schreckliche Mordtaten verübt. Politische unbewaffnete Gegner, darunter eine 56 Jahre alte Frau, wurden das Opfer der Nationalsozialisten. In der Nacht zum Sonnabend wurden zwei junge Kommunisten erschossen und in den späten Abendstunden des Sonntags schossen SA-Leute die Wirtin eines KPD-Verkehrslokals über den Haufen. Das alles geschah, als die Vorbereitungen für das inzwischen erfolgte „Staatsbegräbnis“ des Führers des Sturmes 33 getroffen wurden.

Der Mord an der 56jährigen Restaurateurwitwe Anna Röder aus der Rubensstraße 47 in Friedenau hat selbst in den sogenannten bürgerlichen Kreisen helle Empörung ausgelöst. Frau Röder ist Inhaberin des Restaurants „Pappschachtel“, das auf einem Gartengrundstück liegt. In der Hauptküche zählten kommunistische Arbeiter zu den Gästen des Lokals. Am Sonntag waren gegen 23.30 Uhr etwa 10 bis 12 Gäste anwesend. Plötzlich ertönten vor der Gastwirtschaft laute Rufe. Unmittelbar darauf wurden sämtliche Fensterscheiben eingeschlagen und über 20 SA-Leute drangen mit Pistolen, Dolchen, Messern und Buchtenknüppeln bewaffnet durch die zertrümmerten Fenster in das Innere ein. 10 Mann, die zum größten Teil Pistolen in den Händen hielten, riefen: „Hände hoch — sonst wird geschossen!“ Dann machten sich die Eindringlinge an die Durchsuchung der Gäste, während andere das Lokal demolierten. Als die Wirtin Frau Röder in die Küche gehen wollte, vielleicht um von dort einen Weg zur Flucht zu entdecken und die Polizei zu alarmieren, wurde sie von einem der Nationalsozialisten niedergeschossen. Die Kugel drang Frau R. in den Unterleib. Die Verletzungen waren so schwer, daß sie bereits auf dem Transport ins Krankenhaus starb. Inzwischen war ein Schupobeamter, der sich auf seiner Streife befand, auf den Überfall aufmerksam geworden. Während der Beamte die Täter ganz allein im

Schach hielt, wurde von anderer Seite das Ueberfallkommando alarmiert. Sechzehn Nationalsozialisten wurden festgenommen. Als man die Täter durchsuchte, wurde ein ganzes Waffenarsenal entdeckt. In den Taschen und auf dem Fußboden zerstreut fanden die Beamten:

- 10 Pistolen
- 2 Buchtenknüppel (Reibeketten)
- 1 Hackmesser
- 1 Stabkrute
- 1 Beilspide
- 5 feststehende Messer
- zahlreiche scharfe Munition.

Die Bande wurde festgenommen und der Politischen Polizei des Polizeipräsidiums übergeben. Ob sich der feige SA-Schäpe und Frauenmörder unter den Festgenommenen befindet, soll angeblich noch nicht feststehen, weil offenbar ein Teil der Täter entkommen ist. Die Mordkommission arbeitet an der Aufklärung dieses neuesten Verbrechens.

Nachzutragen sind in diesem Zusammenhang die Morde an den beiden kommunistischen Arbeitern, die in der Nacht zum Sonnabend ihr Leben unter nationalsozialistischen Augen aushauchten. Nach Mitternacht töteten vier jugendliche Kommunisten von einer Verammlung aus dem Moabitler Gesellschaftslokal heim. Als die Gruppe die Kreuzung Emdener und Wiclerstraße erreicht hatte, tauchten vier Halentreuzer auf, die ohne jeden Anlaß, wie die Polizei einwandsfrei festgestellt hat, vier Schüsse auf die Kommunisten abgaben und dann davontiefen. Die Kommunisten, vermutlich in der Meinung, daß es sich um Schüsse aus einer Schreckschußpistole gehandelt habe, eilten den Schützen nach, um ihre polizeiliche Feststellung zu erwirken. Plötzlich feuerten die Halentreuzer nochmals und der 19 Jahre alte Jungkommunist Alfred Kollatsch brach mit einem Brustschuß zusammen. Er starb wenige Minuten später. Die

vier Täter konnten durch die Energie der hinzueilenden Schupobeamten festgenommen werden. Die andere Bluttat spielte sich fast zur gleichen Zeit in der Fuldastraße in Neukölln ab. Dort wurden mehrere Kommunisten von SA-Beuten beschossen. Der 20 Jahre alte Antifamann Erwin Berner wurde durch einen Buchschuß so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Der 57jährige Friseur Emil Sawinski, Mitglied der KPD, erlitt einen schweren Oberschenkelerschuß. S. fand im Neuköllner Krankenhaus Aufnahme. Am Tatort wurden von den Polizeibeamten zahlreiche leergeschossene Patronenhüllen gefunden. Die Täter sind in der Dunkelheit jämlich entkommen.

Auch sozialdemokratische Zeitungsvorkäufer und Propagandazettelverteiler wurden in mehreren Fällen von SA-Beuten überfallen, mißhandelt und niedergeschlagen.

Diese drei Mordtaten waren von dem nationalsozialistischen „Angriff“ in entstellter Form wiedergegeben. Von der Friedenauer Mordtat, die an Scheußlichkeit kaum noch zu überbieten ist, wird im „Angriff“ festgestellt, daß sich in der berüchtigten kommunistischen Kneipe „Pappschachtel“ lediglich eine Schlägerei (!) entwickelte, in deren Verlauf die Wirtin, Frau Röder, durch Buchschuß verletzt wurde. Sie starb im Krankenhaus. Ueber die beiden Morde an den kommunistischen Jungarbeitern heißt es in demselben Blatt an verletzter Stelle: „In zwei Stellen kam es nachts zu schweren, von Nazis provozierten Zusammenstößen mit Nationalsozialisten, bei denen, wie polizeilich festgestellt wurde, drei Kommunisten durch Schüsse schwer verletzt wurden. Zwei von ihnen sollen ihren Verletzungen erlegen sein.“ Das stand im „Angriff“ zu einer Zeit, als bereits viele Stunden zuvor Berliner bürgerliche Vormittagsblätter die Nachricht von dem Tod der beiden kommunistischen Jungarbeiter veröffentlichten. Das durften aber die „Angriff“-Leser am Sonnabend noch nicht erfahren, denn das „Staatsbegräbnis“ am Sonntag stand ja noch bevor! So werden nationalsozialistische Morde verheimlicht.

Wenige Tage später, am 19. Januar, kam es gleichfalls in der Frankfurter Allee, zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Die letzteren erlitten von ihren Genossen Unterstützung. Es wurden auch einige Schüsse abgegeben, und ein Kommunist, der Arbeiter Hermann Klück, zwangsgestellt. Ein 16jähriger Nationalsozialist wollte gesehen haben, wie Klück einige Schreckschüsse abgegeben habe. Man fand bei ihm eine scharf geladene Pistole und einen Gummiknüppel, an dessen Ende ein Stück Blei eingegossen war. Der Angeklagte bestritt zwar vor Gericht, geschossen zu haben, wurde aber wegen unbefugten Waffenbesitzes zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Klück ist einmal wegen Diebstahl und dreimal wegen unerlaubter Ueberschreitung der Grenze zwischen Danzig und Deutschland vorbestraft.

Tod des Frauenmörders

Die verschluckte Zahnbürste

Einj a. d. D., 6. Februar.

Der vielfache Mörder Franz Zeitgeob, der vor kurzem zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden war, ist heute an den Folgen eines Selbstmordversuchs gestorben. Zeitgeob hatte noch vor der Schwurgerichtsverhandlung eine Zahnbürste verschluckt, in der Hoffnung, dadurch ins Gerichtskrankenhaus zu kommen und von dort leicht entlassen zu können. Er mußte jetzt operiert werden; sein Tod ist infolge Bauchfellentzündung eingetreten.

Kalte Lauben

Und ungeschützte Einsetzwagen

Man schreibt uns:

„Mit Interesse las ich kürzlich ihre Ausführungen über die Kältehilfe Berlins. Es ist verständlich, wenn die Hilfsbedürftigen zunächst eine Beihilfe erhalten, die wegen ihrer schlechten Wohnverhältnisse besonders stark unter dem Kälteeinbruch zu leiden haben. Sie weisen darauf hin, daß das in erster Linie auch die Bewohner von Lauben sein werden. Dem kann man nur zustimmen! Wer einmal in einer Laube überwintert hat, weiß, was die Laubenbewohner auszuhalten haben. Die letzte Kälte übte eine so furchtbare Wirkung aus, daß viele der Laubenteute schon in aller Morgenfrühe ihre meist armselige Ruhestätte verlassen und im Freien umherrennen mußten, eben weil sie es in der Laube vor Kälte nicht mehr aushalten konnten. Man glaube nicht, daß der Winter schon zu Ende ist. 1929 fielen wir um diese Zeit noch im tiefsten Frost. 1922 wollten die Eisbarren des Nordens bis in den Mai hinein nicht weichen und bliesen grimmige Kälte über unser Land. Genießen wir also dankbar das milde Wetter, aber wappnen wir uns für etwa noch kommende Kälte, d. h. sorgen wir dafür, daß unsere Mitmenschen in ihren jammervollen Obdachungen nicht zugrunde gehen.“

Hier tut schnelle und gründliche Hilfe wirklich not!

Bei dieser Gelegenheit auch einige Worte an die Berliner Verkehrs-Gesellschaft. Ich weiß, daß die überwiegende Mehrzahl der im Verkehr befindlichen Wagen einen sogenannten geschlossenen Führerstand haben. Der Führer ist hier gegen den schneidenden Windzug geschützt. Mehr als unverantwortlich ist es aber, in den Tagen bitterer Kälte Wagen fahren zu lassen, die nicht den geschlossenen Führerstand haben. Da verkehrt z. B. ein Einseher der Linie 47 (Krankenhaus Neukölln—Hermannsplatz). Wenn ich in Brigg am Buschweg einsteige und infolge Ueberfüllung ein Plätzchen auf dem offenen Vorderperron beziehen muß, bin ich wirklich zufrieden, wenn ich nach etwa vierminütiger Fahrzeit an der Grenzallee das Behältnis verlassen und in die warme Untergrundbahn schlüpfen kann. Der wirklich bedauernde Führer aber muß sich weiter den kalten Wind um die Nase blasen lassen. Dieser skandalöse Zustand verlangt schnellste Beseitigung. Es kann doch wirklich nicht alle Welt kosten, die offenen Wagen mit Windschutzscheiben versehen zu lassen. Der BVG. sei geraten, die bewußte „lange Leitung“ endlich etwas zu kürzen, zumal ihr ja diese Zustände in ihrem Wagenpark seit langem bekannt sind.“

„Iphigenie“ im Deutschen Theater. Von Dienstag ab wird im Deutschen Theater Goethes „Iphigenie auf Tauris“ aufgeführt. Es wirken mit: Helene Thimig, Ewald Baller, Ferdinand Hart, Wolfgang Liebeneiner und Eduard von Winterstein.

Auf zur Heimkehr. Genosse Ernst S., um den seine Familie und seine Freunde wegen seines Verschwindens sich schwere Sorgen machen, wird dringend gebeten, wieder zurückzukehren, um seine Arbeit wieder wie früher als pflichtgetreuer Sozialdemokrat aufzunehmen.

In wenig Worten

Es wird, was in Kreisen der Erwerbslosen und Wohlfahrtspsfänger noch nicht allgemein bekannt ist, nochmals darauf verwiesen, daß auf die Reichsoverbilligungsscheine für Lebensmittel monatlich 2 Pfund frischer Seefisch oder 1 Pfund Fischöl bezogen werden können. Für den Seefischbezug gilt der Februar-Abchnitt 7.

Nach einem Funkpruch aus Murmansk ist der russische Dampfer „Kaila“ gestrandet. Der Dampfer soll im Sinken begriffen sein. Mehrere Dampfer eilen zur Hilfe. Man hofft, die Besatzung retten zu können.

Im vergangenen Herbst ereignete sich am Kurfürstendamm ein schwerer Verkehrsunfall, der den Tod von zwei Menschen zur Folge hatte. Der Lastwagenfahrer Brändel überquerte in der Joachimsthaler Straße den Kurfürstendamm, obwohl das Signal auf „Rot“ stand. Die Strafkammer des Landgerichts III verurteilte den Angeklagten Brändel wegen fahrlässiger Tötung in zwei Fällen zu 9 Monaten Gefängnis.

Eine vom Minister für die Handelsmarine in Paris eingeleitete technische Untersuchungskommission ist einstimmig zu dem Ergebnis gelangt, daß die Vernichtung der „Atlantique“ auf Brandstiftung und nicht auf Kurzschluss zurückzuführen sei. Der Bericht der Kommission ist der Staatsanwaltschaft von Bordeaux mit der Bitte übermittelt worden, sofort ein Strafverfahren gegen Unbekannt einzuleiten.

So wird geworben

Augenblicksbilder aus unserer Propaganda

Von 10 bis 12 Uhr ist die Flugblattverteilung angelegt. Schon um 9 Uhr sind die ersten Genossen zur Stelle. Die sonst so stillen Straßen haben heute aber ein ganz fremdes Gesicht. In der Nazisferne Bogenstraße 12 ist ein fröhliches Kommen und Gehen; alle sind in „Paradeuniform“. In der Scharnhorststraße das gleiche Bild. Inzwischen ist alles verammelt und 30 bis 35 Genossinnen und Genossen beteiligen sich an der gemeinsamen Verbreitung. Gespannt und aufmerksam beobachten die Bewohner der Vorderhäuser unter Beglücken. Wird es zu Zusammenstößen kommen? Sind doch erst in der letzten Woche mehrere Bewohner der

Bogenstraße angegriffen worden. Aber auch die Schupo hat ihre Streifen verdoppelt und alles verläuft programmäßig. Mit mehr Aufmerksamkeit ist wohl noch kein Flugblatt verteilt und gelesen worden. Der Eifer der Verteilenden und das zufriedene Lächeln des Zahlhabenden sind wohl der beste Beweis dafür, daß der Erfolg nicht übertrieben ist; überall vorwärts unter den drei Pfeilen mit Eifer an die Arbeit und der Erfolg wird unser sein!

Das Staatsbegräbnis

Am Sonntag hat im Dom das Staatsbegräbnis für den Führer des nationalsozialistischen Sturmes 33 Maitowski und den Polizeioberwachmeister Jauritz stattgefunden. Der „Volkswagen“ berichtet über die Trauerfeier mit der Unterüberschrift: „Hitler, Göring und der Kronprinz im Dom“.

Die Begräbung zwischen den amtlichen Vertretern der deutschen Republik und dem früheren Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen war von auffallender Zuverlässigkeit. Neben dem Reichskanzler der Republik Adolf Hitler, dem Reichsminister und stellvertretenden Kommissar für Preußen, Göring und dem früheren Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen sah man den kommissarischen Polizeipräsidenten der Hauptstadt der Republik, Herrn Meißner und den Kommandeur der Polizei der republikanischen Reichshauptstadt Berlin, Herrn von Pöten. Der Sorg des nationalsozialistischen Sturmführers war mit der Halentreuzflagge, der des Polizeioberwachmeisters mit den schwarzweißen preussischen Farben bedeckt. Die Farben des Reiches wurden nicht gesehen. Auf dem Platz vor dem Dom war die SA. unter Beteiligung von Zivilpublikum aufmarschiert.

Nach der Trauerfeier im Dom fuhr der gegenwärtige Reichskanzler zur Reichsanzlei zurück, um sich im Laufe des Tages im Flugzeug nach München zu begeben. Auf dem Invalidenfriedhof in der Invalidenstraße sprach Goebbels.

Für den toten Polizeibeamten hatten am Vormittag in der Ballstraße zwei Arbeiter einen Kranz mit roter Schleife niedergelegt. Es wird behauptet, daß der Oberwachmeister Jauritz überzeugter Republikaner war.

Aufruf von BVG-Sammellisten. Die BVG. ruft die Sammelkarten der Ausgabe D (grüne Farbe) zum 28. Februar 1933 auf.

Nazi mit 16 Vorstrafen

Ein mißglücktes Zuberkunststück

Das Schnellschöffengericht hatte sich gestern gleich mit zwei Waffensachen zu befassen. Angeklagt waren ein S.-A.-Mann und ein Kommunist, der aber nicht organisiert ist.

Am 14. Januar d. J. hielt gegen 3 Uhr nachts beim Würstwagen in der Frankfurter Allee ein Auto mit der Halentreuzfahne als Wimpel. Ein S.-A.-Mann erstieg dem Wagen. Im selben Augenblick fiel ein Gegenstand zu Boden. Der S.-A.-Mann hob ihn schnell auf und warf ihn ins Auto. Ein Schupobeamter, der den Vorgang bemerkte, interessierte sich für den Gegenstand. Der S.-A.-Mann zeigte dem Beamten einen Beutel. Dieses Zuberkunststück mißlang dem S.-A.-Mann aber gründlich, denn der

Besonnenheit!

An alle Teilnehmer unserer Kundgebung! Ungeheure Massen werden heute aufmarschieren, um für die

Freiheit des Volkes

zu demonstrieren. Kein Zwischenfall darf die gewaltige Kundgebung stören. Darum müssen Ruhe, auf die hin die Polizei einzuschreiten gezwungen wäre, unter allen Umständen unterbleiben. Insbesondere sind Rufe, die mit dem Wort „nieder“ beginnen oder mit dem Wort „vorrecke“ enden, zu vermeiden.

Schupomann durchsuchte den Wagen und fand — einen scharf geladenen Revolver und außerdem 10 Rahmen mit Munition. Vor Gericht erklärte der angeklagte S.-A.-Mann Hermann Hartneß, ein wegen verschiedener Delikte 16 mal vorbestraftes Individuum, er wisse nicht, wie die Munition und die Waffe in seinen Wagen gekommen seien, höchstwahrscheinlich habe ihm das eine wie das andere irgend ein Unbekannter in den Wagen versteckt. Das Gericht verurteilte den S.-A.-Mann wegen unbefugten Waffenbesitzes zu acht Monaten Gefängnis. Herr Hartneß verbüßt augenblicklich eine einjährige Gefängnisstrafe wegen Betruges.

...einige Tropfen **MAGGI** Würze verbessern das einfachste Essen

• Auch beim Nachfüllen erhalten Sie Gutscheine •

Jugend von heute

Die vier aus der Bar im Westen

Der Raubüberfall ist das typische Verbrechen der Roten Jungen, in der Regel unbeträchtlich, in Verbrechen unerfahren, verborgen durch Schundliteratur und Schundfilm, erfüllt von Abenteuerlust, ohne Arbeit und Taschengeld, immer halb hungrig, den Lockungen der Großstadt ausgeführt, stellen sie sich einfach vor, durch einen plötzlichen bewaffneten Überfall zu Geld zu kommen. Die Bevölkerungsklassen leben aber nicht mehr wie im Mittelalter in strenger Abgeschlossenheit voneinander. Auswüchse sozialer Lebens springen von einer Bevölkerungsschicht auf die andere über, von den unbewachten Jungen aus den Proletariatsvierteln auf die wohlbehüteten Söhne begüterter Familien. So erntet die bürgerliche Gesellschaft die Früchte jenes Systems, das Elend

und Gewalt zeigt. Diese freundliche Verzauberung wird von den Weintraub weitergeführt, einer Gruppe lebenswürdiger junger Musikanten, die in den drei Jahren ihrer Abwesenheit vieles hinzugelernt haben; sie treten den Beweis an, daß ein Kollektiv Großes leisten kann, so daß der Rhythmus nicht nur einem einzelnen zufällt. Ihr Rhythmus und ihre vollendete Egzenztrik überraschen und erfreuen. Sodann zeigt uns Dr. Hermann Ostermaier einen Seidenschimmelhengst, wahrhaftig ein Pferd von letzterer Schönheit, wie aus einem Märchen, der am langen Zügel seine besondere tänzerische Begabung beweist. Raffana ist eine Reuheit am Sternenhimmel des Wintergartens, die es fertig bekommt, den Kreuzschwung einarmig hundertmal auszuführen und damit fast den Rekord Lillian Velgels zu erreichen. Die vortrefflichen Akrobatinnen Bruna und Solanda mit Höchstleistungen, der überaus kultige und amüsante Franky, dem unsere moderne Lotte Wertmeister nichts nachgibt, die ausgezeichneten Leiterakrobaten Mario Medini, die hübschen und gern gesehenen Marionetten Teubers tragen dazu bei, das hohe Niveau des neuen Programms zu wahren.

Das einzige, was der Zeuge mit Bestimmtheit sagen konnte, war, daß Lettow, als äußerst tüchtiger, umsichtiger, tatkräftiger und fleißiger Mensch allgemeines Vertrauen befehlen habe. Im übrigen konnte sich Oberbürgermeister Böß auf all das, worauf es dem Gericht ankam, nicht mehr erinnern. So blieben die Fragen des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Neumann fast sämtlich unbeantwortet.

Zu seiner Rechtfertigung erklärte Böß sehr

Weißer Wertheim-Wochen

Der Bleistift in der Hand des Preisalkalators und die Materie in Händen phantasiebegabter Dekorateurs haben die diesjährigen Weißen Wochen der Firma A. Wertheim zu einer lebenswerten Schau sowohl in künstlerischer wie auch in wirtschaftlicher Beziehung gestaltet. Um mit der realen Seite der Veranstaltung zu beginnen, so kauft man alles, was weiße Farbe trägt, zu wirklich kaumemwert herabgesetzten Preisen. Ob man am Lager der Leinwand oder der Küchentücher sich umsieht, ob man die zu hohen Pyramiden aufgestapelten Ballen preiswerter Wäschestoffe betrachtet, man kann überall — sofern man eben überhaupt noch kann — billig, ganz billig feinen Wäschebestand ergänzen. Ganz besonders hat sich der reduzierende Preisstift der haushälterischen Wäscheartikel angenommen, denn sind Frauenhemden zu Spottpreisen zu haben, und des Mannes Schürze nach hübschen Oberhemden geht ebenfalls keine unerfüllbare Wege. All diese preiswerten Gelegenheiten präsentieren sich nun dem Publikum in einer ungemein wirkungsvollen Aufmachung. So hat das Haus Wertheim in der Leipziger Straße seinen Lichthof zum Baldachin in weiß-gelb gewandelt; schwingvolle Faltenwürfe ringsum, und die Decke erstirkt in einem Meer von Licht, das durch riesige, sternförmige Beleuchtungskörper aus tausenden kleiner Glühbirnen nach unten auf all die ausgebreitete weiße Herrlichkeit fällt. Das Haus am Moritzplatz hat Nischen in die Wände eingelassen und diese geschmackvoll mit Weiß verkleidet, von der in Kassetten geteilten Decke hängen lange, weiß-gelbe Franzen, von unzähligen Glühbirnen durchleuchtet, nach unten. In der Königstraße schwebt ein Vogelzug schneidiger Schwäne über den Häuptern des Publikums, der einem schneebedeckten Nisensbassin zuströmt. In der Rosenhäger Straße schließlich sind die großen, starken Tragepfeiler ganz in Weiß verkleidet; von diesem weißen Grund heben sich schmilfige Relieffiguren ab, die vollständige, ihrem jeweiligen Charakter angepasste Wäschegarnituren auf dem schlanken Leib tragen.

Freie Sozialistische Hochschule

Sonnabend, 11. d. M., 19½ Uhr, Saal des ehem. Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Vortrag des Genossen Prof. Dr. Ernst v. Aster-Gießen über:

„Der Geist des deutschen Bürgertums und die Politik“

Karten zum Preise von 50 Pf. an den bekannten Stellen. (Karten zu ermäßigten Preisen a. d. Abendkasse.)

neben Reichtum und Ueberfluß züchtet. Dafür zwei Beispiele aus der allerersten Zeit.

Erst vor wenigen Wochen sahen vier junge Burshen aus gut situierten Bürgerhäusern auf der Anklagebank wegen Verabredung gegen das Leben eines Geldbriefträgers. Die vier Burshen „genossen“ ihr Leben in den Wilhelmshallen und in der Canarisbar; sie brauchten Geld für ihre Freundinnen und so hatten sie den Raubüberfall ausgeheckt. Bald danach stellte es sich zur allgemeinen Ueberraschung und Verblüffung heraus, daß auch die vier Burshen, die den Ueberfall auf den Garderobepächter des Delphi-Palastes in der Kanistraße, Otto Kröger, unweit des Untergrundbahnhofs Krumme Bante in Zehlendorf verübt haben, gar keine abgeklimten Verbrecher sind, sondern aus guten Bürgerhäusern stammen. Sie verbrachten ihre Nächte in den Tanzlokalen des Westens, spielten die Kanalliere und brachten dazu Geld, Geld und nochmals Geld.

In die hochherrschafflichen Grunewaldvillen kiffen sich die kriminellen Bazillen aus den Glend- und Verbrechervierteln ein, und die eleganten Bars des Westens werden für die oerwöhnten Bürgeröhne in gleicher Weise Ausgangspunkt wie die Kaschemmen im Norden für die bedauernswerten Fürsorgejünglinge.

Wer sah Räuberauto?

3300 Mark Belohnung

Die Suche der Beamten der Nordkommission des Berliner Polizeipräsidiums nach den Banditen, die am 1. Februar in der Oranienstraße in Pantow den Kasermeister Koch und dessen Begleiter Krüger auf offener Straße niederstießen und 12 550 M. raubten, ist bisher trotz umfangreicher Fahndungsmaßnahmen erfolglos geblieben.

Die Belohnung ist gestern ganz erheblich und zwar auf insgesamt 3300 M. erhöht worden. Alle Mitteilungen werden streng vertraulich behandelt und sind an das Polizeipräsidium Zimmer 30, Hausanruf 433, zu richten. Die Kriminalpolizei weist nochmals darauf hin, daß die Täter, es waren vier Männer, zur Ausführung der Tat eine hellblaue Luxuslimousine Typ Nürnberg benutzt haben. Der Wagen war tags zuvor in der Stresemannstraße gestohlen worden. Die Erkennungsnummer des Autos hatten die Verbrecher von 5984 in 5004 umgeändert.

Wintergarten

Einen wesentlichen Teil des Februarprogramms nehmen drei hervorragende Nummern ein. Zuerst das Gopak-Ballett, das in Berlin nicht unbekannt ist, mit den vorzüglichen Solisten Brigitta Hartwig (einer erst Sechszehnjährigen) und Kurt Lenz, dem Pariner Tamara Karavinas. Dieses junge Tänzerpaar tritt besonders stark in Erscheinung in der neuen originellen Tanzsuite „Das ewige Karussell“. Der Bühnentanz ist und bleibt ein Hymnus auf die Herrlichkeit des menschlichen Leibes und das ist auch der Eindruck, den man von diesen beiden prachtvollen Menschen mitnimmt. Das ganze Ballett verzaubert den Zuschauer: Ein Traum von Schönheit und Farbe in einer Welt, die einem täglich die Frage von Haß

Böß im Lettow-Prozess

Es geht nicht vorwärts

Die Beweisaufnahme im Lettow-Prozess schreitet trotz größter Bemühungen der Prozeßleitung und der Parteien nur sehr langsam vorwärts. Man befindet sich immer noch bei der Erörterung des ersten Kapitels und beschäftigt sich in der Hauptsache mit der Frage, ob der Angeklagte Lettow bei dem Ankauf der Bemag-Aktien durch die Bipa korrekt gehandelt habe oder nicht. Gestern wurde der ehemalige Oberbürgermeister Böß vernommen, der seit Gründung der Bemag Vorsitzender des Aufsichtsrats gewesen ist.

15 000 Paar Stiefel werden bestellt

Im Arbeitslager der Berliner Winterhilfe

In der Oberstraße 3/4, im früheren Arbeitsamt Prenzlauer Berg, haben 65 junge Menschen für 20 Wochen Bleibe, Essen und Arbeit gefunden. Träger des Dienstes ist die Berliner Winterhilfe im Verein mit dem sozialen Dienst.

Da ihm Rahmen der Berliner Winterhilfe an Schuhspenden eingegangen ist — ein großes Schuhhaus hat allein 11 000 Paar Schuhe im Wege eines Gutshausinstituts zur Verfügung gestellt —, das wird hier für die schuharme Bevölkerung wieder instandgesetzt. Eine so schöne, helle und geräumige Schuhwerkstatt wird man wohl kaum noch einmal antreffen. Es ist ein Riesensaal, ursprünglich Turnhalle, mit großen Fenstern und dem nötigen Licht. Da sitzen die 65 im Alter von 18 bis 25 Jahren, es sind auch einige Jüngere darunter, und bearbeiten nach besten Kräften und Wissen das Leder. Eine viestimmige Klop-, Krah- und Feilmethode ertönt, außerdem singt sich die frohe Gesellschaft ein lustig Lied. Ein Meister und 3 ausgebildete Gehilfen lernen die Jungen an, die durchweg ungelernete Arbeiter sind und aus den verschiedensten Berufen, wie Tischler, Schlosser, Holzarbeiter usw., kommen. Daß aller Anfang schwer ist, kann der Meister unbedingt unterschreiben, aber mit der nötigen Geduld und Zeit lernen sie es schließlich doch.

Das Leben im Heim

Dieses Arbeitsdienstagelager ist ein geschlossenes Lager, das heißt, daß die jungen Leute während 20 Wochen vollständig darin beheimatet sind; es ist in dieser Art das einzige Lager, das sich innerhalb der Stadt Berlin befindet. Es gibt Unterkunft, Essen, Kleidung, Wäsche und ein Taschengeld von 1,80 Mark die Woche. Täglich wird 6 Stunden gearbeitet; morgens wird, der Lichterparnis wegen, um ein Viertel vor Acht aufgestanden, dann gibt es Gymnastik, bei gutem Wetter im freien, sonst in der nahegelegenen Turnhalle nach dem Frühstück, das abwechselnd aus Suppe oder Kaffee besteht, geht es dann an die Arbeit. Die Freizeit wird mit Sport, Spiel und geistiger Betätigung in Form von Vorträgen und Vorträgen verbracht. Jeden Donnerstag ist Badetag. Dreimal wöchentlich und Sonntags gibt es Ausgange Geseht wird ebenfalls im Lager, gut und genügend, der Speisezettel an der Küchenwand weist abwechslungsreiche, stark mit Fleisch durchsetzte Mahlzeiten auf. Jeder soll satt werden, dafür sorgt vor allem die tägliche Kartoffelration von ½ Zentner, die von der Schälmannschaft eben für morgen zurechtgemacht wird; für das heutige Essen, Bratwürst mit Rotkohl, wurden 36 Pfund Kohl verarbeitet. Die Kochfrau bestreitet das Essen, ihre männliche Bedienungsmannschaft, die abwechselnd zum Küchen- und Ab-

Achtung!

Alle Büros des Bezirksverbandes Berlin werden wegen der Demonstration um ½5 Uhr geschlossen.

Bezirksverband Berlin.

glaubwürdig, daß er als Aufsichtsratsvorsitzender einer großen Anzahl städtischer Gesellschaften bei der Ueberlastung mit anderweitigen Verpflichtungen sich unmöglich an all diese Einzelheiten entfassen könne. Der Stadtkämmerer Rading würde wohl eher über all die Fragen Auskunft geben können. Rading, wie auch der deutsch-nationale Stadtrat Wege, der in der Lettow-Angelegenheit eine ganz besondere Rolle spielt, werden morgen vernommen.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Zeitweise aufheiternd, keine Niederschläge von Bedeutung, am Tage wieder mild, südliche Winde. — In Deutschland: In der östlichen Hälfte Besserung, in Ostpreußen Temperaturen um Null, sonst am Tage ziemlich mild, in der westlichen Reichshälfte meist bewölkt, stellenweise leichte Regenfälle, Temperaturanstieg.

20 Jahre Verkäuferinnenschule

Am 1. April kann die städtische Verkäuferinnenschule in der Halleische Straße auf ein 20jähriges Bestehen zurückblicken. Diesen Anlaß hat die Firma Leiser, die in besonders enger Zusammenarbeit mit dieser Schule steht, benützt, um ihr gesamtes Personal sowie eine Reihe Interessierter im großen Saal der Verkaufsschule mit der Hilfe der Verkaufsstunde bekanntzumachen. Direktor Hempel von der Verkäuferinnenschule skizzierte zu Anfang in kurzen Worten nochmals Wesen und Aufbau dieses Lehrinstitutes. Die Schule zerfällt in drei Abteilungen. Die Berufsschule mit 53 Klassen, die von allen angehenden Verkäuferinnen in wöchentlich 8 Stunden besucht wird, dann die Abendkurse für älteres Verkaufspersonal und die Einzelhandelschule, die als Parallele zur kaufmännischen Handelsschule den Schülerinnen eine vertiefte Verkaufsausbildung in einem zweijährigen Kurs gewährt. Wie wertvoll die Arbeit dieser Berufsschule ist, erhellt am besten die Tatsache, daß alle Absolventinnen Arbeit haben. Dem praktischen Verkaufskolleg landte der Chef der Firma Leiser, Julius Klausner, einschneidende Worte voraus. Er betonte, wie unendlich wichtig eine sachmännliche Bedienung des Kunden sei, der ja im eigentlichen Sinne als Arbeitgeber des Verkäufers anzusprechen ist. Schließlich trat ein Dialog zwischen Verkäuferin und Käuferin, in dem die Vetter-Schülerinnen zeigen konnten, wie weit sie in das Wesen ihres Berufes eingedrungen sind. Sportliche Vorführungen der Vetter-Sportmannschaft beendeten den instruktiven Vormittag. Die Firma Leiser darf das große soziale Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß sie ihrem Personal den Besuch der Berufsschule während der Geschäftszeit gestattet und sämtliche Schulgelder selbst bezahlt.

Bei den Mädchen

Nicht weit davon entfernt, in der Gleimstraße, im Hause des Bezirksamts Prenzlauer Berg, ist für 35 Mädchen eine Röhrtube eingerichtet. Die Wohnräume sind hier kleiner und gedrängter, weshalb auch nur etwa die Hälfte im Heim schläft. Die anderen schlafen zu Hause oder auch in Schlafstellen; diese erhalten ein erhöhtes Taschengeld im Betrage von 5 bzw. 7,85 Mark. In diesen Röhrtuben wird, zum Unterschied von der oben geschilderten Zentralschulstrecke, nur bezirkliche Arbeit geleistet. Es handelt sich um die Ausbesserung und Instandsetzung der aus der Kleiderlammlung stammenden Kleidungsstücke. Die Arbeitsräume sind hier ebenfalls groß und geräumig. Im ersten Raum werden die fleckigen und schmutzigen Stücke erstmalig gewaschen oder einbleicht, dann wird alles zertrennt und nach dem Grundfabrikat aus Alt nach Neu, mit möglichst viel Geschick zurechtgemacht. Die Proben weiblicher Kunstfertigkeit sind zahlreiche, an den Regalen hängende wunderhübsche, kunstvoll kombinierte Kleidungsstücke vom Kleinkinderkleidchen angefangen bis zum modernen Frauenkleid. Einige davon weisen ganze Stopfmotive auf, das sind die Gewebe, wo die Mütter allzu fleißig vorgearbeitet haben. Hier rattern fleißig die Nähmaschinen, kommt einmal eine Wäschestoffspende, dann werden gleich Hemden fabriktiert, ebenso Arbeitskleid für die männlichen Kollegen von drüben und für die Mädchen selbst. Sonst ist die Einteilung im Heim genau wie bei den jungen Leuten.

„Wenn es noch krümel gäbe, müßte es schlüssig erfinden werden!“ In vielen tausenden Haushalten ist heute Katharine zu haben. Ob bei Remplisch oder in der Hochstrasse, ob im Strandbad Wannsee oder im Charlottenburger Sportklub, überall gibt es jetzt diesen berühmten Wäschefabrikanten, der ja nergleichenweise auch schon in jeder zweiten deutschen Familie getrunken wird. Der Katharine kommt sehr gut, wenn er richtig zubereitet wird: er hält gesund und — er ist billig. Das ist heute wichtiger als je. Ein tüchtiger Katharine hat noch einmal gesagt: „Wenn es heute noch krümel Katharine gäbe, dann müßte er schlüssig erfinden werden.“

„Unter Nachmittags im „Cafe Vaterland“. Im Cafe Vaterland wird täglich in der Zeit von 4 bis 8 Uhr bei freiem Eintritt ein Redaktionsprogramm gegeben, das sich aus Gelingen, Tausch, Vorträge- und atrobatischen Nummern zusammensetzt.

Katurgeles und Rechenwerk. Im menschlichen Leben gibt es zwei Höhepunkte: Die Zeit zwischen dem 20. und 30. Lebensjahre bringt: uns die körperliche Höchstleistung, während wir zwischen dem 30. und 40. Lebensjahre in der Erfahrung und allgemeinen Bildung, also auch geistlich, den Höhepunkt erreichen. Dann aber stellt die Natur meistens bald den Niedergang an. In dem unerbittlichen Streben nicht mehr die Erfolge der Naturgeles hat auch den Weg gezeigt, unsere Lebenstunne zu verfeinern. Nachlassen der Kräfte ist das Zeichen für schlüssige Drüsenfunktion, für Hormonmangel. Führt man nun Hormone oder neue Behandlung. So erklärt sich der Erfolg des Hormonpräparates Dala. Eine Dala-Kur bedeutet also Verjüngung der Jugendwelt. Dala ist in allen Apotheken zu haben. Das Generalbeamt Katharine-Katharine, Berlin W. 61, Friedrichstraße 160, sendet gegen 25 Pf. für Probe Dala-Probier und Literatur.

Was wissen Sie von Ihren Großeltern? Frühen Sie nicht nur spätere Kindererinnerungen auf. Denken Sie auch einmal nach, an welchen Beschwerden oder leiblichen Fehlern Ihre Großeltern litten! Das ist für Sie außerordentlich wichtig, denn viele Krankheiten sind vererblich, und Sie können ihnen beiseiten danach leben und vorbeugen. Dazu werden Ihnen in recht hohem Maße die guten Finfer-Diagnostik helfen können. Haben Sie beispielsweise noch nichts vom Finfer-Rheumatismus-Test oder dem echten bulgarischen Finfer-Rheumatismus-Test gehört? Dann sollten Sie in der heutigen Zeitung einmal die Anzeige von Dr. Finfer u. Co. in Leipzig lesen, die Ihnen wichtigeren Tagen wird.

Weisse Waren

Weißer, dauniger Gänserupf M. 295

Linon-Garnitur 1 Oberbettbezug, 2 Kissenbezüge, zusammen 275

Jacquard-Handtuch Reinfleinen, ca. 48 x 100 65 Pf.

Seit 1886

Wäschestoff-Handtuch-Reste und Abschnitte zu beispiellos billigen Preisen!

Metallbettstelle Bogenform, mit Zugfeder-matratze, weiß, 80 x 185 950

Couchbettstelle 875

Bettfedern-Lustig Fabrik Gustav

Prinzenstr. Ecke Sebastianstr. Wilmersdorferstr. Ecke Bismarckstr. Frankfurter-Allee 304



Als wär's noch nie getragen



so hat das wundervolle Persil gewaschen! Weich und mollig ist alles, und die Farben sind leuchtend und frisch. Für alle farbenechte Wolle ist die schonende Persil - Kaltwäsche das zeitgemäße Erneuerungsbad.

Farbige Wollsachen wäscht man kalt. Im schäumenden Persilbad das Stück leicht durchwaschen, gleich danach gut spülen. Dem ersten Spülwasser gibt man zum Auffrischen der Farben etwas Küchenessig bei. Die Nässe durch wiederholtes Einrollen in saugfähige Tücher auspressen (dabei Ärmel, Innenteile und Taschen mit weißen Tüchern auslegen). Zum Schluß: Ausbreiten auf einem Tisch, niemals aufhängen! Sonne und Ofenhitze meiden.

P 9/52 B

Persil wäscht Wolle wunderbar!

Das Ende der Pressefreiheit

Die neue Notverordnung gegen Presse und Versammlungen

Wir veröffentlichen im folgenden die neue Notverordnung, die wir allen unseren Lesern zu genauester Lektüre empfehlen. Sie erstreckt sich auf das Versammlungsleben, auf die Presse, auf Flugchriften, auf die persönliche Freiheit jedes Einzelnen.

Sie schränkt jedes freie Wort, jede freie Entfaltung demokratischer Kräfte unerträglich ein. Dies Dokument muß jeder kennen!

Die Antwort darauf geben wir am 5. März!

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes. Vom 4. Februar 1933.

Zuf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

Versammlungen und Aufzüge

§ 1. 1. Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens achtundvierzig Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden. 2. Sie können im Einzelfall verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist. Statt des Verbots kann eine Genehmigung unter Auflagen ausgesprochen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden. 3. Ausgenommen sind Veranstaltungen nicht politischer Art. 4. Eine Anordnung nach Abs. 2 kann nach den Bestimmungen des Landesrechts angefochten werden. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 2. Öffentliche politische Versammlungen sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden, 1. wenn in ihnen zum Ungehorsam gegen Befehle oder rechtsgültige Verordnungen über die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgefordert oder angereizt wird, oder 2. wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden, oder 3. wenn in ihnen eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebrauche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden, oder 4. wenn in ihnen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angereizt wird; 5. wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind oder wenn von den Angaben der Anmeldung offensichtlich abgewichen oder wenn einer Auflage zuwidergehandelt wird.

§ 3. 1. Die Polizeibehörde ist befugt, in jede öffentliche Versammlung Beauftragte zu entsenden. 2. Die Beauftragten haben sich unter Ausübung ihrer Eigenschaft dem Leiter oder, solange dieser nicht bestellt ist, dem Veranstalter der Versammlung zu erkennen zu geben. 3. Den Beauftragten muß ein angemessener Platz eingeräumt werden. 4. Wird die Zulassung der Beauftragten verweigert, so kann die Versammlung für aufgelöst erklärt werden.

§ 4. 1. Ist eine Versammlung für aufgelöst erklärt, so hat die Polizeibehörde dem Leiter oder Veranstalter der Versammlung die mit Tatsachen zu belagenden Gründe der Anordnung schriftlich mitzuteilen, falls er dies binnen drei Tagen beantragt. 2. Die Auflösung kann nach den Bestimmungen des Landesrechts angefochten werden.

§ 5. Der Reichsminister des Innern kann allgemein oder mit Einschränkungen für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnet, verbieten und für Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

§ 6. 1. Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden a) allgemein nur für bestimmte abgegrenzte Ortsteile, b) im übrigen nur im Einzelfalle. Weitergehende allgemeine Verbote treten außer Kraft. 2. Hat der Reichsminister des Innern gegen ein Verbot nach Abs. 1a Bedenken, so kann er die oberste Landesbehörde um Milderung oder Aufhebung ersuchen. Entspricht die oberste Landes-

behörde dem Ersuchen nicht, so kann er das Verbot aufheben.

Druckschriften

§ 7. 1. Druckschriften, deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gefährden, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. 2. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

§ 8. Die Vorschriften des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichsgesetzblatt I Seite 65) über die Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung (§§ 23 ff. des Gesetzes) finden auf die in den §§ 81 bis 86, 92 Nr. 1 und 110 des Strafgesetzbuchs oder in den §§ 1 bis 4 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse bezeichneten strafbaren Handlungen mit der Maßgabe Anwendung, daß dem Staatsanwalt gegen den Beschluß des Gerichts, der die vorläufige Beschlagnahme

(Reichsgesetzblatt I Seite 29) zuwider jemand bestellt oder benannt ist, der nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden kann.

2. Die Dauer des Verbots darf bei Tageszeitungen 4 Wochen, in anderen Fällen 6 Monate nicht überschreiten. Diese Beschränkung fällt fort, wenn eine periodische Druckschrift, die auf Grund der Vorschriften dieser Verordnung bereits zweimal verboten war, innerhalb dreier Monate nach dem ersten Verbot erneut verboten wird; in diesem Falle darf die Dauer des Verbots bei Tageszeitungen 6 Monate, in anderen Fällen 1 Jahr nicht überschreiten.

3. Ein auf Grund des Abs. 1 erlassenes Verbot umfaßt auch die in demselben Verbot erscheinenden Kopfblätter der Zeitung sowie jede angelegte neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

§ 10. 1. Zuständig für das Verbot einer perio-

dierten Druckschrift als deren Ersatz zur Abwendung der Folgen des Verbots zugestellt wird, kann für die im § 9 Abs. 2 bestimmte Dauer verboten werden.

2. Zuständig für das Verbot ist die Stelle, die das erste Verbot angeordnet hat. Erscheint die als Ersatz zugestellte periodische Druckschrift in einem anderen Lande als die verbotene, so ist die zuständige Landesbehörde von der Stelle, die das erste Verbot angeordnet hat, um Anordnung des Verbots der als Ersatz zugestellten periodischen Druckschrift zu ersuchen. Will die ersuchte Behörde das Verbot nicht anordnen, so hat sie die Entscheidung des Reichsministers des Innern anzufragen; die Vorschriften des § 10 Abs. 3 finden entsprechende Anwendung. 3. Gegen das Verbot ist die Beschwerde gemäß den Vorschriften des § 10 Abs. 1, 2 zulässig.

§ 12. Ein Verbot einer periodischen Druckschrift muß ohne sachliche Nachprüfung sofort aufgehoben werden, wenn die Beschwerde nicht spätestens am 5. Tage nach ihrer Einlegung dem Reichsminister des Innern zugeleitet ist.

§ 13. Ist in einer periodischen Druckschrift, die nicht im Inland erscheint, eine Veröffentlichung der im § 9 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 bezeichneten Art enthalten, so kann der Reichsminister des Innern ihre Verbreitung im Inland bis zur Dauer von 6 Monaten verbieten. Gegen das Verbot ist kein Rechtsmittel zulässig.

Sammlungen zu politischen Zwecken

§ 14. 1. Die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können verbieten, daß Geld- oder Sachspenden zu politischen Zwecken oder zur Verwendung durch politische Organisationen von Haus zu Haus, auf Straßen oder Plätzen, in Gast- oder Vergnügungstätten oder an anderen öffentlichen Orten eingesammelt werden das Verbot kann auf einzelne Sammlungen oder die Sammlungen bestimmter Vereinigungen beschränkt werden. Sammlungen, die in Versammlungen oder im Zusammenhang mit ihnen am Versammlungsort stattfinden, sowie Sammlungen von Haus zu Haus, die sich auf Mitglieder der sammelnden Organisation beschränken, sind zulässig. 2. Hat der Reichsminister des Innern gegen ein Verbot nach Abs. 1 Satz 2 Bedenken, so kann er die oberste Landesbehörde um Milderung oder Aufhebung ersuchen. Entspricht die oberste Landesbehörde dem Ersuchen nicht, so kann er das Verbot aufheben.

Strafbestimmungen

§ 15. 1. Wer öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft. 2. Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist auf Gefängnis nicht unter 1 Monat zu erkennen.

§ 16. 1. Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft, a) wer ohne die nach § 1 erforderliche Anmeldung oder in abfälliger Ermeldung von den in der Anmeldung gemachten Angaben oder unter Zuwiderhandlung gegen ein Verbot oder eine Auflage eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt; b) wer für eine Versammlung, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten ist, den Raum zur Verfügung stellt.

2. Die Vorschriften des Abs. 1 sind nicht anzuwenden, wenn ein politischer Zweck mit der Tat nicht verbunden war und eine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht angetreten ist.

§ 17. Mit Geldstrafe bis zu 150 M. wird bestraft, 1. wer an einer Versammlung oder einem Aufzuge teilnimmt, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten sind; 2. wer als Veranstalter oder Leiter einer Versammlung den Beauftragten der Polizeibehörde die Einräumung eines angemessenen Platzes verweigert (§ 3); 3. wer sich nach Erklärung der Auflösung einer Versammlung (§§ 2, 3 Abs. 4) nicht sofort entfernt.

§ 18. Wer eine auf Grund der §§ 9 oder 11 verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann. Ebenso wird bestraft, wer im Inland eine periodische Druckschrift verbreitet, deren Verbreitung gemäß § 13 verboten ist.

§ 19. Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer einem auf Grund des § 14 Abs. 1 Satz 1 erlassenen Verbot über Sammlungen vorläufig widerhandelt.

§ 20. 1. Wer vorsätzlich oder fahrlässig Druckschriften politischen Inhalts herstellt, verbreitet oder zum Zwecke der Verbrei-

Stußfurt



Große Zeit für Siebzehnjährige.

nahme aufhebt, die sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirkung zusteht.

Zeitungsverbote

§ 9. 1. Periodische Druckschriften können verboten werden, 1. wenn durch ihren Inhalt die Strafbarkeit einer der in den §§ 81 bis 86, 92 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs oder in den §§ 1 bis 4 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse bezeichneten Handlungen begründet wird;

2. wenn in ihnen zum Ungehorsam gegen Befehle oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgefordert oder angereizt wird;

3. wenn in ihnen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert oder angereizt wird oder wenn in ihnen Gewalttätigkeiten, nachdem sie begangen worden sind, verherrlicht werden;

4. wenn in ihnen zu einem Generalkrieg oder zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betriebe aufgefordert oder angereizt wird;

5. wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden;

6. wenn in ihnen eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebrauche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden;

7. wenn in ihnen offensichtlich unrichtige Nachrichten enthalten sind, deren Verbreitung geeignet ist, lebenswichtige Interessen des Staates zu gefährden;

8. wenn als verantwortlicher Schriftleiter dem Verbot des Reichsgesetzes vom 4. März 1931

dischen Druckschrift sind die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen. Gegen das Verbot ist binnen 2 Wochen vom Tage der Zustellung oder Veröffentlichung ab die Beschwerde an einen vom Präsidium zu bestimmenden Senat des Reichsgerichts zu geben. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. 2. Die Beschwerde ist bei der Stelle einzureichen, gegen deren Anordnung sie gerichtet ist. Diese hat sie unverzüglich der obersten Landesbehörde vorzulegen. Hilft diese der Beschwerde nicht ab, so hat sie sie unverzüglich an den Reichsminister des Innern weiterzuleiten. Der Reichsminister des Innern kann der Beschwerde abhelfen; andernfalls hat er sie unverzüglich dem Senat des Reichsgerichts zur Entscheidung vorzulegen. Gegen eine Entscheidung des Reichsministers des Innern, die der Beschwerde abhilft, kann die oberste Landesbehörde die Entscheidung des Senats des Reichsgerichts anrufen. 3. Der Reichsminister des Innern kann die oberste Landesbehörde um das Verbot einer periodischen Druckschrift ersuchen.laubt die oberste Landesbehörde einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies unverzüglich, spätestens aber am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens, dem Reichsminister des Innern mit und ruft innerhalb derselben Frist die Entscheidung des Senats des Reichsgerichts an. Erklärt dieser das Verbot für zulässig, so hat die oberste Landesbehörde dem Ersuchen sofort zu entsprechen. Einer Beschwerde gegen ein auf Ersuchen des Reichsministers des Innern angeordnetes Verbot kann die oberste Landesbehörde nicht abhelfen.

Verbot von Ersatzblättern

§ 11. 1. Eine periodische Druckschrift, die unter Duldung des Verlegers den Besizhern einer ver-



Allein im Wannseebad wurden im letzten Sommer 100 000 Tassen Kathreiner getrunken - die Berliner wissen schon, was gut und doch billig ist...

fung vorräufig hält, auf denen zur Verheimlichung des Ursprungs die in den §§ 6 und 7 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichsgesetzblatt I S. 65) vorgeschriebenen Angaben über Drucker, Verleger, Verfasser, Herausgeber oder verantwortlichen Redakteur nicht enthalten oder unrichtig, unvollständig oder unleserlich sind, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, wenn durch die Schrift 1. das Verbrechen des Hochverrats (§§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs) oder 2. ein Vergehen gegen die Vorschriften über verbotene Vereine (§ 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 19. Dezember 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 548) oder über verbotene Druckschriften (§ 18 dieser Verordnung) oder 3. eine nach den §§ 110 bis 112 des Strafgesetzbuchs oder nach § 15 dieser Verordnung strafbare Auforderung oder Anreizung beurundet wird.

2. Wer wegen einer vorläufigen Zwiderhandlung nach Absatz 1 bestraft worden ist, wird, wenn er oberhalb der Vorschriften des Abs. 1 vorläufig zwiderhandelt, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. § 243 des Strafgesetzbuchs findet entsprechende Anwendung.

3. Auf Gegenstände, die zur Begehung eines nach diesen Vorschriften strafbaren Vergehens gebraucht oder bestimmt sind, findet § 86a des Strafgesetzbuchs entsprechende Anwendung.

Anzeigepflicht

§ 21. 1. Wer von dem Vorhandensein eines Vorrats von Druckschriften, deren Inhalt den Tatbestand einer der im § 20 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 bezeichneten strafbaren Handlungen begründet, zu einem Zeitpunkt glaubhafte Kenntnis erhält, zu dem das Vorhandensein dieses Druckschriftenvorrats der Behörde noch nicht bekannt ist, ist verpflichtet, unverzüglich der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten. Die in seinen Besitz oder Gewahrsam gelangten Stücke der Druckschrift hat er unverzüglich der Polizeibehörde abzuliefern. 2. Wer es unterläßt, die Anzeige oder Ablieferung rechtzeitig zu bewirken, wird mit Gefängnis bis zu 1 Jahr bestraft. 3. Straffrei ist, wer eine Anzeige unterläßt, die er gegen Verwandte auf- und absteigender Linie, Ehegatten oder Geschwister erlassen mußte. Ein Geistlicher ist nicht verpflichtet, anzuzeigen, was ihm bei Ausübung der Seelsorge anvertraut worden ist.

§ 22. 1. Wer in dem dringenden Verdacht einer nach den §§ 81 bis 86, 92 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs oder den §§ 1 bis 4 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse strafbaren Handlung oder eines Verbrechens oder Vergehens steht, das mittels einer Waffe begangen ist oder dessen Strafbarkeit durch unbefugtes Führen einer Waffe begründet wird, kann im Interesse der öffentlichen Sicherheit in polizeiliche Haft genommen werden. 2. Die polizeiliche Haft ist aufzuheben, wenn

und solange gegen den Verhafteten die gerichtliche Untersuchungshaft verhängt ist oder wenn 3 Monate seit der Inhaftnahme vergangen sind.

3. Gegen die Anordnung der polizeilichen Haft ist die Beschwerde im Dienstaufsichtsweg zulässig.

4. Bestreitet der Verhaftete die Begehung der ihm zur Last gelegten Tat, so hat auf seinen Antrag über die Frage, ob dringender Tatverdacht vorliegt, der Amtsrichter des Bezirks zu entscheiden, in dem die Haft vollstreckt wird. Verneint der Amtsrichter einen dringenden Tatverdacht, so ist die polizeiliche Haft aufzuheben. Das gleiche gilt, wenn eine einen dringenden Tatverdacht verneinende gerichtliche Entscheidung in dem Strafverfahren ergeht, das wegen der Tat eingeleitet worden ist. Befiehlt der Amtsrichter den dringenden Tatverdacht, so kann der Verhaftete eine neue Entscheidung des Amtsrichters nur auf Grund neuer Tatsachen oder Beweismittel beantragen.

Schließung von Räumen

§ 23. 1. Räumlichkeiten, von denen aus eine Mehrheit von Personen aus politischen Beweggründen oder zu politischen Zwecken gemeinsam oder zusammen mit anderen Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen begangen hat, oder von denen nach den Umständen zu bezorgen ist, daß sie von einer Mehrheit von Personen als Sammelstätten oder Stützpunkte für Gewalttätigkeiten dieser Art benutzt werden, oder 2. in denen Schriften hergestellt oder zum Zwecke der Verbreitung vorräufig gehalten werden, deren Inhalt den Tatbestand einer der im § 20 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 bezeichneten strafbaren Handlungen begründet oder 3. in denen einer Mehrheit von Personen Aufenthalt oder Unterkunft gewährt wird, die in diesen Räumen eine nach § 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 19. Dezember 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 548) verbotene Tätigkeit ausüben, können polizeilich geschlossen werden, wenn dies für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Befreiung der Gefahr der Wiederholung solcher Taten erforderlich ist. Die in solchen Räumlichkeiten befindlichen Waffen können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. 2. Das Verbot kann auf Räume erstreckt werden, die mit den im Abs. 1 bezeichneten Räumlichkeiten zusammenhängen. 3. Handelt es sich um eine Gast- oder Schankwirtschaft, so kann die Erlaubnis zum Betriebe von der Ortspolizeibehörde bis zur Dauer von 1 Jahr entzogen werden. 4. Wegen einer polizeilichen Maßnahme nach Abs. 1 bis 3 ist nur die Beschwerde im Dienstaufsichtsweg zulässig. Der Reichsminister des Innern ist jederzeit berechtigt, die Aufhebung der Maßnahme anzuordnen. 5. Wer eine nach Abs. 1 bis 3 polizeilich geschlossene Räumlichkeit vor Aufhebung der Schließung benutzt oder anderen zur Benutzung überläßt, wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft. Bei Gast- oder Schankwirtschaften, die wegen Zwiderhandlung gegen die

Vorschrift rechtswidrig verurteilt worden sind, kann die höhere Verwaltungsbehörde mit Wirkung für das Reichsgebiet aussprechen, daß sie für eine bestimmte Zeit oder für die Dauer nicht die Zuverlässigkeit im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (Reichsgesetzblatt I S. 146) besitzen.

§ 24. 1. Zur Aburteilung der in dieser Verordnung mit Strafe bedrohten Handlungen ist das Verfahren nach § 212 der Strafprozedurordnung auch dann zulässig, wenn der Beschuldigte sich weder freiwillig stellt noch infolge einer vorläufigen Festnahme dem Gericht vorgeführt wird. 2. Dasselbe gilt für alle übrigen zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörenden strafbaren Handlungen, die an öffentlichen Orten, in Versammlungen oder durch Verbreitung oder Anschlag von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangen worden sind.

Schlußvorschriften

§ 25. 1. Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des

Innern, und zwar, soweit es sich um Vorschriften über das Verfahren vor dem Senat des Reichsgerichts handelt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz. Er kann, soweit er es für erforderlich hält, Richtlinien für die Handhabung der Vorschriften dieser Verordnung erlassen.

2. Der Kreis der leitenden Beamten im Sinne dieser Verordnung (§ 2 Nr. 2, § 9 Abs. 1 Nr. 5) wird, soweit es sich um Reichsbeamte handelt, von dem Reichsminister des Innern, soweit es sich um Landesbeamte handelt, von den Landesregierungen bestimmt.

§ 26. 1. Diese Verordnung tritt mit dem Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

2. Während ihrer Geltungsdauer sind die Vorschriften der §§ 2, 6 bis 8 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 19. Dezember 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 548) nicht anzuwenden.

Berlin, den 4. Februar 1933.

Der Reichspräsident, gen. von Hindenburg.
Der Reichskanzler, gen. Adolf Hitler.
Der Reichsminister des Innern, gen. Frick.
Der Reichsminister der Justiz, gen. Dr. Gürtner.

Protest der Presse

Warnung in letzter Stunde

Der Reichsausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Presse hat am Sonntag in seiner Tagung in Berlin sich mit der neuen Presse-notverordnung beschäftigt und beschloffen, folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten zu senden:

„Der Reichsverband der Deutschen Presse hat die Aushebung der wesentlichsten Beschränkungen der Pressefreiheit als einen Beginn zur Wiederherstellung jener Voraussetzungen begrüßt, die für die Wirksamkeit einer verantwortungsbewußten, dem Staatswohl dienenden Presse lebensnotwendig sind.“

Die deutsche Presse hat mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß auch der Herr Reichsinnenminister Dr. Frick sich vor den Vertretern der Presse zu diesen Grundfragen der Pressefreiheit bekannt hat. Seit dieser Erklärung des Herrn Reichsinnenministers hat sich die Lage in keiner Weise geändert.

Mit starkem Befremden hat deshalb der Reichsausschuß davon Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung Ihnen, Herr Reichspräsident, eine neue

Notverordnung vorschlagen, die die frühere Anhebung der Pressefreiheit wieder herstellen und anscheinend noch verschärfen will.

Der Reichsverband der deutschen Presse, in dem Journalisten aus allen deutschen Gauen ohne Unterschied der politischen Parteilichung zusammengeschlossen sind, erhebt seine warnende Stimme gegen einen solchen Versuch, der der Presse die Erfüllung ihrer den Staatsinteressen dienenden Aufgabe der Mitwirkung an der Bildung der öffentlichen Meinung unmöglich machen und nach allen Erfahrungen der letzten Jahre sein Ziel völlig verfehlen würde.“

Abtschrift dieses Telegramms wurde dem Reichskanzler, dem Reichsinnenminister und dem Reichsjustizminister zugeleitet.

Die Antwort auf die Warnung aus berufenen Pressekreisen war die Veröffentlichung der obigen Verordnung!

Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.
Hierzu 3 Beilagen

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Illustrierte Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“. Bezugspreise: Wochentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,07 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitung- und 72 Pf. Postbeilagegebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M. Bei Verlust der Zeitung wegen höherer Gewalt behält sich Anspruch der Abonnenten auf Ersatz. „Massige Preise“: Die einpolige Mittelstraße 25 Pf., Reflektoren 1,50 M., kleine Anzeiger das fertige Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 13 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt, Wilmersdorfer 25 Pf., Familienanzeigen Wilmersdorfer 10 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstr. 8, wochentäglich von 8 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Abrechnung nicht genehmiger Anzeigen vor. Verantwortlich für Inhalt: Rudolf Wendemühl; Wirtschaft: G. Klingelböder; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Frankfurt: Herbert Kette; Politik und Sonstiges: Reich Karlsruh; Anzeigen: Otto Bengt; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 8.

WERTHEIM

Besuchen Sie unsere wundervollen Ausstellungen
Leipziger Str. Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Weisse Woche
Dauer dieser Veranstaltung v. 30. 1. bis 11. 2.

**Riesige Auswahl
Gute Ware
Unerhört billig**

Ausserdem besonders günstige Angebote in **Glas Porzellan Steingut**

Wäschestoffe
Wäschestoff Reinforcé, feinfädig, ca. 80 cm breit, Meter **-.28**
Wäschestoff Kretonne, starkfädig, für Herrenhemden, Meter **-.39**
Mako für feine Damenwäsche, aus ägyptischer Baumwolle, Meter **-.49**
Streifsatin Band-, Zehnerstreif. Kissenbreit. **-.55** Deckbettbreit. **-.85**

Tisch-, Hauswäsche
Tischtuch halbleinen Jacquard, Gr. 130x160 **2.40**
Stubenhandtuch Dreil, schwere Qualität, Größe 45x100 **-.39**
Küchenhandtuch Gerstenkorn, Größe 45x100 **-.33**

Rosenthal-Porzellan
weiß
Teller tief oder flach, verzierte Form . . . 0.42
Dessertteller verzierte Form 21 cm 0.32, 19 cm . . . 0.25
Tassen verschiedene Formen 0.48
Sauciere glatt 0.95
Kartoffelschüssel glatt 1.95
Teller flach oder tief, Perlrand 0.48
Tasse 0.58
bunt
Salatschüssel rund von an 0.95
Brotkorb oval 1.95
Suppentasse 0.95
Mokkatasse verschiedene Formen . . 0.48
Teller 17 bis 21 cm 0.38 bis 0.48
Kaffeeservice f. 12 Pers., 30 Teile 15.75
Vase verschiedene Formen 2.40

Damenwäsche
Taghemd farbig, mit Garnitur **-.75**
Taghemd mit Stickerei **1.05**
Taghemd guter Makostoff mit Filet-Stickerei **2.70**
Taghemd Bemberg, mit reicher Handarbeit **3.75**
Nachthemd Bemberg, mit reicher Handarbeit **7.25**

Bettwäsche
Bettgarnitur Damast, 1 Deckbett und 2 Kissen **5.90**
Bettgarnitur Dimiti, 1 Deckbett und 2 Kissen **4.25**
Kissenbezug gestickt und Hohlsaum **1.35**

Weiss Porzellan
Speiseteller tief oder flach 0.20
Dessertteller 0.15
Kompotteller 0.10
Salatieren 0.35 0.55
Platten oval 0.65 1.25
Bunt Porzellan
Gedeck 3 Teile, Fabrikat Thomas, feines Blumenmuster **0.75**
Frühstückservice Blumendekore, 5 Teile **1.95**
Frühstückservice Fabrikat Thomas, 5 Teile **3.50**
Kaffeeservice Blumendekore, 9 Teile **3.50**
Kaffeeservice verschied. Formen u. Dekore, 9 Teile **4.90**

Taschentücher
Damentuch m.Hohlsaum u.Häkelzäckchen, Stck. **-.13**
Damentuch rein Mako, mit Hohlsaum, Stück **-.20**

Steingut
1 Posten Teewärmer 0.95
Teegeschirr moderne Form, 15 Teile **8.75**
Brotkasten groß, bunt mit Buchenholz **8.75**
Wasserkrüge einzeln, weiß 0.48
Waschbecken einzeln, weiß . . . an 0.60
Waschgarnitur 5 Teile mit Gold. **3.50**
Glas
Teebecher leicht geschliffen 0.15
Bierbecher leicht geschliffen 0.15
Bierservice geschl., Kanne m. 6 Gläsern **2.45**
Kompottschale farbig 0.55
1 Posten Rotweingläser u. Likörschalen **0.38**
Koch- und Stiel geschliffen, Stück (nur Leipziger Straße)

Mit geschultertem Spaten

Hitlers Lösung der sozialen Fragen

Das große Geheimnis Hitlers zur Rettung Deutschlands und ganz besonders zur Rettung der deutschen Arbeiterschaft aus dem Elend der Arbeitslosigkeit besteht also in der Arbeitsdienstpflicht. Diese „Idee“ stammt jedoch nicht von Herrn Hitler selbst, sondern von seinen Parteianhängern Schöppe und Hierl. Hierl, Oberst a. D., M. d. R. und Reichsleiter der NSDAP, für den Arbeitsdienst, dürfte also der berufene Ausleger dieser Idee sein. Er hat am Donnerstag, dem 9. Juni 1932, in einer Kundgebung der nationalsozialistischen deutschen Studentenschaft an der Technischen Hochschule in Charlottenburg über „Sinn und Gestaltung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht“ gesprochen. „Die Arbeitsdienstpflicht“, so erklärte Herr Hierl wörtlich, „soll der Staatsleitung

Damit dem Deutschen der Übergang von der Arbeitskaserne in die militärische Kaserne nicht zu schwer fällt, soll nach dem Obersten Hiert der Aufbau der Arbeitsarmee dem Heere nachgebildet werden. Der unterste Arbeitsverband ist die Arbeitsabteilung. Sie besteht aus einem Führer, einem Stellvertreter, einem Verwalter, einem Quartiermeister, einem Zeugmeister, einem Sportwart, einem Helfgehilfen, 15 Truppführern, 20 Vorkämpfern, 4 Spiegleuten und 170 Reichsarbeitern. Also

auf 170 Arbeiter kommen in der Arbeitsarmee des Dritten Reiches 42 Offiziere und Unteroffiziere, d. h. auf je 4 Gemeine ein Vorgesetzter, auf je 4 Arbeiter ein Aufpasser und Antreiber.

10 bis 15 Arbeitsabteilungen bilden eine Arbeitsgruppe unter einem Kommandeur. So ein Kommandeur erhält natürlich auch einen Stab. 10 bis 15 solcher „Arbeitsgruppen“ bilden eine Inspektion. (Man könnte auch sagen, ein Armeekorps.) Selbstverständlich werden die Reichsarbeiter uniformiert. Und dann schilderte Herr Hierl begeistert den Arbeitsprozess.

„Morgens geht es aus den Baracken mit geschultertem Spaten an die Arbeitsstätten.“

„Mit Stolz“, rief Herr Hierl aus, „sollen die deutschen Mädchen die Reichsarbeiter begleiten.“ Ungefähr wie beim Aufzug der Wachtparade.

Die Kommandeure und das sogenannte Stammpersonal sollen aus den Reihen der Wehrmacht, der Versorgungsämter der Reichswehr (nicht aber etwa der Schupo, der Herr Hierl nicht den nötigen militärischen Schneid vertraut), entnommen werden. Wer zweifelt wohl an ihrer Eignung zur Leitung eines wirtschaftlichen Betriebes? Immerhin will Herr Hierl ihnen auch ehemalige Beamte für die niederen Schreibarbeiten und — man höre und staune! — sogar Techniker unterordnen. Mit diesem Arbeitsheer will Herr Hierl

Siedlungen bauen, Meliorationen, Wegebauten, Eisenbahnstrecken usw. ausführen.

Herr Hierl fürchtet offenbar, daß sich das deutsche Volk für diese Einrichtung nicht reiflos begeistern würde. Und so fleht er eine Reihe von „Schutz-

bestimmungen“ vor. Mit Gefängnis und Zuchthaus soll die „Verächtlichmachung“ dieses Arbeitsheeres oder die „Aufreizung zum Widerstand“ bestraft werden. In dieser riesigen Streikbrechungsarmee würde nicht nur eine ungeheure Gefahr liegen für die noch in Lohn und Brot stehenden freien Arbeiter. Die kleinen Malermeister könnten ihren Pinsel an den Nagel hängen und sich dazu, die Bauunternehmer könnten stempeln gehen, wenn es noch Arbeitsämter geben würde, die kleinen Handwerksmeister, die sich heute noch für Hitler begeistern, denen würden, wie die „DAP“ dem SA-Mann prophezeite, die Augen übergehen.

Nun stelle man sich vor, wie dieses Heer von Dienstpflichtigen, die keine Rechte und keinen Lohn haben werden, auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der gefamten Arbeiter, Angestellten und Beamten wirken muß, ein Heer, das nach Herrn Hierl dem Staat „zum Einsatz im wirtschaftlichen Kampf“ unbedingt zur Verfügung steht.

Neben den 700 000 Reichsarbeitskämpfern, die zwei Jahre lang als willenlose Heloten zu schufteln hätten, würden nach Herrn Hierl 170 000 Kommandeure, Stabschefs, Truppführer, Vorkämpfer usw. zu unterhalten sein. Es bedarf wohl keiner näheren Erklärung darüber, daß diese 170 000 Aufpasser und Antreiber sich nicht mit einem Taschengeld von 20 bis 50 Pfennig zu begnügen hätten. Wenn wir hier die Durchschnittskosten auf 200 Mark im Monat berechnen, so würde das

allein für das sogenannte Stammpersonal die runde Summe von 420 Millionen im Jahr

ausmachen. Eine ähnlich hohe Summe wäre erforderlich zur Unterhaltung des Arbeitsdienstheeres. Rechnet man hinzu die Ausgaben für die Unterbringung dieses Heeres, für seine Bekleidung und schließlich für die technische Ausrüstung, dann wird man annähernd auf eine jährliche Ausgabe von 1 1/2 Milliarden kommen.

Daß für 170 000 Anwärter aus der SA, damit die Arbeitslosigkeit beseitigt wäre, ist klar. Für die anderen 7 Millionen Arbeitslosen und für alle, die noch in Lohn und Brot stehen, würde ein derartiges Arbeitsdienstheer nicht die Rettung, sondern nur vergrößertes Elend bedeuten.

In den Vorverhandlungen über die Ortszuschläge stellt es sich heraus, daß die Buchdruckunternehmer wieder einmal einen Lohnabbau auf der ganzen Linie anstreben. In Ostpreußen sollen, mit Ausnahme von Königsberg, alle Ortszuschläge überhaupt fortfallen; in Rheinland-Westfalen möchte man für etwa 250 Druckorte Lohnkürzungen bis zu 15 Proz. durchsetzen.

Die Gehilfen denken nicht daran, in einen neuen Lohnabbau einzuwilligen.

Endlich Einigkeit! Bruderstreit begraben

Die politische Hochspannung beherrschte auch die Generalversammlung der Berliner Fabrikarbeiter am Sonntag im Gewerkschaftshaus. Der Bevollmächtigte, Genosse Rückert, ließ in seinem Rechenschaftsbericht die wichtigsten Ereignisse des Vorjahres kurz Revue passieren.

Auch die Fabrikarbeiter wurden im Vorjahr hart bedrängt; sie hatten anzukämpfen gegen Preisverordnungen, Lohndruck und die übrigen Krisenerscheinungen. Ihre Organisation bot alles auf, um den arbeitenden und erwerbslosen Mitgliedern die Existenzbasis zu erhalten. Trotz des Rückgangs der Zahl der Mitglieder blieb die Kampfkraft der Organisation ungebrochen.

Das kam mit aller Deutlichkeit in der Diskussion zum Ausdruck. Hier wurde lebhaft Klage geführt über das diktatorische Gebaren der Firma Kübler gegenüber der Belegschaft und vor allem der gesetzlichen Betriebsvertretung. Der Versuch, der Belegschaft einen neuen Lohnabbau durch Diktat aufzuzwingen, wird aller Voraussicht nach noch in dieser Woche einen schmerzlichen Arbeitskampf auslösen, bei dem die Arbeiterschaft von Kübler wie ein Mann zusammen stehen wird.

Genosse Rückert hatte die kommunistischen Mit-

glieder und Funktionäre aufgefordert, endlich in die Bruderhand einzuschlagen, die ihnen von den nichtkommunistischen Verbandskollegen schon so oft ehrlich entgegengekehrt worden ist. Der bevorstehende Generalstreik der Reaktion auf die Bastionen der klassenbewußten Arbeiterschaft müsse die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter als eine einzige Klasse vorfinden.

In der Aussprache über den Geschäftsbericht erklärten sich besonders die kommunistisch gesinnten Delegierten mit aller Entschiedenheit gegen alle Zersplitterungsversuche und forderten wenigstens für die Zeit bis zur Überwindung der Reaktionsperiode die Einstellung des gefährlichen Bruderkampfes. Eine Welle der Brüderlichkeit flutete durch die Versammlung.

Bei der Neuwahl der engeren Ortsverwaltung gab es keine Veränderungen. Die Kommunisten hatten auf eigene Vorschläge verzichtet.

Emil Girbig

Emil Girbig ist tot. Ein vorbildlicher Arbeiterführer und ein prächtiger Mensch ist mit ihm dahingegangen. Girbig, der am Montag im 67. Lebensjahr verschied, war früher viele Jahre Vorsitzender des Glasarbeiterverbandes. Er war der treue Freund der Glasarbeiter, und überall, wo Glashütten stehen, wird die Kunde von seinem Tod eine schmerzvolle Kunde sein.

Schon vor der Gründung des Glasarbeiterverbandes trat er in Wort und Schrift für die Interessen seiner Berufsangehörigen ein. Im Jahre 1892 kam er zum Glasarbeiterverband, und 1897 wurde Girbig zum ersten Vorsitzenden des Verbandes gewählt. Ein Führertalent stand an der Spitze. Nach gelang es Girbig, der auch mit großer Rednergabe ausgestattet war, die damals sehr dankebedürftige Organisation zu festigen. Unter unendlichen Schwierigkeiten, aber mit nie ermüdender Kraft und Ausdauer hat Girbig Jahrzehnte für die Glasarbeiter gewirkt und sich, nicht zuletzt auch durch seine gütige menschliche Art, die Liebe und Freundschaft von vielen Tausenden seiner Berufscollegen gewonnen.

Auch in der internationalen Glasarbeiterbewegung hatte Girbigs Name einen guten Klang. Bis zum Kriegsausbruch war er internationaler Sekretär, und als das Sekretariat nach Paris verlegt wurde, bekam Girbig das Ehrenamt des Präsidenten der Internationale, das er bis zum Tode innehatte.

Auch auf politischem Gebiet hat Girbig seinen Mann gestanden. In unzähligen Versammlungen hat er für die Sozialdemokratie gekämpft, und das Vertrauen der Wähler fandte ihn in die Nationalversammlung und später in den Reichstag, dem er mit kurzen Unterbrechungen bis zum Jahre 1928 angehörte.

Wilhelm II.

beim Arbeitsgericht verklagt

Die Hanjamerkt klagt gegen die Terraingesellschaft Wildpark-West und den Exkaiser Wilhelm. In Wirklichkeit ist der Kläger der Geschäftsführer der besagten Gesellschaft, der eine Gehalts- und Provisionsforderung von 6290 M. an die Hanjamerkt zediert hat, damit er nicht persönlich als Kläger gegen „seinen König“ aufzutreten braucht. Statt seiner begründet der Vertreter der Hanjamerkt die Klage gegen den Exkaiser damit, daß die Terraingesellschaft der Form nach zwar eine G. m. b. H. sei, die aber nur aus 6 bis 8 Strahmänner bestehe, während der Exkaiser — er wurde vor Gericht nur als der Beklagte zu zwei bezeichnet — der alleinige Besitzer des Unternehmens und alleiniger Arbeitgeber des Geschäftsführers der G. m. b. H. sei. Der Exkaiser habe einen Teil des ihm seinerzeit als persönliches Eigentum zugesprochenen Wildparks bei Potsdam parzelliert, um es als Bauland zu verkaufen. Damit er nicht nötig habe, nach außen hin als Terrainspekulant aufzutreten, sei die G. m. b. H., die als bloße Scheingründung angesehen werden müsse, ins Leben gerufen.

Da die Zuständigkeit des Arbeitsgerichts unstrittig ist, weil ja die Hanjamerkt, die Klägerin, nicht als Arbeitnehmer gelten kann und im Gütertermin eine Verständigung durch den Vertreter der Beklagten abgelehnt wurde, wird die Angelegenheit demnächst in einem Kammertermin verhandelt werden.

Blutsauger am Werk!

Nochmals: Syrups Hinterlassenschaft

Aus der Wschaffenburg Heimindustrie wird uns gefühllos:

Die Auflösung des Reichstags hat die Verabschiedung des vom früheren Reichsarbeitsminister Syrup vorgelegten Entwurfes eines Gesetzes über Lohnschutz in der Heimarbeit leider unmöglich gemacht. Nicht nur die Hoffnung der Heimarbeiter ist wieder vernichtet worden. Auch der seriöse Kaufmann, der in dem neu zu schaffenden Gesetz die Möglichkeit sah, seinen Betrieb zu erhalten, ist betrogen worden; er weiß nicht ein noch aus.

Gewissenlose Kaufleute suchen durch unlauterster Wettbewerb Geschäfte zu machen, indem sie unter unglaublichem Lohndruck die Waren zu einem derartigen Schleuderpreis (gut aufgemachte, geringste Qualität) auf den Markt bringen, daß die Existenz anständiger Kaufleute, die ein solches Geschäftsgebahren nicht mitmachen wollen, vernichtet wird.

Die jetzigen Lohnverhältnisse in der Heimarbeit sind schlimmer als sie 1896 waren. Die Tariflöhne und die durch Fachauschüsse für Heimarbeit amtlich festgelegten Mindestlöhne für Heimarbeiter stehen meistens nur noch auf dem Papier; die Löhne bleiben oft unter der Hälfte der tariflichen Vereinbarungen oder Festsetzungen.

Am schlimmsten sind die Verhältnisse in der Herren- und Knabenkonfektion. Das Eldorado der Lohnrücker ist Wschaffenburg. Während in anderen Gegenden Deutschlands viele Kleiderfabriken ihre Betriebe einstellen mußten, hat sich im Wschaffenburg Bezirk ihre Zahl bedeutend erhöht. Vor dem Kriege 30, jetzt 150. Aus allen Gegenden ziehen Gewerbetreibende nach hierher, weil die Lohnverhältnisse „besonders günstig“ sind, d. h. es zahlt jeder Gewerbetreibende nur soviel Lohn, wie er will.

Genau so gewissenlos gehen übrigens in Berlin

sogenannte „Gastzianer“ vor. Dadurch werden ehrlich zahlende Firmen kaputt gemacht.

Diese Verhältnisse konnten nur einreißen, weil der § 37 des Hausarbeitsgesetzes in seiner jetzigen Fassung unklar ist. Er wird von den Gewerbetreibenden niedrigster Bestimmung benutzt, um die Heimarbeiter durch Hungerlöhne und die anständigen Kaufleute durch allerhöchste Konkurrenz vollständig zu ruinieren.

Die Fachauschüsse für Hausarbeit sind durch die unklare Fassung des § 37 in der Verfolgung dieser Blutsauger stark gehemmt. Das im Entwurf vorliegende Gesetz über Lohnschutz in der Heimarbeit will Heimarbeiter und Gewerbetreibende durch einheitliches durchgreifendes Verschärfen der Fachauschüsse gegen Lohnraub und Schmutzkonkurrenz schützen. Wenn irgendwo, so wäre hier der sofortige Erlaß einer Notverordnung am Platze.

Immer noch Lohnabbau!

Im Buchdruckgewerbe

Im Buchdruckgewerbe sind die Reichstaxen für Gehilfen und Hilfspersonal zu Ende April gekündigt worden. Die Verhandlungen zur Neuregelung der Tarife werden im Laufe des Monats März einsehen.

Für die Sparten der Drucker und Maschinensetzer haben am Montag Verhandlungen über die Sonderbestimmungen begonnen. Bei den Druckern steht in erster Linie die Frage der Befreiung der Maschinen und der Verantwortung an den Maschinen zur Erörterung, bei den Setzern die Frage der Leistungserhöhung, in beiden Fällen also Dinge, die auch arbeitsmarktpolitisch von Bedeutung sind.

Tournay-Velour-Teppiche Bettumrandungen aus bestem Haargarn, moderne Muster Smyrna, schwere mechan. Qualität

ca. 160	ca. 200	ca. 230	ca. 250	ca. 300	11 Läufer ca. 75-350	11 Läufer ca. 90-360
25.-	38.-	46.-	55.-	76.-	u. 2 Bettvorlagen ca. 75-155 m. France	u. 2 Bettvorlagen ca. 90-360 u. 2 Bettvorlagen ca. 75-155 m. France

Gardinenstoffe aus Vollwolle u. Kunstseide Edeltüll hervorrag. Qualität, glatte u. gemusterte Stoffe ca. 100 cm brt. 55.- ca. 100 cm brt. 65.-

Möbelbezugsstoffe Edelwand, indig. them. ca. 130 cm brt. 85.-

Auslegeware Boucle, reines Haargarn, mod. farbig, ca. 68 cm brt. 165.-

TeppichBursch Verkauf nur Berlin C2, Spandauer Strasse 32

Anna erkennt ihr Schicksal

Eine Hausangestellten-Skizze / Von Alfred Prugel

Als Anna das zweite Jahr in der Stadt diente, brach wieder jene Zeit für sie an, in der sie sich einbildete, daß ihr die Zimmer der Herrschaft bei allem Vertrautsein von Tag zu Tag fremder würden; daß sie von einer Fremdheit waren, die feindselig auf sie eindrang, und sie immer unglücklicher und krank vor Heimweh machte. Sie glaubte, das Beste wäre es schon, wenn sie den Dienst aufkündigte und wieder in das kleine Dorf im Gebirge zurückkehrte. Aber sofort mußte sie daran denken, daß es doch zu Hause keinen Platz mehr für sie gab, und daß ihr deshalb nichts anderes übrig blieb, als sich den trübseligen Gedanken der Rückkehr aus dem Kopf zu schlagen und weiter von einem Tag in den anderen zu leben.

Bis zu ihrem sechzehnten Jahre war Anna zu Hause bei den Eltern geblieben. Sie dachte sie daran, einmal von dem Tisch aufzustehen, an dem sie alle aßen und den Tag über Spielzeug schnitzte und bemalte. Sie glaubte sie damals, würde sie in einem andern Bett schlafen können, als in dem groben, breiten, in dem sie mit der Schwester zusammen in der Kammer lag. Dann aber war doch alles sehr schnell gekommen. Die Arbeit wurde immer weniger. Die Eltern begannen das Geld in den Händen zu drehen, leuchteten und konnten schon gar nicht mehr rechnen. Dann kamen sie eines Tages nach G., in die Fabrikstadt, die am Fuße des Gebirges lag; da waren die Tore geschlossen, die Fabrik stillgelegt. Sie kehrten mit leeren Händen wieder um. Weil es nichts anderes gab, ging der Vater mit dem Bruder zur Arbeit in den Forst, und sobald sie fort waren, rief die Mutter die Mädchen. Zusammen legten sie sich dann an die Klüppelrahmen und arbeiteten stumm und ohne aufzusehen den ganzen Tag hindurch, bis alles an ihnen wehtat und schmerzte. Trotzdem wurden die Gesichter der fünf immer spitzer. Immer enger drängten sie sich um den Tisch. Immer gieriger schöpften sie aus der Schüssel das Dünne, Dampfende, das nicht mehr sättigte.

Da hatte Anna heimlich jeden Tag auf das Wort gemartet, daß über sie ausgesprochen werden mußte. Sie sollte nicht aus dem Dorfe fortgehen, aber eines Tages war es doch soweit, daß sie in die Stadt fahren mußte. Viele Mädchen hatten es schon vor ihr tun müssen. Wenige waren zurückgekehrt, um zu erzählen von den langen Straßen, den vielen Lichtern am Abend, den Eisenbahnen unter der Erde, und von dem, was sie sonst noch erlebt hatten. An einem Junimorgen verließ Anna das Dorf. Als die letzten Häuser des Dorfes nicht mehr zu sehen waren, wartete Anna, in eine Ecke des Wagens gedrückt und zitterte, daß nun gleich das Fremde an sie herantreten und sie langsam ersticken würde. Dann aber war doch das Neue ganz anders gekommen, als man es voraussehen konnte. Eine Verwandte der Mutter hatte sie am Bahnhof erwartet und sie durch die Stadt geführt. Sie waren lange mit der Straßenbahn gefahren. Klein hätte Anna wohl kein Wort hervorbringen und keinen Schritt über die breiten, glatten Fahrdämme tun können; so verwirrt war sie, so betäubt von dem Lärm der Stadt. Zuletzt hatte ein großes Haus vor ihnen gestanden. Grau, mit vielen Schnörkeln und einem fahlen Hausputz, in dem ein Geruch lag, dem Anna noch nie begegnet war. Sie mußten durch den Hof, den das Haus von allen Seiten umstellt hatte. In einer Ecke fand sich ein kleiner Zugang, dessen Tür offen stand. Anna konnte zunächst nur einen dunklen Raum erkennen. Aber dann kam bald eine Treppe hinzu und sie stiegen die hölzernen Stiegen bis ins dritte Stockwerk hinauf, wobei Anna vor sich nur immer den breiten Rücken der Frau sah. Sie klingelten an einer Tür, es wurde geöffnet, und zuletzt an diesem Tage kam eine schmale Kammer, in die führte die Gnädige Anna, auf deren strenges Gesicht jemand zum Spass ein Bäckchen getupft hatte. Mit einer Stimme, die Anna übernatürlich hell und scharf erschien, sagte sie: „Das ist nun Ihre Kammer. Heute gebe ich Ihnen frei, damit Sie sich einrichten können. Das andere besprechen wir morgen...“

Damit begann Annas Dienst bei dem Kaufmann Frisch, der mit Nitroprodukten handelte. Später erzählte ihr ein Mädchen im Hause, daß für ihn Kinder und Frauen Tag für Tag und bei jedem Wetter die Schutberge vor der Stadt nach Papier, Lumpen und altem Eisen durchwühlten. Anna wollte es nicht glauben, denn niemals hatte der Herr am Abend den Geruch von Lumpen und alten Sachen mit nach Hause gebracht. Aber sie konnte sich auch keine Gedanken darüber machen. Sie stand, ein Dorfmadchen, unbeholfen und furchtsam in einer fremden Welt, die man wohl sehen und riechen, aber nicht verstehen konnte. Sie

fühlte es wieder und wieder, wurde davon mutlos und gewöhnte sich nur schwer an die neue Arbeit, zu der man sie anhielt. An die Stimme der Frau, die scheltend oder ermahnend hinter ihr herging. An die breiten Straßen mit ihrem Lärm, der in die Zimmer hereinstoß und sie mit Unruhe erfüllte.

Es gab da so viele Dinge, die sich mit ihrem früheren Leben nicht vereinen ließen. Zu Hause hatten sie alle um einen Tisch gesessen, um eine Schüssel. Hier hatte jeder seinen Teller für sich. Hier brauchte das Licht nicht trübe und düster zu brennen, und die Wände der Zimmer gingen von selber auseinander und wurden immer größer. Man mußte sie mit Bildern und Teppichen, mit schweren dunklen Möbeln zusammenhalten.

Zu Hause zwang ein eiserner unsichtbarer Druck die wenigen Häuser des Dorfes zu einer schweigsamen Masse. Seine Menschen, arme Leute, die in die Fabrik gingen oder zu Hause mit ihren Frauen und Kindern arbeiteten, hatten einer zum andern gesehen, hatten dabei über jeden geredet, im Guten wie im Bösen, und alles gewußt. In der Stadt war Anna zu ihrem Erstaunen eine Straße entlang gegangen und hatte plötzlich unter fremden Menschen gestanden. Mitten auf einem unbekannten, niegesehenen Platz. Da spielten die Kinder ruhiger und leiser als auf dem Dorfe, ein Springbrunnen stieg und fiel, eine Straßenbahn bog vorsichtig um die Ecke. Nur die Großen liefen hastig ihren Weg weiter. Mit abweisenden Gesichtern sahen sie stirnrunzelnd an Anna vorbei, als sollte ihnen niemand zu nahe treten. Anna wurde froh, als sie hinterher wieder über den Hof gehen konnte und die knarrenden Stufen der Hintertreppe hinauf. Sie dachte manchmal ganz verzweifelt: Ich will nicht in der Stadt bleiben. Und sie begann viele Monate lang auf etwas zu warten, das kommen sollte, sie wieder heimzuschicken. Aber es blieb aus. Sie erinnerte sich dann der kleinen Tiere, die ihre Kinderfinger einmal bemalt hatten. Eltern und Kinder hatten dabei um den Tisch einen Kreis gebildet und leise vor sich hin gesungen, damit die Arbeit besser von der Hand ginge. Unter ihren Fingern waren dann wirklich immer mehr Pferde und Kühe, auch Soldaten und Häuler; immer mehr Braunes und Weißes entstanden. Das war jetzt alles wohl schon längst von fremden und glücklicheren Kinderhänden verspielt und verdorben.

Anstatt weiter am Tische zu sitzen, mußte sie nun viele Male am Tage die Hintertreppe auf und ab steigen. Bald war sie das Knarren der Stufen gewöhnt. Die Namen der Türschilder prägten sich ihr ein und nach und nach auch die Gesichter der Menschen, die zu ihnen gehörten. Die anderen Mädchen, die mit Anna im Hause dienten, sahen sie und fanden sie unansehnlich genug. „Die ist eben vom Lande gekommen. Man sieht es ihr auch an“, erzählten sie sich untereinander. Anna selber hatte Mühe, sich ihre Gesichter und Namen zu behalten. Nur selten kam sie dazu, mit ihnen zu reden. Sie arbeitete vom frühen Morgen, wenn man sie weckte, bis in den Abend hinein, bis der letzte Handgriff getan war, die Frau noch einmal in die Küche kam und sie ins Bett schickte.

Sie sah noch eine Weile auf dem Bettrand mit schweren Beinen, mit einem todmüden Gesicht. Manchmal mußte sie auch vor Heimweh weinen. Dann begann regelmäßig ein Grammophon irgendwo zu singen. Eine fremde Männerstimme mal, dann wieder ein Sargophon, das ölig, traurig durch den Hof trudelte. Darüber schlief sie ein.

Jah liefen dabei die Tage durch das Haus. Wenn es regnete, fackte der Himmel grau durch den Hof. Die Hintertreppe roch modrig. Langsam kam das Kaffe herausgetrocknet. Unten beim Portier gab es an solchen Tagen immer Krach. Eine Frauenstimme zeterte, dann jammerte etwas Dumpfes, Unbeholfenes vor sich hin — der Mann. Es hörte sich oben an, als wären da unten welche, denen das Wetter auch nicht paßte, oder vielleicht auch das ganze Leben, ohne daß sich jemand darum kümmerte. Anna stand in der Küche, puhte Gläser, schmirgelte die Messer und rieb die Kaffe-rolle blank. Erst gegen Abend kam die Frau mit einem gleichgültigen Gesicht aus ihrem Zimmer in die Küche. Sie gab ihre Anweisungen, manchmal tadelte sie auch das Mädchen, daß es nicht fertig werde. Anna sah sie verwundert an, sie war in ihre Gedanken und Bilder vertieft; sie hörte auf den Regen und dachte: Jetzt werden sie zu Hause endlich die Lampe anzünden.

Kam der Herr nach Hause, schweigen drinnen im Zimmer oft scharfe Worte. Schweigend sah die Herrschaft bei Tisch, ohne sich anzusehen, als könnte sie nur noch das Licht der bunten Lampe zusammenhalten. Anna ging müde und gleichgültig durch das Zimmer. Manchmal spürte sie auch, daß in der Luft etwas Beklemmendes lag,

das bitter und unglücklich machen mußte. Sie wagte sich nicht einmal umzusehen, als könnte hinter ihrem Rücken gleich ein unverdächtig Streiter losbrechen.

Von diesen Abenden merkte sie sich viele. Darüber verlor ihr Gesicht langsam die Farbe, die sie aus dem Dorfe mit in die Stadt gebracht hatte. Ihr Gesicht wurde so, wie alle Gesichter in der Stadt schon immer waren. Sie konnte waschen und reiben, es blieb auf der Stirn, auf den Wangen etwas Graues sitzen.

Als sie sich endlich mit der Arbeit und dem Leben in der Stadt abgefunden hatte, wurde das Heimweh dünn und blaß. Im Frühjahr konnten ja auch in der Stadt die Bäume grün werden. Aber sie nahmen bald den Geruch der Straßen an. Sie hatten keinen eigenen Duft. Die kleinen, jungen Blätter hingen verstaubt und schlaff an den Zweigen. Am Abend drang manchmal die milde Luft aus dem Hof in die Küche. Anna wollte nach Hause schreiben. Sie legte sich auch Papier und Feder zurecht. Aber dann kam sie nicht über die ersten Worte hinaus. Sie sah da und konnte sich schon nicht mehr den Tisch vorstellen, um den alle gesessen hatten. Auch nicht die Bank vor dem Hause und den Geruch der Ziegen im Stall; die Gesichter der Geschwister, wie sie am Bahnhof gestanden und immer wieder mit ihren Tüchern gewinkt hatten.

Es war ihr, als hätten sie zu Hause alle die Tür aufgemacht und sie gehen gelassen. Da waren zwar noch ein paar Fäden, die sich vom Dorf in die Stadt zu spannen versuchten. Aber sie wurden immer dünner, immer unsichtbarer. Zuletzt, so fühlte sie, würde sie ganz in der Luft hängen und zwischen fremden Menschen leben, die über sie herrschten, die befahlen, ihr Essen und Arbeit zu machen, und doch nichts mit ihr teilen wollten, weder Freude noch Kummer. Und sie erkannte, obgleich sie noch jung war und das Leben in der Unerfüllbarkeit seiner Bilder, Gedanken und Taten noch vor ihr lag, sie erkannte und fühlte, daß dies alles, was jetzt um sie stand, ihr Schicksal sein würde. Ihr Schicksal, das sie in die Stadt geführt hätte und sie Wege gehen ließ, die ihr fremd waren, und die ewig durch die fremden Zimmer fremder Menschen führen würden.

Und doch glaubte sie durch das Trübe und Graue, das sie umgab wie eine Mauer einen hellen Schein zu gewahren; eine leise, unbestimmte Hoffnung auf ein besseres Dasein, in das vielleicht die fremden Wege ihrer Jugend einmünden würden. Und während sie jetzt am Fenster stand und der letzte Schein des Abends auf ihr Gesicht fiel und es blank und rund machte, erwärmte sie sich an dieser Hoffnung, wie ein Frierender, der seine Hände über ein Kohlenbecken streckt.

Was gibt es Neues?

Ein Blick in die Forschung

Seit 1928 versucht Hermann Sörgel für sein Projekt, diesen seltsamen, aber vielleicht reizvollsten Zukunftsraum der Gegenwart, zu werben. Er hat jetzt in einem mit schönen Bildern und anschaulichen Tabellen geschmückten Buch „Atlantropa“ (Piloty u. Voehle, München) seine Idee zusammengefaßt: Völker Europas vereinigt euch, sonst geht ihr unter, schafft die Wirtschaftseinheit: Europa plus Afrika gleich Atlantropa! Den Weg dazu weist die Technik: Errichtung von gewaltigen Staudämmen und Kraftwerken bei Gibraltar und an den Dardanellen, dadurch Senkung des Mittelmeerspiegels, wodurch neue weite Ländermassen aus dem Meere emporsteigen werden, und außerdem Bewässerung Afrikas. Die Technik soll Europa und Afrika zur wirtschaftlichen, dann zur politischen Einheit zusammenschmieden.

Sörgel hat jeden Zug dieses phantastischen Schachspiels berechnet, die geophysikalischen und technischen Probleme zahlenmäßig gelöst, er hat nichts vergessen: vom Ertrag des Kraftwerks bei Gibraltar bis zur Verlegung der großen Hafentürme, die durch Senkung des Mittelmeeres trockengelegt werden. Und doch vergaß er, daß in einer kapitalistisch orientierten Welt auch dieser gigantische Plan noch nicht das große Kos bedeutet. Es führt jedenfalls zur falschen und einseitigen „Technokratie“, wenn er sagt: „Die Technik bestimmt die Wirtschaft und diese die Politik.“ Nein, dieser Gott ist die Technik nicht, sondern immer nur das Instrument, das in einem sozialen Gefüge zum größten Segen der Menschheit, aber als Werkzeug kapitalistischer Ausbeutung zu einem Fluche wird, an dem wir langsam, aber sicher ersticken.

„Atlantropa“ ist ein herrliches Projekt, mehr als eine Utopie, weil technisch durchführbar, aber eine Rechnung ohne den Menschen, dessen Hände dieses Wunderwerk errichten sollen. Mit Arbeitsklaven, mit gedemütigten, gebeugten Handlangern läßt sich kein „Atlantropa“ schaffen! Und der Arbeitsgemeinschaft der Völker, die Sörgel herbeisehnt, muß eine Arbeitsgemeinschaft unter den Menschen, ohne die heutigen Klassengegensätze, vorausgehen.

Genug — wenden wir uns Gebieten zu, wo die friedliche Lust objektiver Forschung weht. Seit Newton zerbrochen sich die Physiker den Kopf, was eigentlich die Schwerkraft sei, bis sie in der Relativitätstheorie zum Pfeiler wurde, auf dem Einstein sein neues, leider noch so unpopuläres Weltgebäude errichtete. Er sagt, um es kurz zu erwähnen, daß die Schwerkraft der Krümmung in Raum und Zeit entspricht. Ja, nach der modernen Physik müßte die Genese eigentlich beginnen: „Am Anfang war die Schwerkraft...“

Dieser Schwerkraft verdanken wir, daß sich unser Globus in korrekter Bahn um die Sonne bewegt, daß wir selbst und alle Gegenstände nicht in der Luft umherwirbeln, sondern hübsch auf dem Boden der Tatsachen bleiben. Aber man glaube nicht, daß Newtons Apfel überall auf der Erdoberfläche gleich schnell zu Boden falle. Er denkt gar nicht daran. Die Schwerkraft ändert sich mit jedem Breitengrad, mit jeder geologischen Struktur und, wie Prof. Tomaszek von der Marburger Universität kürzlich erklärte, auch mit der Mondstellung, also zeitlich. Sie nimmt ab, wenn der Mond über uns steht! (Danach wiegen wir in einer schönen Vollmondnacht weniger als am Tage.) Und der Mond ist es auch, der nicht nur die Flutbewegungen der

Ozeane durch die Gezeitenkräfte verursacht, sondern auch Veränderungen auf der festen Erdoberfläche hervorruft. Die Erdrinde schwankt durch den Mondeinfluß täglich fast um einen halben Meter. Also alles, unsere Städte und Häuser, senken und heben sich wie ein Schiff auf dem Meer. Diese Untersuchungen zeigen, daß die Bewegungen der Erdoberfläche noch viel komplizierter sind, als wir bisher annahmen, und daß selbst unsere starre Erdkruste den Gewalten der Schwerkraft nicht gewachsen ist.

Von neuen Forderungen über den Mondeinfluß auf den geologischen und biologischen Werdegang unseres Erdballs wurde hier schon berichtet. Dieses Problem liegt gerade noch an der Grenze exakter Forschung, und ein Schritt genügt, und die geistige Unterwelt okkulter Spekulationen öffnet ihren Abgrund. Selbst wenn man diesen fragwürdigen Gebilden ein Mäntelchen umhängt, und etwa von „Kosmobiologie“ spricht, gehören sie doch zu jenem Gedankenkug, das von allen Gütern heute noch am reichlichsten vertreten ist: zur Flucht in die Mystik. Da erschien kürzlich eine Schrift mit dem anspruchsvollen Titel „Die Weltkrise und ihre Lösung“. Diese Lösung besteht darin, daß die Planeten in den verschiedenen Tierkreiszeichen bestimmte Kraftfelder erzeugen sollen, deren Wirkung wir positiv oder negativ zu spüren bekommen. Danach haben wir 1933 und 1934 eine gewisse Erleichterung zu erwarten, dann gehts wieder durch die gemachten Kimmernisse, aber 1937 in starker Kurze herrlichen Zeiten entgegen. Wozu das alles!? Hat der Kosmobiologe recht, dann brauchen wir nur die Daumen zu drehen, denn glücklich ist, wer vergißt, was — nach dem Spruch astraler Kraftfelder — doch nicht zu ändern ist. Können wir aber selbst etwas dazu tun, die Karre vor 1937 aus dem Dreck zu schieben, dann hat die ganze Kosmobiologie nicht mehr Sinn als ein Zeitvertreib für jene, die nicht alle werden. Fatalismus oder Selbstbeinung, ist die Frage, die sich jeder selbst beantworten muß.

Chlorodont
— die Qualitäts-Zahnpaste —

Zur Herstellung der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste werden nur die anerkannt besten Rohstoffe verarbeitet. Chlorodont, morgens und vor allem abends benutzt: **beseitigt häßlichen Zahnbelag und üblen Mundgeruch** ist sparsam im Verbrauch und daher preiswert.

„Die Marneschlacht“

Gastspiel der Mannheimer

In diesen Tagen, da die Geschichtsbücher wieder einmal schäumt, kann es nur gut tun, daran erinnert zu werden, daß Deutschland den großen Krieg bereits im September des ersten Jahres verloren hatte. Die Marneschlacht war die Entscheidung. Wir hören deren ehrene Sprache, wir erleben deren jermalmende Anlaufschritte, neu und überzeugend, wenn wir (im Berliner Theater) dem Gastspiel des Mannheimer Nationaltheaters beimohnen.

Paul Joseph Cremer hat das Ergebnis der geschichtlichen Forschung in lieben Frescoreportagen zusammengefaßt. Wir erleben die Siegeszuversicht der Obersten Heeresleitung und das Keimen des Zweifels, ob der glorreiche Vormarsch nicht ein Rennen in die Niederlage werden könnte. Wir erleben das Entstehen der verhängnisvollen Lücke zwischen den Armeen Kludts und Bülow's, das unaufhaltsame Wachen der Lücke, die, wenn die Front nicht tödlich zerrissen werden soll, den allgemeinen Rückzug fordert. Wir erleben, wie die Generalführer verschiedener Meinung sind, und wie die Führer der einzelnen Armeen weder den Befehlen der Obersten Heeresleitung folgen, noch miteinander den lebensnotwendigen Zusammenhang wahren. Wir erleben ein Verbrechen der Führung inmitten einer ungeheuren Leistung der Truppen.

Wären nun dieser dialogisierten Nachbildung geschichtlicher Vorgänge auch Fehler unterlaufen, mag es z. B. falsch sein, daß der Oberstleutnant Hentsch, der gegenüber den Führern der einzelnen Armeen, die sich stetig fühlten, den Befehl zum Rückzug erzwang, den ihm gemordenen Auftrag

überhört hat. Das alles hämmert uns nicht: wir halten uns an die Zwangsläufigkeit der Katastrophe, die elementar sich zusammenballt und sich in einer vernichtenden Explosion entläßt. Das alles erleben wir, von der Darstellung dieser weltgeschichtlichen Szenen, die wahrhaft zum Tribunal werden, sofort erfaßt und nicht mehr losgelassen. Gewiß, was Herbert Reich hier mit einer vorzüglichen Gemeinschaft hervorragender Schauspieler klar gliedert, spannend steigert und einprägsam hämmert, gehorcht dem Befehl der Bühne; gerade darum ist es in höherem Sinne die Wahrheit. Denn Wahrheit ist nicht in den Akten, sondern im unentrennbaren Zusammenhang des Schicksals.

R. B.

Brauner Rundfunk

Goebbels und der Kronprinz

Im Rundfunk geht es zur Zeit hoch her. Die Nazis und die „feinen Leute“ stehen an der Rampe. Zuvor waren freilich die „feinen Leute“ die Stars und die Nazis die Statisten, heute ist es umgekehrt. Die Stahlhelmeute können froh sein, wenn sie irgendwann einmal genannt werden. Geheimrat Hugenberg erhält eine Gratisreklame für seinen neuesten Film „Morgenrot“, in der kein irgend verwendbares Superlativ ausfällt. Im übrigen ist der Rundfunk zum Halbkreuztheater geworden, in dem, wenn auch als stummer Gast, so doch im Glanz der blendendsten Scheinwerferbeleuchtung der Kronprinz vor das Publikum tritt. „Der Kronprinz“ wurde mit devoter Verbeugung vorgestellt gemeinsam mit den Regierungsvertretern als Gast auf der „Grünen Woge“. Diese Reportage war

überhaupt so recht etwas für die deutsche Seele, er ja leider die Erbauung durch echte Schlachtfeldgeräusche, wie sie den japanischen Rundfunkhörern jutelt wurde, noch fehlt.

Glantzkofer aber noch wurde „der Kronprinz“ herausgestellt bei der Beerdigung des SA-Mannes, die als Aufgliederung über alle deutschen Sender ging; der Berichterstatter zeigte ihn — da staunt du? — im Gespräch mit dem kleinen Goebbels. Für dieses Staatsgedächtnis war eine wilde Rundfunkreklame entfacht worden. Mit einer endlosen Reportage, dickflüssiger Musik und einer Hebertragung des Schauspiel „Marneschlacht“, das als Rundfunksendung formlos zerrinnt, wurde der Hauptteil des Sonntagsprogramms der Berliner Funkstunde ausgefüllt.

Im übrigen scheint der Halbkreuz-Kulturgeist auch sonst im Programm der Funkstunde gewaltet zu haben. Peter Martin Lampel wurde leise in die Verlebung gerollt, obgleich das Hörspiel „Freikorps der Arbeit“ nicht einmal von ihm selber, sondern nur nach seinem Buch verfaßt worden war.

—12.

Prof. Karl Woermann gestorben. In Dresden starb am Sonnabend im Alter von fast 89 Jahren Prof. Karl Woermann. Er stammte aus der bekannten Hamburger Reederfamilie. 1882 übernahm er die Leitung der Dresdener Gemäldegalerie die er ausbaute und neu ordnete. Seine mannigfachen Studien und Reisen befähigten ihn, nicht nur eine umfassende „Geschichte der Malerei“ — zusammen mit Woltmann — zu schreiben, sondern sich auch an eine Gesamtgeschichte der Kunst zu wagen. Seine „Geschichte der Kunst aller Völker

und Zeiten“ erschien in neuer Auflage 1914 bis 1922; es ist ein Werk bewundernswerten Fleißes und erstaunlicher Vielseitigkeit eines damals bereits hochbetagten. Woermann hat seinen eigenen Lebenslauf in den „Erinnerungen eines Achtzigjährigen“ beschrieben.

Immer noch kein Intendant des Staatstheaters. Nachdem die bisherigen Kandidaten für die Leitung des Staatstheaters keine Gnade gefunden hatten, wurde als neuer Name Hans Joch genannt. Generalintendant Tiefen demontierte freilich alsbald das Gerücht. Da aber der neue nationalsozialistische kommissarische Kultusminister noch nicht im Amt war, will das nichts befehlen. Herr Joch, einst ein pazifistischer Wirklichkeitsdichter, hat sich längst zum Hitlerianer gemausert und ist im „Kampfbunde für deutsche Kultur“ tätig. Er hatte also allen Anspruch darauf, das preußische Staatstheater seinen neuen Aufgaben entgegenzuführen.

He Bois, die eben im „Kabarett der Komiker“ mit einer neuen Parodie gestartet war, beging Freitagabend vor Beginn der Vorstellung infolge eines Herzinfarktes einen Selbstmordversuch. Die Ärzte hoffen sie bald wieder herstellen zu können. An ihrer Stelle gastiert Max Hansen in seinem Repertoire. Das übrige Februarprogramm geht unverändert in Szene.

Jehner klagt. Der frühere Generalintendant des preußischen Staatstheaters, Professor Leopold Jehner, hat den preußischen Staat verklagt, um seine vertraglich zugesicherte, jetzt vorerhaltene Stellung zu sichern. Jehner war, nachdem sein Vertrag als Generalintendant in einen Regievertrag umgewandelt wurde, für eine bestimmte Zahl Anzeigenverpflichtet. Diese Zahl der Anzeigenverpflichtungen wurde ihm dauernd von der jetzigen Leitung verweigert.

Reichs-Kredit-Gesellschaft

AKTIENGESELLSCHAFT

BERLIN

Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1932

Die erste Hälfte des abgelaufenen Geschäftsjahres stand noch unter dem Eindruck der schweren Erschütterung, die im Jahre zuvor durch die politischen Spannungen und die großen Abziehungen von Auslandsgeldern herbeigeführt worden war. Die industrielle Beschäftigung war, soweit von den saisonmäßigen Schwankungen abgesehen, in der ersten Jahreshälfte noch im Rückgang begriffen, eine Verlangsamung dieser Bewegung hatte sich jedoch bereits angebahnt. Insolvenzen waren noch sehr zahlreich, die Kreditwürdigkeit besserte sich jedoch von Monat zu Monat. Im Februar kam mit den ausländischen Banken ein Uebereinkommen über eine, zunächst auf ein Jahr berechnete Stillhaltung der kurzfristigen Auslandsschulden, unter gleichzeitiger Abzahlung eines Teiles dieser Schulden, zustande. Die außerordentlich hohen Zinssätze auf diese Verpflichtungen konnten im Laufe des Jahres durch Verhandlungen mit den Gläubigern ein wenig herabgesetzt werden. Um die Jahresmitte führte die Ungewißheit über den Verlauf der Reparationsverhandlungen erneut zu einer allgemeinen Zurückhaltung und Geschäftsminderung.

Im zweiten Halbjahr trat unmittelbar nach den Lausanner Vereinbarungen auf fast allen Gebieten eine Besserung ein, die teilweise die Rückgänge des ersten Halbjahres wettgemacht hat. Im Durchschnitt des ganzen Jahres lag jedoch der Umfang der deutschen Beschäftigung erheblich unter dem des Vorjahres.

Dieser allgemeinen Entwicklung entsprach die Geschäftsentwicklung bei den Banken. Die Einbringung von Krediten ging, dem Rückgang im Werte der Umsätze folgend, zunächst weiter zurück. Das Emissionsgeschäft ruhte nahezu völlig. Der Effektenhandel war, nachdem die Börse am 12. April wieder eröffnet worden war, anfänglich stark eingeschränkt, nahm aber in der zweiten Jahreshälfte mehr und mehr zu. Insbesondere zeigte sich eine wachsende Nachfrage nach festverzinslichen Werten. Die Dienste der Banken bei der Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel wurden infolge der Beschränkung im Auslandsverkehr und der Stillhaltung nur wenig in Anspruch genommen. Gleichzeitig hat die Elastizität der Banken, wenn man dabei den Rückgang der Indossamentverbindlichkeiten mit in Betracht zieht, eine Besserung erfahren.

Die größere Bewegungsfreiheit, die sich die Reichsbank im abgelaufenen Geschäftsjahr geschaffen hat, gibt den Banken wieder einen starken Rückhalt. Eine regere Nachfrage nach bankgeschäftlichen Vermittlungen, die einer Belebung der Wirtschaft entspringt, dürfte daher verhältnismäßig leicht befriedigt werden können. Dagegen wird die Gewährung von Krediten, die für Investitionen benötigt werden, noch so lange unmöglich sein, wie eine Ablösung solcher Kredite durch mittel- und langfristige Emissionen nicht erfolgen kann. Aus diesem Grunde ist die sorgfältige Pflege des Kapitalmarktes, insbesondere die Wiederherstellung des Vertrauens zur Sicherheit getroffener Abschnungen, von größter Wichtigkeit.

Das Geschäft unseres Instituts hat sich im abgelaufenen Jahr befriedigend entwickelt. Die Zahl unserer Kunden stieg von 6231 auf 7097, die der bei uns geführten Konten von 8400 auf 10 875.

Im Juli traten wir der Vereinigung Berliner Banken und Bankiers (Stempelvereinigung) bei.

Eine besondere Ausdehnung hat unsere „Abteilung für Privatkunden — Vermögensverwaltung“ erfahren. Hierzu trug die Uebernahme der Geschäfte des Berliner Bankhauses von Goldschmidt-Rothschild & Co. bei. Auf Grund freundschaftlicher Vereinbarung hat diese Firma ihre bankgeschäftliche Tätigkeit im Juli vorigen Jahres aufgegeben und die Betreuung ihrer Kundschaft uns übertragen.

In der Pflege unserer Beziehungen zu den deutschen Provinzbanken haben wir nach wie vor eine besonders wichtige Aufgabe gesehen. Angesichts der verschiedenen Struktur der deutschen Wirtschaftskreise sind selbständige Provinzbanken nicht zu entbehren, die durch örtliche und persönliche Verbundenheit den Geschäftsverkehr mit ihren Kunden übersehen können und die Geschäfte unter eigener Verantwortlichkeit durchführen. Ihre Erhaltung und Förderung ist dringend notwendig. Unser Geschäftsverkehr mit den Provinzbanken hat im Berichtsjahr wieder eine beachtliche Steigerung erfahren.

Den mit uns im Geschäftsverkehr stehenden Handels- und Industrieunternehmen konnten wir in weiter steigendem Maße unsere Dienste zur Verfügung stellen.

Im Zusammenhang mit der Uebernahme der Geschäfte der Firma von Goldschmidt-Rothschild & Co. erwarben wir deren kommanditistische Beteiligung an dem Bankhaus Max Marcus Nachf. in Potsdam. Das Geschäft dieser Firma hat sich im abgelaufenen Jahre günstig entwickelt. Der auf unsere Beteiligung entfallende Gewinn kommt erst im laufenden Jahr zur Verrechnung.

Die Geschäfte der Deutsche Versicherungs-Bank Aktiengesellschaft in Berlin und der zu ihr gehörenden Deutsche Industrie-Versicherungs-Gesellschaft G. m. b. H. in Berlin sind normal verlaufen. Für das Jahr 1931 hat die Deutsche Versicherungs-Bank Aktiengesellschaft eine Dividende nicht ausgeschüttet. Die erzielten Ueberschüsse wurden zu Abschreibungen der Wertpapierbestände auf die Freierkorkurse vom 31. Dezember 1931 verwendet. Für das Jahr 1932 liegt der Abschluß noch nicht vor.

Zu der vorliegenden Bilanz, die nach den Vorschriften der Verordnung vom 20. Dezember 1932 aufgestellt ist, bemerken wir:

Unser Bestand an Schecks, Wechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen, der gegenüber dem Vorjahr eine weitere Steigerung erfahren hat, gliedert sich in RM 115 204,22 Schecks, RM 136 646 096,70 Wechsel und RM 50 576 649,23 unverzinsliche Schatzanweisungen des Reiches und der Länder.

Die Nostraguthaben bei Banken und Bankiers enthalten nur an erste Bankfirmen geliehene Gelder, die täglich fällig waren.

Der Posten Reports und Lombards gegen börsenmäßige Wertpapiere bestand am Bilanzstichtage ausschließlich aus Lombardvorschüssen.

Die Zunahme der Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren ist vornehmlich darauf zurückzuführen, daß wir befreundeten Provinzbankfirmen und offenstehende Rembourskredite zur Verfügung stellten.

Den Bestand an eigenen Wertpapieren konnten wir im Berichtsjahr erheblich vermindern. Die Bewertung der eigenen Wertpapiere sowie der Konsortialbeteiligungen hält sich unter dem Kursen vom 31. Dezember 1932.

Zu den dauernden Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen, die gleichfalls vorsichtig bewertet sind, kam die erwähnte kommanditistische Beteiligung an der Firma Max Marcus Nachf., Potsdam, hinzu.

In unserem Bankgebäude haben wir durch den Anbau des nach der Französischen Straße gelegenen Teiles neue Arbeitsräume geschaffen. In Höhe der Umbaukosten haben wir eine Abschreibung vorgenommen, so daß die Grundstücke und Gebäude Behrenstraße 21-23 und Französische Straße 50-56 nach wie vor mit RM 3 000 000 zu Buche stehen.

Das Konto „Sonstige Immobilien“ erhöhte sich durch Uebernahme des an unser Bankgebäude angrenzenden Hauses Friedrichstraße 169, des Bankgebäudes der Firma Max Marcus Nachf., Potsdam, und einiger anderer Grundstücke und Gebäude. Wir haben auf das Konto RM 254 722,87 abgeschrieben.

Die Summe unserer Kreditoren ist im Berichtsjahr von RM 482 345 956,68 auf RM 518 258 951,19 gestiegen. Unter „Sonstige Kreditoren“ befinden sich Beträge in Höhe von RM 32 718 000,—, die unter das Stillhalteabkommen fallen.

Der Umlauf unserer eigenen Akzepte ist weiter zurückgegangen.

Unsere Indossamentverpflichtungen betragen RM 57 585 692,02. Darunter befinden sich in Höhe von RM 46 467 613,97 Giroverpflichtungen für vom Reich garantierte Russenwechsel.

Verpfändungen von Wechseln, Wertpapieren oder anderen Aktiven bestanden nicht.

Außer den ausgewiesenen Abschreibungen auf Bankgebäude, sonstige Immobilien und Mobilien haben wir, wie in den vergangenen Jahren, einen Teil der Zinserträge und die Einnahmen aus Gemeinschaftsgeschäften, die Beteiligungserträge und Sondereinnahmen dazu verwandt, um Abschreibungen vorzunehmen und Rückstellungen zu bilden.

Danach ergibt die Gewinn- und Verlustrechnung für das abgelaufene Jahr einen Ertrag von RM 10 714 725,97, zu dem der Gewinnvortrag aus 1931 mit RM 1 389 025,48 hinzukommt. Nach Abzug der Handlungsunkosten, Steuern und Abschreibungen verbleibt dann ein Gewinn von RM 3 642 175,85. Wir schlagen vor, von diesem Betrage

für Zuwendung an den Angestellten-Unterstützungsfonds RM 200 000,— für 5 pCt. Dividende auf das Aktienkapital 2 600 000,— zusammen RM 2 800 000,—

zu verwenden und den nach Auszahlung des Gewinnanteils des Aufsichtsrates verbleibenden Restbetrag von RM 1 389 731,40 auf neue Rechnungen vorzutragen.

Bilanz zum 31. Dezember 1932

Aktiva	RM	RM
Kasse fremde Geldsorten und fällige Zins- und Dividendenscheine		5 782 485,25
Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-(Clearing-) Banken		35 640 968,87
Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		
a) Schecks und Wechsel	155 761 300,92	
b) unverzinsliche Schatzanweisungen und Schatzwechsel des Reiches und der Länder sowie Steuergutscheine	50 576 649,23	157 337 950,15
davon bei der Reichsbank rediskontabel RM 22 797 806,59		
Nostraguthaben bei Banken und Bankfirmen		32 469 306,63
davon innerhalb 7 Tagen fällig	32 469 306,63	
Reports und Lombards gegen börsenmäßige Wertpapiere		6 156 785,—
Übertrag:		366 339 494,90

	RM	RM
Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren:		266 339 494,90
a) Rembourskredite		
1. sichergestellt durch Fracht- oder Lagerscheine	12 915 727,71	
2. sichergestellt durch sonstige Sicherheiten	58 408 521,88	
3. ohne dingliche Sicherstellung	19 447 390,63	
	90 771 640,22	
b) sonstige kurzfristige Kredite gegen Verpfändung bestimmt bezeichneter marktgängiger Waren	2 410 575,—	98 200 415,27
Eigene Wertpapiere	2 800 000,—	
Konsortialbeteiligungen	4 200 000,—	
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	3 000 000,—	10 000 000,—
Debitoren in laufender Rechnung		217 290 861,28
davon entfallen auf Kredite an Banken, Bankfirmen, Sparkassen und sonstige Kreditinstitute	36 911 186,78	
Von der Gesamtsumme sind gedeckt:		
a) durch börsenmäßige Wertpapiere	18 376 221,60	
b) durch sonstige Sicherheiten	158 724 404,10	
Bankgebäude		3 000 000,—
davon: Zugang	307 592,60	
Abschreibung	307 592,60	
Sonstige Immobilien		350 000,—
davon: Zugang	504 722,87	
Abschreibung	254 722,87	
Mobilien		—
davon: Zugang	83 688,48	
Abschreibung	83 688,48	
Transitorische Posten		400 465,18
Aval- und Bürgschaftsdebitoren	3 578 780,96	
		550 811 287,96

Passiva	RM	RM
Aktienkapital		40 000 000,—
Reserven		20 000 000,—
Kreditoren:		
a) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	95 219 848,90	
b) Deutsche Banken, Bankfirmen, Sparkassen und sonstige deutsche Kreditinstitute	101 897 317,51	
c) Sonstige Kreditoren	316 121 784,73	518 258 951,18
Von der Gesamtsumme der Kreditoren (mit Ausschluß von a) waren:		
1. innerhalb 7 Tagen fällig	187 528 010,98	
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	119 667 201,80	
3. nach mehr als 3 Monaten fällig	90 623 589,50	
Akzepte		10 845 712,—
Angestellten-Unterstützungsfonds		1 800 000,—
Transitorische Posten		1 264 396,98
Aval- und Bürgschaftskreditoren	3 578 780,96	
Eigene Indossamentverbindlichkeiten:		
a) aus weitergegeb. Bankakzepten RM		—
b) aus sonst. Rediskontierungen	57 585 692,02	
Von der Gesamtsumme waren in spätestens 14 Tagen fällig	12 904 740,32	
Gewinn:		
Vortrag aus 1931	1 389 025,48	
Reingewinn	2 253 150,37	3 642 175,85
		890 811 287,96

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 1932

Aufwand	RM	RM
Handlungsunkosten	5 808 677,74	
Steuern	1 916 892,91	
Abschreibungen auf Immobilien und Mobilien	646 008,95	
Gewinn:		
Vortrag aus 1931	1 389 025,48	
Reingewinn	2 253 150,37	3 642 175,85
		12 108 751,45
Ertrag		
Vortrag aus 1931	1 389 025,48	
Zinsen, Dividen und Sorten	6 719 354,98	
Provisionen	3 295 371,04	
		12 108 751,45

Wo bleibt die Wirtschaftsrettung?

Immer wieder: Wann folgen den Worten die Taten?

Eine Woche ist schon vergangen, seit Hitler an der Macht ist. Was hat die Regierung der Rettung Deutschlands in dieser Woche zur wirtschaftlichen Errettung dieses Landes geleistet, was hat sie begonnen?

Die Nazis haben doch die Wunderwäre verbreitet, wenn sie zur Macht kämen, dann würde Deutschland mit einem Schlage gerettet, alle Arbeitslosen fänden wieder Arbeit, der gewerbliche Mittelstand kein Brot, der Bauer würde von der Zinstnechtschaft befreit, kurz, allen würde geholfen.

Noch in den letzten Monaten und Wochen, als der Kampf Hitlers um die Reichskanzlerschaft im vollen Gange war, haben die Nazis immer wieder auf das Rettungsprogramm gepöchtelt, das in der Schreibstube Hitlers läge und für den Fall der Ernennung Hitlers sofort in Kraft gesetzt würde.

Wenn jemand ein Rettungsprogramm schon in der Tasche hat, dann müßte eine Woche genügen, um das Programm bekanntzugeben und mit seiner Durchführung zu beginnen.

Was aber ist geschehen? Die Regierung hat einen Aufruf erlassen. Vielleicht gab sie sich wirklich der Hoffnung hin, er würde von den auf die Erlösung wartenden Anhängern als ein Rettungsprogramm empfunden werden. Aber die

Verblüffung und Enttäuschung

darüber waren allgemein, daß eine Regierung, die mit den klagendsten Versprechungen angekündigt worden war, dem Volke nichts anderes anzubieten hatte als einen Wechsel auf vier Jahre.

Wie enttäuschend die Wirkung dieses Aufrufes war, ging übrigens schon daraus hervor, daß die Regierung innerhalb von 24 Stunden zur Beschneidung der Deffentlichkeit die Versicherung abgeben mußte, ihr Aufruf habe das eigentliche Programm der Regierung noch gar nicht enthalten! Wann wird es nun nachgeliefert?

So wenig tröstlich das Versprechen ist, daß die deutschen Arbeiter und Bauern erst einmal vier Jahre warten müßten, bis sie gerettet werden — in diesem Zeitraum dürfte sich die kapitalistische Wirtschaftskrise ja schon längst von selbst

gemildert haben, so ist es doch nicht ganz uninteressant festzustellen,

was in dem Aufruf nicht drin steht.

Was nicht drin steht, ist das, was die großen Massen der Nazianhänger sehnüchlich erwartet haben, weil man es ihnen jahrelang versprochen hat:

Enteignung der Bank- und Börsenfürsten (laut nationalsozialistischem Reichstagsantrag vom Oktober 1930, unterzeichnet von den beiden jetzigen Reichsministern Fick und Göring).

Brechung der Zinstnechtschaft (Herzstück des Nationalsozialismus laut offiziellem Kommentar zum Nationalsozialistischen Programm), Verstaatlichung der Trusts und Konzerne (Punkt 13 des unabänderlichen nationalsozialistischen Parteiprogramms).

Von alledem enthält der Aufruf keine Spur einer Andeutung.

Wir erinnern uns bei dieser Gelegenheit der Rundfunkreden, die nach dem Antritt der Regierung Papen der damalige Reichswehrminister Schleicher und Papen selbst gehalten haben. Darin war die Rede von überalterten Besitzverhältnissen, die nicht konserviert werden sollen. Natürlich war das nur eine kostlose Verbeugung vor der

antikapitalistischen Sehnsucht,

die nach dem Zeugnis Gregor Strahers auch die Anhänger der Nazis erfüllt. Heute aber, wo die Nazis selbst zur Macht gekommen sind, halten sie selbst eine solche unverbindliche Verbeugung für überflüssig. Die „überalterten Besitzverhältnisse“ sollen also konserviert, der Kapitalismus mit all seinem wirtschaftlichen Widerstand, mit allem Elend, das er über Millionen und Abermillionen von Arbeitern, Bauern und Gewerbetreibenden bringt, soll voll und ganz unangefastet bleiben.

Wahlaufrufe, die die Enteignung der Schwerindustrie, der Großbanken und der Großgrundbesitzer im Rahmen der Verfassung fordern, werden beanstandet.

Und das Positive des Hitler-Aufrufs? Da ist die endgültige (!) Ueberwindung der Arbeitslosigkeit. Aber jeder Mensch weiß, daß eine endgültige Ueberwindung der Arbeitslosigkeit unter Aufrechterhal-

tung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein Ding der Unmöglichkeit ist. Tatsächlich ist der Aufruf auch vorsichtig genug, nichts davon zu verraten, welches Rezept für die endgültige Ueberwindung der Arbeitslosigkeit angewendet werden soll.

Vom Jeder-Geld bis zur Produktion Kredit-schöpfung Gregor Strahers und den Arbeitswechseln des nationalsozialistischen Reichstagsantrags vom September 1932 sind alle bisherigen Nazirezepte durch das Versprechen des Regierungsauftrufs, daß „jedes Experiment der Gefährdung unserer Währung“ unterbleiben soll, hinfällig geworden.

Oder soll die Arbeitsdienstplicht als Rezept gegen die Arbeitslosigkeit gemeint sein?

Heute wäre die Arbeitsdienstplicht ein absolutes sicheres Mittel zur — Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Denn sie würde unweigerlich nahezu ebensovielen Arbeitern die Arbeitsgelegenheit wegnehmen, als

Siemens in der Krise

Belegschaftsabbau dauert an — 410 Millionen Umsatz

Im dritten Krisenjahr hat sich die Umsatzzusammenschmelzung bei Siemens in erheblichem Maße fortgesetzt. Auch die Schwachstromgruppe des Konzerns Siemens u. Halske, die in den ersten beiden Krisenjahren eine sehr starke Widerstandsfähigkeit aufgewiesen hatte, hat seit dem Herbst 1931 ganz erhebliche Umsatzerluste einstecken müssen.

In dem am 30. September beendeten Geschäftsjahr 1931/32

ging der Gesamtumsatz des Konzerns von 631 auf 410 Millionen Mark zurück,

und zwar sank er bei Siemens u. Halske von 285 auf 186 Mill. und bei den Siemens-Schuckert-Werken von 346 auf 224 Mill. M. Für die besondere Krisenempfindlichkeit der Starkstromindustrie, die fast ausschließlich Produktionsmittel herstellt, ist bezeichnend, daß seit dem besten Konjunkturjahr 1928/29, in dem der Gesamtumsatz bei Siemens 890 Mill. M. erreicht hatte, die Umsätze bei den Siemens-Schuckert-Werken um 60 Proz. (!), bei der Siemens u. Halske L.-G. dagegen nur um 38 Proz. gesunken ist.

Ganz trübselig haben sich die Verhältnisse bei der Siemens-Belegschaft im vergangenen Jahr entwickelt.

Die Gesamtbelegschaft bei Siemens hatte am 30. September 1932 einen Tiefstand erreicht, der mit nur noch 75 000 Mann um 37 000 Köpfe unter den Ziffern des außerordentlich schlechten Betriebsjahres 1924 liegt.

Während der Export sich bis 1931 als einer der wichtigsten Stützen für die hohen Siemens-Umsätze erwiesen hat, ist er im Berichtsjahr erstmalig in dem gleichen Tempo, nämlich von 305,8 auf 208 Millionen zurückgegangen. Die Siemens-Betriebsverwaltung nennt hier die Dinge auch einmal beim richtigen Namen.

Ausdrücklich wurde in einer Pressekonferenz auf eine entsprechende Frage erklärt, daß nicht nur in den skandinavischen Ländern, sondern auch in Holland und in anderen Staaten den ausländischen Vertretern von Siemens Aufträge mit dem Hinweis auf die deutsche Handelspolitik verweigert wurden.

Vielleicht läßt sich der neue Wirtschafts- und Agrarminister Hugenberg über die „Erfolge“ dieser

Arbeitsdienstplichtigen beschäftigt würden, und brächte den Reichsfinanzen den endgültigen Banterott.

Run spricht der Aufruf freilich noch von der Siedlung. Gewiß darf man sich über die Entlastung des Arbeitsmarktes durch eine noch so weitgehende Förderung der Siedlung keinen Illusionen hingeben. Jedenfalls ist aber die Aufteilung des Großgrundbesitzes an Arbeiter und Bauern eine ungeheuer wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe. Davon ist zwar im Wahlaufruf der Sozialdemokratie, nicht aber im Regierungsauftrag die Rede.

Das Rezept, wie man den Belz wachsen kann, ohne ihn nah zu machen, wie man siedeln kann, ohne mit der künstlichen Befruchtung des über-schuldeten Großgrundbesitzes Schluß zu machen, wurde im Regierungsauftrag ebensowenig verraten wie das andere Rezept, wie man die Arbeitslosigkeit endgültig überwinden kann, ohne die Wirtschaft im sozialistischen Sinn umzubauen.

Eine Woche Hitler-Regiment ist vorüber. Von Taten zur Wirtschaftskreislauf sehen wir noch nichts, noch gar nichts. Es ist sogar stiller, ganz stiller von allen großen Worten der Vergangenheit. Im Volk sind schon viele Nächsteren gemordet, die einst trunken waren. Sorgen wir dafür, daß bis zum 5. März die politische Richtigkeit eine Epidemie geworden ist.

staatlichen Arbeitsbeschaffungspositiv noch etwas eingehender unterrichten.

Uebersehend für die Deffentlichkeit ist die von uns bereits mitgeteilte Ausschüttung einer 7prozentigen Dividende bei Siemens u. Halske. Nach dem vorjährigen Verlustabluß bei Siemens-Schuckert fällt nämlich für die Gewinnrechnung bei Halske zum erstenmal in der Krise die Dividende bei Schuckert in Höhe von 4,5 Mill. M. aus. Durch Einsparungen, die besonders auf dem Zinskonto für die amerikanischen Anleihen von 1930 zu Buche schlugen, sowie

durch beträchtliche Senkung des Lohnanteils am Produkt infolge der vorgenommenen Lohnabbaumaßnahmen

gelang es Siemens u. Halske, noch einen Reingewinn von knapp 7 gegen 8,6 Millionen auszuweisen. Schuckert hat wieder mit Verlust gearbeitet, der aber, wie im Vorjahr, durch Auflösung stiller Reserven voll abgedeckt wird.

Die Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung sind zum erstenmal nach den Vorschriften des neuen Aktienrechts aufgemacht. Danach erreichen die offenen Reserven von Siemens u. Halske fast 177 Millionen (!), bei einem Stammkapital von nur rund 100 Mill. M. Finanziell haben sich beide Konzerngruppen außerordentlich flüssig gehalten. Bei über 85 Mill. M. Bankguthaben sind kurzfristige Bankschulden so gut wie gar nicht vorhanden.

Der Großhandelsindex ist in der Woche zum 1. Februar weiter von 90,8 auf 90,7 Proz. gesunken.

Henshel u. Sohn in Kassel haben von der Reichsbahn 10 Rangierlokomotiven mit Lastwagenmotoren als Antriebsmaschine in Auftrag erhalten.

Die größte englische Kraftanlage mit einem Kostenaufwand von 2½ Millionen Pfund Sterling und einer Gesamtleistung von 300 000 Kilowatt ist am Montag in Dunston am Tyne eröffnet worden.

Das englische Pfund Sterling ist seit vierzehn Tagen ständig auf dem Werte von 3,40 Dollar gehalten worden und die Financial News nehmen an, daß eine Vorstabilisierung des englischen Pfundes versuchsweise durchgeführt wird.

Aufwärts oder abwärts?

Die Wirtschaftstatsachen einer Woche

Für die deutsche Wirtschaft war die erste Woche der neuen Reichsregierung keine Woche der Zuversicht, der Beruhigung und der Besserung. Im Gegenteil. Die Unsicherheit, die Bedenken hinsichtlich der weiteren innerpolitischen Entwicklung haben sogar zu einer weitgehenden Wähmung des Wirtschaftslebens geführt. Unternehmer und Banken stehen mit Gewehr bei Fuß und — sichern die Kasen. Dabei wird lauter und lauter von einer Verschärfung der wirtschaftspolitischen Gegensätze im Kabinett gesprochen. Sehen wir die Tatsachen an.

Am deutlichsten kommt die Unsicherheit auf den Börsen zum Ausdruck.

Die festverzinslichen Werte haben einen für eine einzige Woche unerhörten Kurssturz erlitten. Im Gegenlag zu den Aktien hat dieser Kurssturz vom 30. Januar, dem Tage der Regierungsbildung, bis zum Ende der Woche ununterbrochen angehalten, obwohl zeitweilig zur Kursführung gekauft wurde, und, wie die „Frankfurter Zeitung“ sagt, „aus sozial- und geschäftspolitisch sympathisierenden Bestirten demonstrative Käufe durchgeführt wurden“. Die 7prozentige Reichsanleihe fiel von 95½ auf 90%, Reichsschuldbuchforderungen

stürzten von 76¼ auf 71%, 8prozentige Zentralbodenkreditpfandbriefe sanken von 85 auf 81¼. Die Stahlwerksobligationen gingen von 68¼ auf 62¾ zurück.

Bei den Aktien zeichnen sich deutlich Hoffnungen und Befürchtungen ab. Erst gingen die Aktienwerte in die Höhe, weil die Rentenkurse fielen, dann gingen die Aktienkurse mit den Renten gleichmäßig zurück. Reichsbankanteile stiegen von 156¼ auf 158 und fielen dann auf 148%. Harpener Bergbau stieg von 81 auf 83¼ und sank auf 77¼. I.G. Farben erhöhte sich von 104¼ auf 107¼ und fiel auf 103¼. Bei AEG, Berliner Licht und Kraft und allen anderen führenden Werten war es anders. Selbst Reichsbahnobligationen stiegen von 92¼ auf 93¼ und ging auf 92¼ zurück.

Im Ausland erfahren deutsche Anleihen nach einem glanzvollen Aufstieg einen plötzlichen Sturz.

In New York erlitten die 7prozentigen deutschen Anleihen Kurseinbußen von rund 10 Proz. und 6½prozentige Anleihen Kurseinbußen von sogar 12 Proz. ihres Marktwertes.

Auf der anderen Seite ist die Getreidespekulation weiter in die Holme geschossen. Auf der Berliner Produktenbörse stieg der Tonnenpreis für Weizen in acht Tagen um 7 M., für lange Sichten um 12 M.; der Tonnenpreis für Roggen um 5 M., für lange Sichten um 8 M. Die Preise für Weizen- und Roggenmehl, die sehr lange nach unten zeigten, gehen ziemlich rasch nach oben. Obwohl es unmöglich ist, mit eingesparten Vorräten auf lange Sicht hohe Getreidepreise aufrechtzuerhalten, richtet sich die Spekulation auf hohe Preise und auf eine Brotteuerung ein.

Die Erklärung der Reichsregierung, daß keine mährungspolitischen Experimente und auch keine Inseperimente zu erwarten seien, hat die Beruhigung nicht gebracht. Man fürchtet, daß die Regierung auch anders könne. Dazu tragen Gerüchte bei, daß an den wichtigsten Stellen, zu denen die Wirtschaft noch einiges Vertrauen hat, auch Änderungen eintreten sollen. Wir wissen nicht ob es wahr ist, daß Finanzrat Bang einen hohen Posten im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Quast einen hohen Posten im Reichsfinanzministerium einnehmen sollen. Jedenfalls spricht man schon von dem möglichen Rücktritt des Finanzministers Schwerin von Krosigk und knüpft beunruhigende Kombinationen daran. Schlechte Aussichten also auch für die zweite Hugenberg-Hitler-Woche.

Dieses schöne Lied ruft Erinnerungen an die jugendlichen Woch und drückt in seinen Versen das Sehnen nach ewiger Jugend aus. Das heutige Leben packt jeden hart an, und es gehört wirklich jugendliche Frische dazu, den Lebenskampf zu bestehen. Aber die Wissenschaft hat nur der Erorschung der Hormone den Weg gezeigt. Schwächen zu beseitigen und unsere Lebenskräfte zu erneuern. Den besten Beweis dafür erbringt das in der ganzen Welt bewährte Hormon-Präparat

OKASA

SILBER für den Mann • GOLD für die Frau

OKASA, nach Gen.-Kol. Dr. med. Löhner, enthält standardisierte Hypophysen- und Keimbüsel-Hormone, sowie nervenstärkende und potenzstärkende Stoffe. Es ist das wissenschaftlich erprobte, überlegene Mittel gegen geistige und körperliche Erschlaffung, Nervenschwäche, sexuelle Neurosen, vorzeitiges Altern. Verlangt Sie ausdrücklich OKASA und lassen Sie die gleichwertig angepriesene Nachahmung ab. — GRATIS-PROBE, illustrierte Broschüre und Gutachten kostenlos verschickt. — 25 Pf. Porto das Generaldepot FADLAUER'S KRONEN-APOTHEKE, BERLIN W. 61, Friedrichstr. 160. — Original-Verpackung mit 10 Tabletten. — In allen Apotheken erhältlich.

KÖRPER und GEIST VERLANGEN OKASA

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Böromaschinen-Mechaniker, Reparaturen und Reizler

Mittwoch, den 8. Februar, nachm. 5 Uhr, im Lokal Riemant, Sophienstraße 5/6

außerordentliche Gruppenversammlung.

Tagesordnung: Endgültige Stellungnahme zur Urtausänderung. Es ist Pflicht aller Kollegen, die Versammlung zu besuchen.

Donnerstag, den 9. Februar, abends 7 Uhr.

Berücksichtigung Mitglieder-Versammlung

des 1. Bezirkes

im Lokal Gallias, Reibler Straße 122.

Tagesordnung: Betriebsratswahlen 1932. Relevent: Rotege Bau I. 2. 3. 4.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen notwendig.

Achtung! Modellschlosser.

Die Gruppenversammlungen der 10. und 11. Bezirke werden am Donnerstag im Monat, abends 7 Uhr, im Verbandshaus, Eisenstraße 83/85, Eingang 8, Glühbirnenstraße 86/88, statt.

Die Ortsverwaltung

Wieviele Tabaksorten sind in einem Villiger-Stumpfen?

Je nach der Preislage sind es ein halbes bis ein volles Dutzend lauter Ueberseer. Wichtig ist die Verteilung. Eine Stumpfenmischung ist wie ein Männerchor. Die Stimmen müssen richtig verteilt sein, wenn das Lied harmonisch klingen soll. Der Raucher schätzt die feine, ausgeglichene Harmonie des Villiger-Stumpfens.



Villiger-Stumpfen sind etwas Besonderes!

Preislagen 8, 10 und 15 Pfg.

Fabrik-Lager Hedemannstr. 22. Bergm. 2370

Die Organisation steht bereit

Bezirksparteitag der Berliner Sozialdemokratie

Am letzten Sonnabend tagte der Bezirksparteitag der Berliner Sozialdemokratie. Die letzten politischen Ereignisse drücken ihm den Stempel auf und so erklärte denn auch der Vorsitzende Genosse Künzler in seiner Eröffnungsrede, daß durch die Kanzlerschaft Hitlers endlich einmal die verworrenen politischen Verhältnisse geklärt seien, so daß sich ein klares Kampffeld ergebe. Der Fackelzug für Hitler ähnele dem Begeisterungstaukel vom August 1914 — dieser Hurrafflimmung sei aber schließlich der November 1918 gefolgt. Sorgen wir dafür, daß das Erwachen recht bald kommt und daß dann die Zeit besser genützt wird als damals.

Begeistert fangen die Delegierten die erste Strophe des Sozialistenmarsches, der immer noch beginnt: „Auf Sozialisten, schließt die Reihen!“

Als Marxisten im Kampfe!

Das politische Referat des Abends hatte Parteivorsitzender Arthur Crispian übernommen, der es ganz auf die augenblicklichen politischen Verhältnisse zuschnitt. Crispian betonte zunächst, daß der Parteitag der Sozialdemokratie in Frankfurt a. M. im Zeichen des 50. Todestages von Karl Marx stünde. Der Marxismus ist international fundiert in der Sozialdemokratie, er bedeutet den Bruch mit allen bisherigen Geschichtsauffassungen; er ist die Geschichtsauffassung der Sozialdemokratie. Der Marxismus hat die Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gebracht und die Triebkräfte des Kapitalismus klargelegt. Nur eine Klasse in der heutigen Gesellschaftsordnung sei wirklich und aus wissenschaftlicher Ueberzeugung revolutionär, nämlich die Arbeiterklasse. Das gibt der Sozialdemokratie die Stärke gegenüber allen reaktionären Zwischenspielen und natürlich auch gegenüber dem Faschismus. Die letzten Jahre sind gute Lehrmeister für uns gewesen. Die wahre Demokratie ist in einer Klassengesellschaft nicht zu verwirklichen, doch in ihr brauchen wir Demokratie, um unsere Tagesforderungen vertreten und durchsetzen zu können, wir brauchen sie, um die Arbeiterklasse für den Sozialismus reif und fähig zu machen. In Deutschland wurde Demokratie erschüttert durch laue Anhänger, durch Feinde im Arbeiterlager selbst und durch die Rechtsreaktionäre aller Schattierungen. Daß eine hauchdünne Oberschicht des Volkes nicht regieren kann, bemies Papen; erst auf Hitlers braune Scharen gestützt, konnten sich Junker und Herren an die Macht bringen. Sie bedienten sich dieser Arbeiterpartei, um ihre eigene Gefolgschaft größer erscheinen zu lassen. Die Nationalsozialisten forderten „Ware fürs Geld“, sie haben die Ware geliefert in ihren braunen Privattruppen, die Gegenleistung erhielten sie in Form der Regierungsbeteiligung. Hitler ist

nicht an der Spitze seiner Truppen siegreich in Berlin einmarschiert, sondern er hat in Verhandlungen hinter verschlossenen Türen sein „Geld für die Ware“ eingehandelt.

Schon ist klar erkennbar, daß die Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung nicht in der Lage ist, ein einheitliches Programm aufzustellen; die wirtschaftlichen und politischen Kräfte in ihr streben zu sehr auseinander. Man hofft deshalb in einem mit allen Mitteln des Terrors und der erlaubten und unerlaubten Beeinflussung betriebenen Wahlkampf eine Mehrheit zustande zu bringen. Hitler hat selbst am Freitagabend durch den Rundfunk seine jetzige Position festgestellt lassen: Er wollte seine erste Rundfunkrede als Reichskanzler so aufgefaßt wissen, daß er seine Bemerkung über den Vierjahresplan nur als Reichskanzler gemacht habe; als Parteiführer hätte er anders gesprochen!

Unter dem Beifall des Bezirksparteitages erklärte Genosse Crispian: Hitler kennt Deutschland und seine Arbeiterklasse nicht, er hat keine Ahnung von Land und Volk. Die Arbeiterklasse ist ihm eine unverständliche Masse, den Marxismus hat er nie begriffen. (Wiederholter Beifall.) Wie ist ein Mann zu bewerten, der heute noch behauptet, der Marxismus hätte die Wirtschaftskrise in Deutschland verursacht? Jeder Wald- und Wiesenagitor weiß, daß wir eine Weltwirtschaftskrise haben, und daß die Krise auch in den Ländern besteht, in denen kein

„Marxismus herrscht“. Die Entwicklung im Maschinenzeitalter führt zur

Umstellung aller Arbeitsverhältnisse.

Leute, die sich Technokraten nennen, haben errechnet, daß 16 Stunden Arbeit in der Woche, geleistet von den Menschen im Alter von 25 bis 45 Jahren, beim heutigen Stande der Maschinentechnik genügt, um genug Güter für alle Menschen der Erde zu erzeugen. Heute haben wir junge Menschen genug, die noch nie in einen sozialen Gedankenaustausch mit ihren Arbeitskollegen in der Fabrik getreten sind, weil sie noch nie Arbeit hatten. Ihnen fehlt das soziale Bewußtsein, das der Arbeiter in der Gemeinschaft der Fabrik erwirbt.

Den Produktionsapparat den Verbrauchsverhältnissen anzupassen, ist die Aufgabe von internationaler Bedeutung, vor die die Sozialisten jetzt gestellt sind. Die Staaten sind zu klein geworden. Eine Vereinigung der Staaten Europas, den Zusammenschluß der Kontinente zu schaffen, wird nötiger denn je, die international funktionierende Produktion erfordert es. Wir brauchen Frei-

zügigkeit für die Rohstoffe, für die Güter, für die Menschen. Was tun demgegenüber die autoritären Regierungen unter Papen und Hitler? Sie erlassen Einfuhrverbote, richten Zollschranken auf, verordnen Devisenzwangbestimmungen, die Methoden des Weltkrieges werden in der Wirtschaftsführung wieder angewandt. Die Kapitalisten haben alles ruiniert, was die Nachkriegswelt an Vernünftigem schuf. Der an sich gesunde Gedanke des Völkerbundes ist totgeschlagen, ein Zusammenarbeiten der Völker unmöglich gemacht. Erhebt sich da nicht von selbst die Forderung nach der Einigkeit der Arbeiterschaft? Nach ist für die Volkswirtschaft die Sozialdemokratie der Hauptfeind. Aber das hindert nicht, daß die Sozialdemokratie von der ganzen Reaktion gefürchtet wird. Seien wir uns klar über die Situation, in der wir stehen:

Sie mögen uns des Hochverrats anklagen, sie mögen einzelne von Ihren Posten in der Arbeiterbewegung entfernen können, aber eins können sie nicht: den Sozialismus in den Hirnen der Menschen auslöschen. (Stürmischer Beifall.)

Das Verbot des „Vorwärts“

Im Anschluß hieran sprach Chefredakteur Genosse Stampfer zum

Verbot des „Vorwärts“

Er dankte zunächst allen Genossen und Betriebsdelegationen, die telephonisch oder persönlich der Redaktion ihre Entrüstung über das unhaltbare Verbot des „Vorwärts“ und ihre Sympathie bekundet haben. Stampfer dankte diesen Dank auch auf diejenigen aus, die sonst nicht unter unseren Fahnen marschieren, die aber trotzdem gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit protestiert haben. Dabei erneuerte er das Bekenntnis von früher, nämlich daß er und die gesamte Redaktion sich verbunden fühlen mit allen Arbeitern und allen Kollektanden. (Lebhafte Beifall.) Noch nie ist der „Vorwärts“ so interessant gewesen, erklärte der Redner, wie am Sonnabendmorgen. Viele gute Mitarbeiter habe das Blatt, aber der interessanteste ist doch der Polizeipräsident in Berlin. Herr Weischer führt den juristischen Dokortitel, aber er hat es fertig bekommen, den „Vorwärts“ zu verbieten, weil dieser ein Verbrechen gegen §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuches begangen habe. Das heißt Hochverrat, der mit lebenslanglichem Zuchthaus bestraft werden kann! Das ist unser Verbrechen! Herr Dr. jur. Weischer war auch so freundlich, aller Welt mitzuteilen, wodurch wir dieses Verbrechen des Hochverrats begangen haben. (Stampfer verliest die in dem Verbotsschreiben zitierten Absätze des vom „Vorwärts“ veröffentlichten Aufruf des Parteivorstandes.) Als die Delegierten in stürmische Beifallstundgebungen ausbrechen, meint Stampfer, die Delegierten sollten diese Kundgebung unterlassen, sonst begingene sie auch noch Hochverrat! (Große Heiterkeit.) Das Verbot des „Vorwärts“ war nur möglich, wenn die Sätze des Aufrufs aus dem Zusammenhang gerissen wurden. Der Parteivorstand fordert auf, den Kampf für die Verfassung zu führen, den Kampf zu führen für einen Reichstag, in dem nach der Reichsverfassung eine Enteignung der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes möglich ist. Eine solche Enteignung kann niemals Hochverrat sein. Wenn die zusammengeschobenen Güter der ehemaligen Dynastien und der Junker nicht enteignet werden können, dann hat der ganze Artikel 133 der Verfassung keinen Sinn. Solange das Reichsgericht noch von Richtern besetzt ist, glaube ich nicht, daß die Berechtigung des Verbots anerkannt wird. Sollte sich aber dennoch ein Senat finden, der es tut, so sage ich: Bitte, bedient euch, hier steht der Hochverräter! (Stürmischer Beifall.)

Ich werde dann in Leipzig den Herren sagen, was Hochverrat und was Verfassungstreue ist. Und ich bin überzeugt, daß mit mir Millionen aufstehen werden und sich auch als solche „Hochverräter“ bekennen werden, wie wir Sozialdemokraten sind.

Das eine sei Hitler heute schon gesagt: Niemals wird Deutschland römisch werden, weder mit noch ohne h! (Stürmischer Beifall.) Und wenn

Hitler uns italienisch kommen sollte, dann wird er die Antwort auf deutsch bekommen! (Wiederholter stürmischer Beifall.)

Ein Wort noch, Genossen, zum Thema Einigkeit. Wir haben über Einigkeit in der Arbeiterschaft keine Meinungsverschiedenheit; es gibt keinen Sozialdemokraten, der die Einigkeit nicht feinstenfalls herbeiwünscht. Wir erkennen seit Jahren die große Gefahr, die in der dauernden Spaltung liegt. Deshalb gehöre ich zu denen, die bereit sind, einen Strich unter die Vergangenheit zu setzen, natürlich unter der Voraussetzung, daß die anderen es auch tun. Warum sollen wir nicht in einen Meinungsaustausch eintreten, so wie wir Sozialdemokraten unter uns auch diskutieren; aber es muß in anständiger Form geschehen. Man muß aufhören, die sozialdemokratischen Führer als Arbeiterverräter zu beschimpfen und man muß aufhören mit unaufrichtigen Einheitsfrontmandatörern zu spielen. Meinungsverschiedenheiten werden bleiben, und wir werden nie aufhören uns zum demokratischen Sozialismus zu bekennen. Was unterbleiben muß, ist die böswillige, persönlich gehäufte organisationschädigende Polemik. Vielleicht haben wir in der Vergangenheit auch Fehler gemacht, aber die Kommunisten haben überhaupt nichts anderes als Fehler gemacht. Es war ein verhängnisvoller Fehler, Millionen von Arbeitern zu der Auffassung zu bringen, die Demokratie bedeute für sie nichts.

Was es heißt, politische Freiheit zu verlieren, müssen alle Arbeiter sehr empfinden; darum kämpfen wir für die Arbeiterpartei, die unter sozialistischen und demokratischen Fahnen marschieren und deren Donnerwort alle Feinde hinwegfegt. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem Genosse Otto Meier einen ausführlichen Bericht über die Sitzung des Landtags am Sonnabend gegeben hatte, sprach in der Diskussion Genosse Heinig zu dem Skandal der Osthilfe. Es läge uns nicht daran, eine Hege gegen die Landwirtschaft schlechthin zu inszenieren, wenn wir das Osthilfepanama aufdecken. Unsere Kritik ist ein Akt der Solidarität mit den Millionen aus der Landbevölkerung, die mit Ingrimm zusehen, wie eine dünne Oberschicht sich auf Kosten des ganzen Volkes saniert, während die große Masse der Kleinbauern keinen Pfennig aus der Osthilfe erhält. Von 18 000 Rittergutsbesitzern sind 12 000 östlich der Elbe ansässig und von diesen befinden sich wiederum 10 000 im Sicherungsverfahren und beanspruchen die Unterstützung des Reiches. Einer der ersten unter ihnen war Herr von Oldenburg-Januschau. Der Sinn der Osthilfe, die eine Reform der Landwirtschaft bringen sollte, ist völlig verkehrt worden, sie ist zu einer Vermögenssicherung einer kleinen Schar von Rittergutsbesitzern geworden. Der Kampf gegen den Osthilfeandal ist ein Stück des Kampfes gegen die Reaktion.

Genossin Durm sprach über die Außenhandelspolitik der Regierungen Papen und Hitler. Unter dem Handelskrieg würden vor allem wieder die

Arbeitermassen zu leiden haben, deren Ernährungsstandard noch mehr herabgesetzt würde. Nach einer längeren Diskussion nahm außerhalb der Tagesordnung

Genosse Siegfried Aufhäuser das Wort zum „Vorwärts“-Verbot. Er reichte eine Entschlüsselung ein, in der sich der Parteitag einmütig zu seinem Kampfblatt, dem „Vorwärts“, bekennt und die Rechtswidrigkeit des Verbots betont. Der Antrag fand unter starken Beifallstundgebungen einstimmige Annahme.

Nach einem Schlußwort von Arthur Crispian wurde eine Reihe von Entschlüsselungen gefaßt.

Die bisherigen Kandidatenlisten zum Reichstag und Landtag wurden bestätigt.

Parteitag Brandenburg

In den Räumen des Preussischen Landtags tagte am Sonntag der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei für Brandenburg-Grenzmark. Auf ihm hielt der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Genosse Dr. Breitscheid, ein sehr bemerkenswertes Referat über die politische Lage, wie sie sich seit dem Zustandekommen der Regierung Adolf Hitlers ergeben hat.

Die kommende Zeit wird für die Arbeiterschaft schwer und opferreich werden. Herr Hugenberg hat zwar einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessentengruppen versprochen, doch wird dieser Ausgleich nur auf dem Rücken des Proletariats möglich sein. Wenn das Massenelend vergrößert, wenn die Kaufkraft verringert ist, was nützt dann der Ausgleich? Wie wird dann die Stimmung der Hakenkreuzler werden? Genosse Breitscheid charakterisierte dann einzelne Mitglieder des Kabinetts. Der Außenminister von Neurath, seit über 30 Jahren Berufsdiplomate, hätte es nicht als eine Schande empfunden sich vom „Marxisten“ Ebert als Bolschewist bezeichnen zu lassen. Der Finanzminister von Schwerin-Krosigk war lange Jahre Beamter im Finanzministerium; der „Marxist“ Hilferding machte ihn zum Ministerialdirektor — von Schwerin-Krosigk fand nichts dabei. Herr von Papen war lange Jahre Mitglied und Abgeordneter einer mit den „Marxisten“ koalitierten Partei!

Das ist eine hübsche Sammlung von Charakteren in der autoritären Regierung. Wenn es ein Verbrechen war, daß die Marxisten Ruhe und Ordnung im Lande sicherten, wenn sie den Arbeitern, Angestellten und Beamten das Koalitionsrecht gaben, wenn sie den Staat zu unerhörten sozialpolitischen Leistungen fähig machten, dann sind wir allerdings stolz darauf, Novemberverbrecher zu sein. Unterchiede zwischen den Regierungserklärungen Papens, Schleichers und Hitlers im Rundfunk bestanden kaum, nur daß Hitler aufgeregter und bombastischer redete. Er fand kein Wort für den noleidenden Mittelstand, ja, er wandte sich nicht einmal gegen die Juden! Er sagte nichts über die Enteignung der Bank- und Börsenfürsten, und er ließ die Brechung der Zinsnechtigkeit völlig aus seiner Rederei heraus.

Hitler nennt alles Marxismus, was er nicht begreift.

und er wettet gegen den Marxismus, ohne ihn zu verstehen.

Es wird ein opferreicher Wahlkampf werden, in dem der Gegner seine ganze Brutalität, die ganze Wut seiner entfesselten Gefolgschaft spielen lassen wird. Unter solchen Umständen wird die Sozialdemokratie mehr noch als bisher die Werbung von Mund zu Mund betreiben. Jeder Sozialdemokrat wird ein Agitator sein, ein Kämpfer und ein Redner für die Freiheit, für die Demokratie und den Sozialismus. (Großer, zustimmender Beifall.)

Den Geschäftsbericht für das abgelaufene Jahr gab Parteisekretär Genosse Wilhelm Krüger, der feststellte, daß die Organisation durch die Krise nur sehr schwach betroffen sei. Sie sei aber innerlich geschlossen, organisatorisch hervorragend fest, so daß sie auch den kommenden Wahlkampf siegreich bestehen wird. Die Delegierten stellten dann die Kandidatenlisten für die Provinziallandtage, für die Kommunalvertretungen und für die Reichstags- und Landtagswahlen auf. Mit der Erledigung einer großen Anzahl von Anträgen schloß die arbeitsreiche Tagung.



BERLIN SW 19

MÄRKISCHES UFER 32
WALLSTRASSE 62, 63

DEPOSITENKASSE:
BERLIN SW 68, LINDENSTRASSE 3

FILIALEN U. ZAHLSTELLEN IN ALLEN STÄDTEN

BANK
DER ARBEITER,
ANGESTELLTEN
UND BEAMTEN, A G

Hühner 0,68
frisch.....Pfd. von

Hühner 0,64
gefroren.....Pfd. von

Puten 0,58
Pfd. von

Bücklinge 0,16
Pfd. von

Grüne Heringe 0,25
Pfd.

Molkerei-Butter 1,02
Pfd. von

HERMANN Großer LEBENSMITTEL Verkauf

Preise nur Dienstag und Mittwoch. - Lebensmittelzusendung von 5 M. an. - Mengenabgabe vorbehalten. - Verkauf soweit Vorrat.

Fische, Räucherw.

Isländ. Koblau ohne Kopf, 1. Ganzn. Pfd. 0,14
Schellfisch 1. G. Pfd. 0,12
Seelachs ohne Kopf, 1. Ganzn. Pfd. 0,12
Rotbars Pfd. 0,22
Filet Pfd. 0,24

Schellfisch geräuch. Pfd. 0,28
Seelachs geräuch. Pfd. 0,32
Kronsardinen 1/2 Lt.-D. 0,32
Fischmarinade 1/2 Lt.-D. 0,22
Fetterheringe 2 Dosen 0,65

Haushaltmischung 0,34
aus getr. Erbsen

Fleisch

Rouladen Pfd. von 0,78
Kalbskamma. Maxen. Pfd. 0,44
Bratwurst Berl. Art. Pfd. 0,68
Rinderback, o. Kn. Pfd. 0,36
Rinderherzen Pfd. 0,38
Euter Pfd. 0,18

Käse und Fette
Allg. Stangenk. 90% Pfd. 0,36
Tilsiter vollfett Pfd. 0,68
Holländ. Edamer, 40% Pfd. 0,68
Margarine 3 Pfd. 0,72
Bratenschmalz Pfd. 0,48

Junge Erbsen 1/2 Dose 0,58
Brechbohnen 1/2 Dose 0,46
Schnittbohnen 1/2 D. 0,39

Wurstwaren

Dampfwurst Pfd. 0,65
Speckwurst Pfd. 0,65
Jagdwurst Pfd. 0,76
Landleberwurst Pfd. 0,80
ff. Leberwurst Pfd. 0,96
Zervelat od. Salami Pfd. 0,98

Kolonialwaren
Bockst Pfd. von 0,32
Pflaumen Pfd. von 0,22
Viktoriaerbsen ... Pfd. 0,18
Eierbandnudeln. Pfd. 0,35
Reis Pfd. 0,11

Karotten gesehn. 1/2 D. 0,26
Erdbeeren 1/2 Dose 0,90
Mirabellen ... 1/2 Dose 0,85

Obst und Gemüse

Apfelsinen 3 Pfd. 0,38
Jaffa-Apfelsinen 3 Pfd. 0,55
Tafeläpfel 2 Pfd. 0,45
Apfelsinen
Blat, oval 3 Pfd. 0,50
Rotkohl Pfd. 0,05
Weisskohl Pfd. 0,05

Möhren Pfd. 0,05
Kohlrüben Pfd. 0,04
Sellerie 2 Pfd. 0,15
Kartoffeln 10 Pfd. 0,28

Unsere Spezialitäten!
Deutscher Weinbrand ***
Jam.-Hum-Verschnitt 40%
1/2 Fl. 3,50 1/2 Fl. 1,85
Preise ohne Flasche

Suppenfleisch 0,48
Pfd. von

Schweinebauch 0,64
ohne Belage... Pfd.

Schmorfleisch 0,68
Kale ohne Knochen, Pfd.

Hammelvorderfleisch 0,58
Pfd. von

Blumenkohl 0,18
Kopf von

Linsen 0,14
Pfd.

Unser Schuhwaren-Sonderangebot während der

WEISSEN WOCHEN

Für die Dame

Damen-Spangenschuhe 3,75
lock oder braun.....Paar
Modelfarbige Schuhe 4,45
echtes Chevreauleder, aussergewöhnlich preiswert...Paar
Damen-Schnürschuhe 5,75
braun Boxcalf, breite Sportform.....Paar

Damen-Überschuhe 2,75
aus Gutzgummi Paar

Warme Hausschuhe 0,95
mit Filz- und Ledersohle Paar
Kamelhaar-Hausschuhe 1,65
reine Wolle und Kamelhaar, vorzügl. Qualitätsware, Paar

Für den Herrn

Herren-Halbschuhe 5,90
Original Goodyear-Welt.....Paar
Herren-Halbschuhe 7,50
lock, braun oder schwarz Boxcalf, Rahmenarbeit.....Paar
Herren-Sportstiefel 8,50
schwarz oder braun, mit kräftiger Doppelsohle Paar

Theater, Lichtspiele usw.
Staats Theater
Dienstag, den 7. Februar
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Rigoletto
Staatliches Schauspielhaus
19 Uhr
Faust II. Teil

REKLAMEBALL

Sonnabend, 18. Februar, 21 Uhr

Es spielen zum Tanz: 6 Kapellen, 75 Künstler, Otto Kernbach, d. Vielgelehrte! (Orig. Bes. - 30k. Amstl.), Weintraub Syncepaters, die Jazz-Solisten mit Weirud, Fred Bird in seiner schmissig bekannten Schlager-Kapelle, Freymuth Syncepaters, das beliebte Jazz-Orchester Kurt Adom, die preisgekürnte Turnier-Kapelle Adolf Linnertz mit seiner anerkannt erstklassigen Notendkapelle stellungsl. Musiker 9 Bechstein-Flügel.

Die Damen erhalten: Die große Festpackung Hildebrand-Pralinen, Die Spende der Pfleibring-Werke A.-G. Bin-Charlottenburg (Schering-Konzert), u. a. m.
Die Herren erhalten: Zigaretten «Fini-Private», Spende der Zigarettenfabrik «Fini», Berlin S 42, die neue Parlux-Nevoilicht-Taschenlampe und den künstlerischen Fest-Almanach, Spende der Kunstanstalt Meisenbach, Riffarth & Co. A.-G., Berlin-Schöneberg.

Überraschungen verschiedener Art! Die Saaldekorationen eine künstlerische Höchstleistung!

Saalkarten 5.- RM. erhältlich im Festbüro, Unter den Linden 59a II, bei Wertheim, Tietz, Kadewe, Karstadt, Bote & Bock, Leipziger Str. 37 und Tauentzienstr. 7b, sowie im Zoo, Budapeststr. 9. Logenkarten 7.- und 10.- RM. nur im Festbüro (Platzkarten 1.- RM. ab 6. Februar nur im Zoo, Budapeststr. 9 - Kartenausweis!)

DAS GROSSE WOHLTÄTIGKEITS-KOSTUMFEST

Für die anspruchsvollsten Ballbesucher! - Keine Tombola! Keine Sonderausgaben!
Der Gesamt-Reingewinn wird dem Unterstützungsfonds zugeführt.

RÖMER

2000 versch. Münzen
Verkaufskatalog bei Einlösung des Parios Kostums

Blumen Inserate im Vorwärts sichern Erfolg!

Paul Golletz
Mariannenstr. 3
F.S. Oberbaum 1303

Goba

Zinkwaschgefäße, Zober und Badeöfen.
Erfolgreich im Konsum-Warenhaus.

VOLKSBUHNE

Theater am Bülowplatz
Täglich 8 1/2 Uhr D 1 Norden 6536

Schinderhannes von C. Zuckmayer.
A. Hörbiger, C. Spira, Brausewetter, Greid, Halden, Kurz, Marlow

SCALA

Tägl. 8 u. 8 1/2 U. Barbarossa 9256

TERESINA
FELIX BRESSART
FRED SANBORN
CASS, MACK & OWEN
u. weitere neue Attraktionen

Das modernste Varieté!

Winter Garten

8 Uhr 15. Flora 3434, Rauchen erl.

Gsovsky - Ballett
Das ewige Karussell
Rassana
Fransky
Lotte Werkmeister
Die lustigen Weintraubs usw.

Th. d. Schauspieler
Theater am Schiffbauerdamm
Weidendamm 4300
Heute zum letzten Mal
8 1/2 Uhr

Automatenbüfett
Straub, Körber, Hellingner, Trenk-Tretsch

Schiller
Bismarckstr. (Knie)
Steinpl. (C 11) 8715
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Kollo-Schlager
Die Männer sind mal so
Musik von Walter Kollo
Steinpl., Heilmann
Theater

Volkshöhne E. V. - IV. Tanzmatinee 1932/33

Sonntag, den 12. Februar 1933, 11 1/2 Uhr,
Theater am Bülowplatz

Lotte Goslar - Erika Lindner

Platzkarten 1.50, 2.- u. 2.50 Mk. bei Wertheim, Tietz, Karstadt, Bote & Bock, im KdW, u. an der Theaterk. (10-2)

Größte Auswahl bei fabelhaft billigen Preisen

Teppiche Linoleum

Stepp-, Tisch- und Schlafdecken für Läden, Treppen, Zimmer usw.
Läuferstoffe und Wandbehänge

Karst & Co.,
Andreasstr. 43, a. d. Gr. Frankfurter Str.
Medals r. (Schles. Bhl.) 5 adth-hnboben

Ball im Savon

Ruft von Paul Abraham

Gitta Alpar
Hofy Barjony, César Dencé
und das große Starsensemble.
Stg. nachm. 3 1/2 halbe Preise

Theater im Admiralspalast 8 1/2

Richard Zauber
in
Frühlingsstücke
Operette von Weinberger und Beer
Regie: Heinz Saltenburg
Mary Loeffler, Arno, Eifler.

Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 137
Tel. Weidau 67 3422
8 15 Uhr

Die Zirkusprinzessin

Carew's
Lachbühne
Weinbergsweg 20
Tel. D 2 2174
Beginn 7 1/2

NEUE WELT

Arnold Scholz - U-Bahn Hermannplatz - Hasenheide 108/14

Großes Bockbierfest

Ochsenbraterei und Prämilianer: des schönsten roten Frauenhanz. (Naturfarbe) 4 Geldpreise 40, 30, 20, 10 RM.
6 Kapellen - Einlaß 7 Uhr

Malerhütte

Berlin G.m.b.H.

VORMALS MALEREIGENOSSENSCHAFT GEGRÜNDET 1912
NO 18, LANDSBERGER ALLEE 38-39
FERNSPR.: E 4 ALEXANDER 5628-30

ALLE MALERARBEITEN
MOEBEL- UND AUTOLACKIERUNG

PLAZA

Mitte Jähren. Btl.
1. u. 2. Stg. 2. u. 3. Stg. U.
17 Weidau 4831

Boccaccio

Deutsches Theater
Schumannstr. 13 a
Weidend. 5201
Täglich 8 Uhr

Iphigenie auf Tauris
von Wolfgang von Goethe
Nach der Inszenierung
von Richard Beer-Selmann
Hilke Thierig, Hart, Balzer,
Lichtenberg, v. Winterstein

Marneschlacht
von Paul Joseph Cremer.
Gastspiel des Mannheimer
Nationaltheaters

CASINO-THEATER

8 1/2 Uhr. Lothringer Str. 37 8 1/2 Uhr

Sonntags auch 4 Uhr

Buntes Theater:
„Der Fürst von Pappenheim“

Dazu erstklassiges Programm!
Gutschein 1-4 Personen: Parkett 0,60,
Fauteuil 0,75, Sessel 1,25

B. B. B.

Bandows. Bunte Bühne
Kottbuser Straße 6
Oberbaum 3300
8 1/2 Uhr
Sonntag auch 1 1/2 U
Wilhelm Bendow
Der scharfe Löwe
Allee Hechy

8 1/2 Kleines Th.
Unter d. Linden 4
Merker 1624
Truppe 1931

Wer ist der Dümme?
Preis 75 Pf. b. A.-N.

MAUS
WATERLAND
BETRIEB
KEMPINSKI

Stettiner Sängers

Reichshallen-Th., Dönhofspl.
8.15, Sonntags 3.30
zu ermäßigten Preisen

Das große Februarprogramm
„Karneval“

Erfinder
Vorwärtsstrebende
Auch heute noch
Über Nacht Relief.
Kostenlose Aufklarung
sol. fordern von
F. Erdmann & Co.
Berlin S.W. 11.

Musiker-Vereinshaus

Inh.: Johannes Nather, Kaiser-Wilhelm-Str. 31

Empfehle meine Säle, Vereinszimmer
zu Festlichkeiten und Versammlungen

F. PERLING

Heringsräucherei
en gros - en detail
Berlin O 17, Langestraße 51

Ernst J.

Stellung gesichert. Wir
brauchen Dich dringend.
Melde Dich sofort.

Beleuchtung

auch bis 18 Monatsraten

Radatz

Berlin W 8, Leipziger Str. 122-123

Unsere heutigen Auflage liegt ein Beweis der Firma Hermann Tietz, Berlin, bei, worauf wir unsere Leser besonders hinweisen.